



# **Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010**

Im Auftrag des Präsidenten  
der Universität

Begonnen  
von Rüdiger vom Bruch  
und Heinz-Elmar Tenorth

Herausgegeben  
von Heinz-Elmar Tenorth

## **Biographie einer Institution**

**Band 1**  
1810–1918

**Band 2**  
1918–1945

**Band 3**  
1945–2010

## **Praxis ihrer Disziplinen**

**Band 4**  
Genese der Disziplinen  
Die Konstitution der Universität

**Band 5**  
Transformation der Wissensordnung

**Band 6**  
Selbstbehauptung einer Vision



1

# **Geschichte der Universität Unter den Linden**

Herausgegeben  
von  
Heinz-Elmar Tenorth

**Gründung und Blütezeit  
der Universität zu Berlin  
1810–1918**

Von Heinz-Elmar Tenorth  
und Charles E. McClelland

in Zusammenarbeit mit  
Torsten Lüttke, Hannah Lotte Lund  
und Werner Treß



**Akademie Verlag**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-05-004622-8

eISBN 978-3-05-006376-8

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2012

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten.  
Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Foto auf Schutzumschlag: Jens Bösenberg  
Einbandgestaltung: NORDSONNE IDENTITY, Berlin  
Satz, Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

---

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort .....	IX
<i>Jan-Hendrik Olbertz, Präsident der Humboldt-Universität</i>	

Vorwort .....	XI
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

Geschichte der Universität zu Berlin, 1810 bis 2010. Zur Einleitung .....	XV
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

200 Jahre Universität zu Berlin (XV) Geschichte einer Universität (XVIII) Aufgaben und Ziele – die Universität in ihrer gesellschaftlichen Umwelt (XXIV) Praxis ihrer Forschung (XXXI) Universität der Humboldts (XLI)

\*\*\*

Die Universität zu Berlin, Einrichtung, Gründung, Ausbau – 1810 bis 1860 .....	1
<i>Heinz-Elmar Tenorth,</i>	
<i>in Zusammenarbeit mit Torsten Lüdtkke, Hannah Lotte Lund und Werner Trefß</i>	

Eine Universität zu Berlin – Vorgeschichte und Einrichtung .....	3
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

Die Eröffnung der Universität – der Beginn ihrer Gründung (3) Geschichte und Vorgeschichte – Krisenlagen, Wissensbedarf, Reformdiskurs (10) „Aufklärung und Bildung“ – Wissensbedarf und die Funktion einer Universität zu Berlin (16) Wissen, Wissenschaftslehre und die Funktion des Gelehrten (22) Universität als Ordnungsform – die Wiederbelebung der Tradition (26) Universität vor der Universität – Wissenschaft in der Stadt (34) Die Universität zu Berlin als Thema der „Sektion für Unterricht und Cultus“ (40) Zwischenfazit: Philosophie der Bildung und Bildungspolitik (56) Personal – die Arbeit der Einrichtungskommission, ihre Prämissen und Konsequenzen (59) „Humboldts“ Modell? (67)

Verfassung und Ordnung der Universität .....	77
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

Die Arbeit an den Statuten – „Von der Universität überhaupt“ (79) „Universität im preußischen Sinn“ (86) „Privilegierte Corporation“ – Staat und Universität (93) Kollegialität und Hierarchie – die Mitglieder der Universität (102) Graduierung und Rekrutierung – Umsetzungsmodi des Forschungsimperativs (111) Bildung und Disziplinierung – die Studenten (123) Fazit: „Einsamkeit und Freiheit“ – Die Verfassung einer Forschungsuniversität (127)

Professoren – Der Lehrkörper und seine Praxis zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft . . . . .	131
<i>Werner Treß</i>	
Der Aufbau des ersten Lehrkörpers (133) Wissenschaft in der Stadt und für die Stadt – die Realität der Gründung (139) Jüdische Gelehrte und Studenten und der Antijudaismus der Professoren und der Uni- versität zu Berlin (155) Forschung in der Praxis der Disziplinen – Leistungen und innerwissenschaftliche Konflikte (167) Sonderstellung der Philosophie (186) Fazit und Bilanz – der Lehrkörper der Universität zu Berlin (197)	
Studenten, Studium und Lehre . . . . .	209
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	
Die Studenten (210) Rekrutierung der Studenten (215) Soziale Lage – Stipendien (221) Disziplinarverhält- nisse (223) Die Ordnung des Studiums (227) Prüfungen und Examina (235) Lehre und Studium – Form und Infrastruktur (239) Praxis der Lehre (242) Kriterienkonflikte – Lehre zwischen Wissenschaft und Beruf (248) Lehrideale (255) ... und Lehrpraxis (259) Studienreform – Anlässe, Pläne, Vertagung (263)	
Turner, Burschen und Philister – Studentisches Leben in Berlin zwischen Universitätsgründung und Revolution . . . . .	269
<i>Torsten Lüdtk</i>	
Der Student am Beginn des 19. Jahrhunderts (270) Studentisches Leben in den Gründungsjahren (278) Burschenschaft und burschenschaftliche Umtriebe 1815–1819 (294) Berliner studentische Kultur zw- ischen Biedermeier und Vormärz (309)	
Die Universität in der Stadt 1810–1840. Geselligkeit – Kultur – Politik . . . . .	325
<i>Hannah Lotte Lund</i>	
Die Universität in einer sich wandelnden Öffentlichkeit (325) „Salon“ und „Universität“ – Kontinuitäten und Brüche im Bildungsgespräch (327) 1810/11 – Netzwerke der Gebildeten (338) Patriotismus und An- tisemitismus. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen 1811 (347) Städtische Präsenz und die Nutzung des öffentlichen Raumes (355) 1827/28 – Der Kosmos außerhalb der Universität (365) Die 1830er und 1840er Jahre – Repräsentation und das Primat der Ruhe (368) „Die Tendenz der Gesellschaft ist eine rein wissenschaftliche“ – Veränderungen seit 1840 (375)	
Revolution und Reaktion: Die Universität in der Mitte ihres Jahrhunderts . . . . .	381
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	
Die Berliner Universität in der Revolution (381) Universität im Protest und auf den Barrikaden – Studen- ten und Dozenten (386) „Verfassungs“-Probleme – Nichtordinarien als Thema und Akteure (398) 1848/49–1860: Die Universität in der Mitte ihres Jahrhunderts (410)	

Die disziplinär organisierte Forschungsuniversität, 1860–1918 .....	425
<i>Charles E. McClelland</i>	
Die Professoren an der Friedrich-Wilhelms-Universität .....	427
<i>Charles E. McClelland</i>	
Das „geistige Leibregiment“: Morphologie einer Elite (427) Lehre und Forschung: Das Rollenverständnis der Professoren (447) Staatliche Einflussnahme: Finanzierung, Berufungen, Gehälter (455) Prioritäten der Finanzierung: Bildung und Rüstung (472) Die moderne Forschungsuniversität: Standorte, Institute, Raumprobleme (478) Beziehungen zu anderen Universitäten und Forschungszentren (491) Das Nicht-ordinariensystem (500) Professorengattinnen (506) Die Berliner Universität in der Wissenschaftslandschaft des späten Kaiserreichs (509)	
Studium und Studenten .....	513
<i>Charles E. McClelland</i>	
Die Studenten an der Friedrich-Wilhelms-Universität (513) Studium und Prüfung (518) Studenten und Professoren (530) Studienkosten und Stipendien (536) Soziale Differenzierung (540) Studentische Privilegien (557) Studentische Subkultur(en) (560)	
Öffentlicher Raum und politische Kultur .....	567
<i>Charles E. McClelland</i>	
Politische Orientierung, Kontrolle und Disziplinierung (567) Universität und Kultusministerium: Das „System Althoff“ (573) Zugangskontrolle für die akademischen Berufe (578) Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung (589) Professoren als Vereinsmenschen (592) Professoren als Publizisten (603) Antisemitismus (609) Anti-Ultramontanismus (612) Kapitalismus und „soziale Frage“ (618) Weltpolitik und auswärtige Kulturpolitik (621) Universität und Krieg (627)	
Die Universität am Ende ihres ersten Jahrhunderts – Mythos Humboldt? .....	637
<i>Charles E. McClelland</i>	
Rektoren der Universität zu Berlin, 1810–1918 .....	655
Personenregister .....	659
Tabellenverzeichnis .....	667
Abbildungsverzeichnis .....	669
Autorenverzeichnis .....	674



## *Geleitwort*

Gewiss gibt es historische Belege in großer Zahl dafür, dass Geleitworte das jeweilige Buch als verdienstvoll, den Autor bzw. die Autoren als begnadet und den Verlag oder die Geldgeber als außerordentlich großzügig preisen. Doch hier trifft der Topos tatsächlich zu. Denn was ist im Kontext des Berliner Universitätsjubiläums spannender, aber auch sinnfälliger und nötiger, als die 200 Jahre der Existenz der Universität Unter den Linden nachzuzeichnen, die in den Höhen und Tiefen ihrer Geschichte auf die gesamte akademische Welt einen enormen Einfluss genommen hat? Es sind die Glanzzeiten wie die Brüche, das Auf und Nieder der berühmten Bildungsstätte, die am Ende den Mythos „Humboldt-Universität“ begründeten, ihn auf eigentümliche Weise bis heute legitimieren und wirksam werden lassen.

Die Konzeption und Herausgabe der sechs Bände einer Geschichte der Universität Unter den Linden – aus Anlass der 200. Wiederkehr ihrer Gründung im Jahr 1810 – sind ein großer Verdienst. Zu ihren Besonderheiten gehört der Umstand, dass diese Universitätsgeschichte nicht nur als eine einfache Institutionenbiografie angelegt ist, sondern gleichsam komplementär eine Politik- und Sozialgeschichte der Universität und eine Historiografie ihrer Disziplinenpraxis und der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung miteinander verbindet. So werden nicht nur historische Daten und Fakten, Geschehnisse und politische Konflikte aneinandergereiht, sondern es gibt vielfältige Perspektivenwechsel, mit deren Hilfe die Plastizität der Prozesse und Ereignisse an der Universität als Ort wissenschaftlicher Praxis veranschaulicht werden. Das zeichnet die sechs Bände gegenüber der letzten, vor 100 Jahren erschienenen Universitätsgeschichte aus, auf die an verschiedenen Stellen gleichwohl noch respektvoll Bezug genommen wird.

Durch dieses Vorgehen des Herausgebers und der Autoren finden Historie, Historiografie und Historizität des Gegenstandes immer wieder Schnittpunkte – der Geschichte der Universität wird förmlich Leben eingehaucht: Diese Universität ist durch die Zeiten gegangen wie die Zeiten durch die Universität – und zumindest vom heutigen Ergebnis her betrachtet ist es am Ende (wenn auch vielleicht nicht im Ganzen) eine Entwicklung zum Guten gewesen. Auf das Prinzip Bildung durch Wissenschaft, auf die Einheit von Forschung und Lehre, die lehrende und forschende Gemeinschaft, und auf den Anspruch der unbedingten Lehr- und Forschungsfreiheit als Stützpfiler der Humboldtschen Universitätsidee beruft sich heute fast jede akademische Lehr- und Forschungsstätte. Natürlich sind diese

Formulierungen nicht immer „original“; sondern Teil der Rezeptionsgeschichte, also auch nachträgliche Definitionen und Deutungen, aber sie gelten weltweit als Referenzpunkte im Selbstverständnis der modernen Universität und als Maßstäbe ihrer Praxis.

Diese Entwicklung kritisch zu reflektieren, sie nicht isoliert zu betrachten, sondern soziale wie politische Aspekte einzubeziehen, bewirkt Relativierung und bewahrt vor falscher Nostalgie. Die Universität gründet sich eben nicht auf ein fertiges Programm, sondern musste sich im permanenten Wandel ihrer Umgebung auch ständig neu erfinden. Das ist das Geheimnis der über zwei Jahrhunderte fortbestehenden Gültigkeit von Humboldts Idee und zugleich Ursache der Attraktivität, die von der Universität zu Berlin bis heute ausgeht.

Damit wird auch klar, warum sich sein Universitätsmodell nie einfach auf die jeweilige Gegenwart übertragen ließ, auch heute nicht. Für die Gründer der Berliner Universität konnten z. B. die Erwartungen an eine zugangsoffene „Massenuniversität“ des 21. Jahrhunderts oder eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung für vielfältige Berufe noch keine relevanten Prämissen sein. Dasselbe gilt für die Ausdifferenzierung der Wissenschaften und ihre neuen Anforderungen an Interdisziplinarität, Kooperation, Öffentlichkeit und Anwendungsbezug. So begreift die Universität heute ihr Gründungsmodell nicht als reproduzierbares Projekt, sondern nutzt es als Referenz für die Neudefinition ihrer konzeptionellen Grundlagen und aktuellen Ziele. Auf diese Weise kann sie Kontinuität wahren und zugleich entwicklungs offen bleiben. Dabei erweist sich gerade die historische Vergewisserung, wie sie Heinz-Elmar Tenorth gemeinsam mit seinen Mitstreitern vorgelegt hat, als äußerst hilfreich.

Geschichte ist für unsere Kultur ein konstanter und konsistenter Wert, nicht versiegender Quell von Erkenntnis und Phantasie in Bezug auch auf die Zukunft. So sind gute Historiker stets auch gute Zukunftsforscher, ihr Blick zurück ist immer zugleich ein Blick voraus. In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine spannende und lehrreiche Lektüre. Möge sie wirkungsvoll dabei behilflich sein, die heutige Humboldt-Universität zu Berlin mit ihrer wechselvollen Geschichte nach außen noch besser bekannt zu machen und nach innen aufgeklärten Stolz, kritisches Bewusstsein und vor allem Gemeinschaftssinn zu stiften. Dass dies alles gewiss auch ohne meinen Wunsch eintreten wird, liegt an der herausragenden Gestalt dieses Werkes, für dessen Verwirklichung allen Beteiligten, vor allem aber dem Herausgeber, Heinz-Elmar Tenorth, größter Dank gebührt.

Berlin, Oktober 2012

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz  
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

## *Vorwort*

Natürlich, auch Universitätsgeschichten haben ihre Geschichte und ihre Schicksale. Mit dem hier vorgelegten Band wird die Geschichte der Universität Unter den Linden endlich abgeschlossen, nicht im Jubiläumsjahr, wie ich gehofft hatte, zu dem allein die drei Bände der Disziplingeschichte als Bände 4 bis 6 dieses Werkes vorgelegt wurden, sondern zwei Jahre danach. Aber das geschieht ganz offenkundig noch im Lichte der Ereignisse, die mit dem Jahr 2010 markiert wurden, und auch zu einem Zeitpunkt, zu dem die Diskussion über das „Modell Humboldt“, in dem die Universität sich 2010 selbst beobachtet hat, noch nicht abgeschlossen ist. In diesen Debatten wird die Geschichte der Universität zu Berlin immer wieder beansprucht, kritisch oder apologetisch, verherrlichend oder abwertend, nur selten in nüchterner historiographischer Beobachtung. Das wundert nicht, denn Kontinuität und Eindeutigkeit hat diese Geschichte allenfalls im Gründungsnamen, Universität zu Berlin, wie sich die Institution kontinuierlich bezeichnet, dann aber schon unterschiedlich attribuiert, mit dem Namen des Königs aus der Gründungsphase oder mit dem der Brüder Humboldt seit 1949, ansonsten gibt es Dauerhaftigkeit nur noch im Standort; denn das Palais des Prinzen Heinrich, am Opernplatz und Teil des Forum Fridericianum, ist das Hauptgebäude der Universität von Anfang an und bis heute.

Das hier vorgelegte Werk kann natürlich nicht die wahre Geschichte dieser Universität schreiben, denn es gibt mehr als eine Geschichte dieser höheren Lehranstalt zu Berlin. Aber wir, Herausgeber und Autoren, versuchen doch, jenseits der Debatten über die Gründung und die weitere Geschichte, jenseits der Kontroversen über die Politik und die Wissenschaften in Berlin und auch jenseits einfacher Zuschreibungen über das glückliche oder korruptierte Verhältnis von Geist und Macht dieser preußischen Zentral- und DDR-Hauptstadtuniversität ihre Geschichte in den Dimensionen zu analysieren, von denen die Praxis der Universitäten im Wesentlichen gekennzeichnet ist: Forschung und Erkenntnis, Studium und Lehre, Bildung als eigene Lebensform in spannungsreichen Umwelten. Eine komplexe Wirklichkeit also, die in großen Erfindungen und Entdeckungen, theoretischen Reflexionen und Konstruktionen lebte, auch immer neu faszinierte und zugleich nahezu kontinuierlich von Selbstdeformation und der Überwältigung von außen bedroht war.

Der Anstoß zu dieser Geschichte und die Idee, sie in zweifacher Perspektive zu schreiben, als Biografie einer Institution und als Praxis ihrer Disziplinen, als Politik- und Sozialgeschichte und als Geschichte der Realität disziplinärer Forschungsarbeit, kam von

Rüdiger vom Bruch. Er selbst hat dann zu seinem und unser aller Bedauern weder als Herausgeber noch als Autor an dieser Geschichte mitwirken können. Die Präsidenten der Humboldt-Universität haben allerdings diesen Impuls in unterschiedlicher Weise aufgenommen: Hans Meyer hat die Pläne befürwortet und zur Realisierung empfohlen, Jürgen Mlynek für die ersten notwendigen Schritte der Umsetzung gesorgt und die Ressourcen bereitgestellt, Christoph Marksches seine schützende Hand über dem Unternehmen gehalten, und Jan-Hendrik Olbertz hat dafür gesorgt, dass trotz der Zeitüberschreitung die Arbeit ihre Ruhe und ihr Fundament zum Abschluss finden konnte – ihnen allen sei hier ausdrücklich gedankt. Dieser Dank an die Universität gilt in gleich intensiver Weise auch dem langjährigen Vizepräsidenten für den Haushalt, Frank Eveslage, und seiner Abteilung, vor allem Andreas Kreßler und Ewald Schwalgin, ohne deren geduldige und erfindungsreiche Mitwirkung die Nutzung der Ressourcen für die stetige Arbeit an der Geschichte nicht möglich gewesen wäre.

Zu einem publikationsfähigen Produkt wird eine solche Geschichte natürlich erst durch die Arbeit weiterer Akteure, vor allem der Autoren. Aus der Universität und ihren Disziplinen genauso wie von außerhalb rekrutiert, haben sie nicht allein dem Zeitdruck – und den Verzögerungen – standgehalten, sondern auch den Erwartungen, mit denen sie von Herausgeber und Verlag konfrontiert wurden, Umfangsbegrenzungen (zumeist) ebenso klaglos hingenommen wie Überarbeitungswünsche. Ohne sie gäbe es diese Bände nicht. Das gilt vor allem für die Autoren, die im laufenden Arbeitsprozess gewonnen werden mussten, zumal für die Bände 1 und 2, weil andere Autoren (aus unterschiedlichen Gründen) ihre Schreibverpflichtungen nicht einlösen konnten. Einige Kollegen wiederum, die nicht als Autoren erscheinen, haben wesentliche Bedeutung für das Gelingen der Arbeit gehabt, von denen ich zwei auch nennen muss: Dieter Langewiesche, der uns die Universität aus der Distanz zeigte und damit unsere eigene Perspektive kritisch relativierte, sowie Peter Lundgreen, der mit kritischem Blick und förderlicher Unterstützung nicht nur die Präsentation statistischer Daten, sondern auch die Textproduktion begleitet hat und in der Kooperation mit Charles E. McClelland für den zweiten Teil von Band 1 unentbehrlich war.

Diese unentbehrliche Rolle – und der gleiche Dank – kommt dann natürlich dem Verlag zu, mit seiner Bereitschaft, die Bände zu übernehmen, sie in geduldiger Fürsorglichkeit und bewährter Kompetenz zu betreuen und auch knappe Zeithorizonte zu akzeptieren. Manfred Karras und Sabine Taube vom Akademie-Verlag haben uns sehr unterstützt, mehr als man von Verlagen heute erwartet; sie haben auch die Kooperation mit der Agentur Nordsonne und mit Gina Louise Schmiedel mitgetragen, die den Bänden die Ausstattung gegeben haben, an der wir uns jetzt erfreuen, auch weil das Druckhaus „Thomas Müntzer“ (Beltz) in Langensalza, vor allem Maike Lederer, so rasch wie sorgfältig und kooperativ gearbeitet haben.

Das alles wäre aber nicht zu einer greifbaren Realität in Gestalt von sechs Bänden gediehen, hätten nicht meine Mitarbeiter in der Historischen Bildungsforschung der Universität

mehr als ein halbes Jahrzehnt lang geduldig die immerwährende Geschichte mit der Edition der Geschichte der Universität ertragen, zahllose Hilfskräfte, für die ich aus der Endphase der Arbeiten an den Bänden 1 bis 3 stellvertretend für alle nur Nadine El-Hussein, Gerrit Wetter und Aljoscha Peters nenne, sowie, und kontinuierlich für alle Bände, als Fixpunkt im Sekretariat Bettina Eweleit, die dem Werk mit handwerklicher Sorgfalt, nimmermüder Kommunikation und wacher Kritik ihren Stempel aufgedrückt hat. Dankbar bin ich aber vor allem, dass meine Frau mich immer noch erträgt, trotz der Geschichte unserer Universität, die zu viel von der Aufmerksamkeit geraubt hat, auf die sie Anspruch gehabt hätte.

Berlin, im Sommer 2012

Heinz-Elmar Tenorth



# *Geschichte der Universität zu Berlin, 1810–2010.*

## *Zur Einleitung*

### 200 Jahre Universität zu Berlin

200 Jahre, das ist für eine europäische Universität noch kein ehrfurchtsgebietendes Alter. In Bologna, das seine Gründung auf 1088 datiert, in Paris oder Oxford, die wenig später beginnen, lehrt und studiert man seit dem 11./12. Jahrhundert, in Cambridge seit dem frühen 13., in Prag schon 1348, in Wien 1365, in Heidelberg 1386, in Leipzig 1409 – und die 600 Jahre wurden stolz gefeiert. Die landesherrlichen Gründungen im Zeichen des Konfessionskonflikts entwickeln sich seit dem späten 15., frühen 16. Jahrhundert: Marburg – protestantisch – wird 1527, Würzburg – katholisch – 1582 gegründet, in Preußen bzw. unter den Hohenzollern schon früher als in Berlin z. B. Königsberg 1544, Duisburg 1654, 1742/43 Erlangen. Mit Harvard hat 1636 die erste Universität in Nordamerika ihre Arbeit aufgenommen. Aufklärerische Innovationen gibt es seit dem 17. Jahrhundert, zumal in Preußen, wo Halle 1693/94 einsetzt. Reformuniversitäten im modernen Verständnis kann man vor 1810 sicherlich in Göttingen – 1737 gegründet – oder in Jena, 1556/57 gegründet, hier vor allem im 18. Jahrhundert in diskursiver Präsenz, entdecken. Die Universität ist eine alt-ehrwürdige Institution, Neugründungen im frühen 19. Jahrhundert sind also eher späte Gründungen und scheinen vielleicht sogar preußentypisch: 1811 in Breslau oder 1818 in Bonn.

200 Jahre der Universität zu Berlin markieren andererseits auch kein belangloses Datum in der Geschichte der Universitäten in Europa und weltweit. Die hier 1810 gegründete Universität löst im Prozess der Einrichtung und Gründung, vorher, während und nachher, eine Fülle an Debatten aus. Sie wird früh als eine besondere Einrichtung wahrgenommen, sie stilisiert sich bald selbst als besondere Anstalt, innerpreußisch wie im nationalen und internationalen Kontext, und sie gilt rasch weltweit als eine führende Universität. Bei ihrem hundertjährigen Jubiläum 1910 billigt alle Welt ihr eine Spitzenstellung zu. Mit einem ihrer aktuellen Namensgeber, Wilhelm von Humboldt, verbinden sich seit dem frühen 20. Jahrhundert zudem programmatische Texte, in denen die Identität moderner Universitäten überhaupt gespiegelt erscheint. Man spricht von einer „humboldtschen Universität“ und ihrer „Idee“, und meint damit nicht allein die Berliner Gründung in ihrer Geschichte und Praxis, sondern ein „Modell“ von Universität, das vermeintlich für die moderne Welt charakteristisch und für „höhere Lehranstalten“ stilprägend sei.

Solche Ambitionen wecken natürlich Zweifel an Suprematansprüchen und provozieren schon aus purer Selbstbehauptung der anderen kritische Nachfragen. An die Stelle des leuchtenden Vorbilds tritt dann der „Mythos Humboldt“, den die Berliner oder Preußen vermeintlich insgesamt zu ihrem eigenen Ruhm nur erfunden haben. Wahrscheinlich ist ein Grund der fortdauernden Geltung aber auch, dass der Mythos nicht nur in Berlin, sondern seit dem frühen 20. Jahrhundert überhaupt zur Abwehr politischer Interventionen gedient hat, sei es der Demokratie nach 1920 oder planungswütiger Bildungspolitik im Bologna-Prozess heute, so dass konservative oder progressive Professoren oder Studenten gleichermaßen in kritischer wie selbstdefensiver Absicht mit ihm arbeiten und agitieren können. Ein solcher Diskurs über die Idee der Universität, d. h. eine Rede oberhalb der Realität und bestimmt von Mythen, Erfindungen und Programmen, verselbstständigt sich natürlich gegenüber seinem Ursprung. Aber auch das ist ein Indikator für die Besonderheit der Berliner Gründung; denn welche Universität, zumal in Deutschland, hat eine solche Fülle an Fremd- und Selbstbildern, Programmdebatten und Kontroversen, emphatischer Zustimmung und scharfer Abwehr produziert? Bis hin zu dem verständlichen, aber paradoxen Versuch reicht inzwischen diese intensive Fremd- und Selbstbeobachtung, dass man jetzt auch die „Wahrheit des Mythos“ zu entdecken sucht, wo der Mythos als Mythos doch erst funktioniert, weil er sich gegen die Wahrheitsfrage immunisiert.

Vor diesem Hintergrund schreibt man jedenfalls nicht mehr harmlos oder allein aus historischer Neugier über 200 Jahre Universität zu Berlin, auch angesichts der Tatsache, dass eine umfassende Gesamtgeschichte der Universität zuletzt vor 100 Jahren vorgelegt wurde. Im Blick auf das monumentale Werk von Lenz wird man dann sogleich auch mit einem großen Anspruch und Maßstab, mit immenser Detailfülle und unbestreitbarer Lesbarkeit konfrontiert, die bescheiden machen, schon weil man für die Nachfolgezeit – Lenz schreibt im Grunde so gut wie nichts über die Zeit nach 1870/1880 – diesem Maßstab erst einmal gerecht werden muss. Angesichts solcher Kontexte und Vorgeschichten ist eher zu befürchten, dass eine Geschichte der ersten 200 Jahre nur scheitern kann, weil sie mit Erwartungen überfrachtet wird und sich auch noch dem inzwischen fortgeschrittenen Stand der Geschichtsschreibung von Wissenschaften und Universitäten konfrontiert sieht (und den Mustern anderer Jubiläumsbände von Prag bis Leipzig, Jena oder Oslo – etc.). Chroniken oder Festschriften in edlem Gewande, auch selbstgewisse Rückblicke wie 1960 verbieten sich dann genauso wie triumphalistische Jubelschriften, aber auch eine selbstkritisch-besorgte Fixierung auf die Mythos-Debatte. Wie also schreiben?

Die hier vorgelegte, jetzt endlich abgeschlossene, nicht mehr vollständig als Jubiläumsgabe präsent, daher auch von den Feierlichkeiten und ihren Erwartungen partiell entlastete „Geschichte der Universität Unter den Linden“ hat ihren eigenen Weg gesucht und gefunden, in Kenntnis der Debatten, aber in gleicher Weise distanziert gegenüber dem Jubel wie gegenüber purer Selbstkritik. Unsere – pragmatische – Lösung war, nicht eine Geschichte zu schreiben, sondern mindestens zwei, die eine konzentriert auf die „Biografie einer Insti-

tution“, die andere auf die „Praxis ihrer Disziplinen“, und beide Geschichten in ihrem Zusammenhang zu komponieren. Dabei galt es auch, der naheliegenden Versuchung zu widerstehen, die aus dem 20. Jahrhundert heraus so gut begründet erscheint, die Geschichte der Berliner Universität als exemplarische Geschichte des – natürlich unbestreitbaren – politischen Versagens der deutschen Mandarine zu schreiben oder als kontinuierliche Geschichte der politischen Überwältigung der Universität, die mit den Karlsbader Beschlüssen und der Demagogieverfolgung einsetzt, über die Lex Arons und die NS-Interventionen bis nach 1945 im Schreckbild einer sozialistischen Kadenschmiede ihre eigene Stabilität gewinnt. In einer solchen Geschichte gelten die Institutionen als die relevanten Akteure, Politik, Ökonomie und Ideologie als die bedeutsamen Umwelten, Ideologiekonstruktion, die Sicherung von Herrschaft und Funktionalisierung als dominierende Perspektiven.

Aber das ist nur die dunkle Seite der Universität, nicht ihre ganze Geschichte. Die kann man nicht schreiben, ohne die Eigenlogik von Wissenschaft zur Geltung bringen und der unbestreitbaren Tatsache Rechnung zu tragen, dass wissenschaftliche Arbeit zuerst disziplinbezogene wissenschaftliche Arbeit ist, die selbst unter Bedingungen der beiden deutschen Diktaturen ihre eigene, von den je individuellen Akteuren selbst erzeugte – oder selbst missbrauchte – Geltung hatte, im *sacrificium intellectus* wie in der Selbstbehauptung wissenschaftlicher Arbeit gegenüber der politischen Überformung. Bevor man die Praxis der Disziplinen nicht im Lichte solcher Alternativen zwischen Eigenlogik der Wissenschaften und ihrer politischen Funktionalisierung beschrieben hat, aus beiden Perspektiven, sollte man nicht behaupten, dass die politische Überwältigung die universitäre Praxis dominierte. Die Geschichte der Universität zu Berlin, die wir vorlegen, spricht jedenfalls eine andere Sprache, kontinuierlich und dicht, wenn auch nicht in all ihren Stücken, aber auch nicht nur in wenigen leuchtenden Ausnahmen.

Struktur und Leistung unserer Darstellung lassen sich jetzt, auch weil der erste Band, zwar nicht intendiert, aber unter dem Aspekt der Bilanz in glücklicher Fügung, als letzter erscheint, in mehreren, einander komplementären, nicht ausschließenden Perspektiven als Programm des Werkes und als Ertrag der Beiträge der Autoren resümieren: Zuerst ist die „Geschichte einer Universität“ die Biografie einer Institution in ihrem politisch-gesellschaftlichen Kontext und im Gefüge des nationalen Wissenschaftssystems, zwischen Autonomie und Unterwerfung, politischem Zugriff und eigener institutioneller Dynamik. Im Blick auf die Funktion dieser Institution treten, zweitens, ihre „Aufgaben und Ziele“ ins Blickfeld. Zumal in der Lehre, aber auch in den Außen Erwartungen zeigt sich die spezifische Aufgabe der Universität, die Konstruktion von Kompetenz, wie man generell sagen könnte, d. h. von Kompetenz, wie sie die Wissenschaften selbst oder die Gesellschaft erwarten. Das ist eine Erwartung, die immer auch den Versuch provoziert, die Lehre selbst zu überformen, etwa im Sinne der Erziehung und der Gesinnungskonstruktion. Die „Praxis ihrer Forschung“, drittens, entwickelt sich in der Universität in diesem Spannungsfeld von Umwelten, einer Außenwelt, die eigene Erwartungen und auch kontrollierende Zugriffe entwickelt, und einer universitären Innenwelt, manifest in den Ansprüchen der Lehrenden und Studierenden so-

wie der Herausforderung von Forschung und der Kompetenz- und Wissenskonstruktion. Man kann schließlich, viertens, nicht ignorieren, dass wir es in allen drei Dimensionen mit Praxen zu tun haben, die sich selbst reflektieren, als „Humboldts Universität“, und die zugleich von außen beobachtet werden. Das verdichtet sich im 20. Jahrhundert zunehmend in einem Bild von Universität, das im aktuellen Namen der Universität zu Berlin personalisiert gegenwärtig ist und als „Modell Humboldt“ intern gedeutet wird.

Im Blick auf diese Dimensionen haben Herausgeber und Autoren versucht, die Geschichte der Universität zu Berlin zu schreiben, als politische und Sozialgeschichte der Universität in den Bänden 1 bis 3, für die Praxis ihrer Disziplinen in den Bänden 4 bis 6. Wir bezeichnen diese Universität nach dem konstanten Ort ihrer Historie als Universität „Unter den Linden“; denn als eine andere Universität in Berlin gibt es seit 1948 auch die Freie Universität, wenn auch nicht „zu Berlin“. Insofern bleibt diese ursprüngliche Benennung so singulär wie konstant. Als Universität zu Berlin kontinuierlich, aber unter wechselnden Namen gegenwärtig, seit 1828 nach dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. benannt, der die zentralen Dokumente der Einrichtung unterzeichnet hat, als „königliche“ Universität bis 1918 präsent, als Friedrich-Wilhelms-Universität bis 1945, von 1945–1949 erneut ohne Personennamen, schließlich seit 1949 und bis heute mit dem Namen der Brüder Humboldt, ist die Adresse immer Unter den Linden, in der Kontinuität der einen Institution.

Versucht man, den Ertrag unserer Darstellung zu resümieren, so mutig das angesichts von inzwischen mehr als 3.500 Seiten auch sein mag, dann kann man eine Geschichte lesen, die zugleich preußisch wie deutsch bestimmt wird und sich als Exempel deutscher Wissenschaft und ihrer Institutionalisierung seit dem frühen 19. Jahrhundert lesen lässt. In den Leistungen und Problemen, die damit verbunden sind, präsentiert sie zugleich einen Ort, an dem sich die Möglichkeiten von Universitäten und die Funktion von Forschung in modernen, funktional differenzierten Gesellschaften und unter wechselnden politischen Systemen dokumentieren. Die Universität zu Berlin wird im preußischen Staat in der Stunde einer tiefen Krise gegründet, wächst zu Rang und Reputation im Kaiserreich, erlebt in der ersten deutschen Republik eine Problematisierung ihrer herausgehobenen Rolle, übersteht aber auch die zwei wissenschaftspolitisch durchaus unterscheidbaren Diktaturen, bis sie im demokratischen Deutschland ihre Identität neu unter dem Anspruch der Gründung suchen kann. Das haben wir präsentiert, in der Biografie einer Institution und in der Praxis ihrer Disziplinen als Geschichte der Universität zu Berlin.

## Geschichte einer Universität

In der Rekonstruktion dieser Geschichte muss man, schreibend wie lesend, von der Schwierigkeit ausgehen, dass mit dem Namen „Universität“ in ihrer nahezu tausendjährigen Geschichte keineswegs eine eindeutig definierte und kontinuierlich gleich bleibende Institu-

tion bezeichnet wird. In den Phasen ihrer Geschichte seit dem europäischen Mittelalter hat die Universität vielmehr sehr unterschiedliche Gestalten angenommen. Sie war, nach ihren Mitgliedern, ein Ort der Studenten oder der Lehrenden, bevor sie sich, nach ihrer Sozialform, als *societas magistrorum et scholarium* und als Lebensform eigener Art verstanden hat. Sie war, nach ihrer Funktion, Ausbildungsanstalt vermöglicher Kinder der Eliten, Lehranstalt für Doktrinen, Qualifizierungs- und Rekrutierungsort von Staatsbeamten, Zertifizierungsstätte für akademische Qualifikationen, Versorgungsanstalt gelehrter Milieus und erst sehr spät Stätte der Forschung, wie wir sie heute sehen. Meist aber war die Universität dabei, nach ihrer spezifischen Leistung, auch ein Ort der Konstruktion von Wissen und der Definition von Kriterien seiner Geltung. Nach der gesellschaftlichen Rolle hatte sie lange Zeit ein Monopol in der Graduierungsfunktion und in der Vergabe von Titeln, in der Wissensproduktion stand sie nicht nur in Konkurrenz zu den Akademien, die es seit der Renaissance gab, sondern war auch bis ins späte 18. Jahrhundert nicht überall und zuverlässig von anderen höheren Schulen oder „Gymnasien“ unterscheidbar. Universitäten existieren historisch wie aktuell also nur in der Vielfalt von Erscheinungsformen. Auch „die moderne Universität“ wird zwar im Singular attribuiert, ist in der Realität aber nur in großer Vielfalt nationaler Gestalten gegenwärtig.

Die besondere Attraktivität der Gründung und der Geschichte der Universität zu Berlin mag deshalb auch daher rühren, dass sie zu einer Zeit entsteht, um 1800, als erneut und sehr kontrovers in Mitteleuropa diskutiert wurde, was denn „Universität“ in Zeiten revolutionärer Umwälzungen von Wissen, Staaten und Gesellschaften, von Aufklärung, Demokratisierung und Modernisierung bedeuten kann und soll. Die Gründungsgeschichte der Universität (Bd. 1, Tenorth, Einrichtung<sup>1</sup>) belegt dann – gegen die vermeintliche Eindeutigkeit, die einige zu „Gründungsschriften“ stilisierte philosophische Texte suggerieren –, dass in Deutschland nach 1750 und in Berlin seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert keineswegs unstrittig war, was denn „Universität“ bedeutet, dass auch kontrovers war, ob in Berlin eine solche Anstalt überhaupt eingerichtet werden soll, und wenn ja, welche Gestalt eine solche „höhere Lehranstalt“ annehmen könne. Dieser Begriff, der sich in gleicher Weise in Dokumenten der Administration von Beyme bis Massow findet, aber auch in kühnen philosophischen Entwürfen, z. B. bei Fichte, steht deshalb auch nicht zufällig um 1800 in Konkurrenz zum tradierten Begriff der „Universität“. Die Entscheidung für den hergebrachten Namen und einige damit verbundene Formen der Organisation, z. B. nach Fakultäten, fällt auch erst relativ spät, markiert dann aber einige der preußisch-berlinischen Besonderheiten.

---

<sup>1</sup> In der Einleitung wird – angesichts der nahezu uferlos expandierten Forschungsgeschichte – auf den wenig aussichtsreichen Versuch verzichtet, Literaturnachweise zu geben, sondern es wird allein auf Beiträge im Gesamtwerk vorverwiesen. Dort finden sich in den einzelnen Abhandlungen auch die notwendigen Referenzen auf die Literatur. Dabei wird hier in Klammern zitiert mit Bd., arabische Ziffer, Autorname sowie, wenn notwendig, Kurztitel des Beitrags.

Das Konstruktionsproblem, das sich in der Gründung der Universität zu Berlin darstellt, ist ansonsten sowohl offener als auch grundsätzlicher, es geht nicht nur um den Namen einer Einrichtung oder um die Tradition einer Bezeichnung. In den Debatten über die Zukunft der Universität wird nämlich eine deutliche Zäsur sichtbar. Sie besteht zwischen der scharfen Kritik an der alteuropäischen Familienuniversität, die nach dem Prinzip der Geselligkeit und des Klientelismus funktionierte, aber ohne Leistungskriterien moderner Art, etwa der Forschung, arbeitete, und der modernen Universität, die sich wesentlich über individuell zurechenbare Forschung als Qualitätskriterium definieren wird und begründet, aber diese Erwartung zugleich mit Ausbildung verbindet. Welche Gestalt diese zweifache Referenz in den Aufgaben und Organisationsformen annehmen sollte, das war um 1800 oder in den Gründungsdebatten in Berlin keineswegs selbstverständlich oder unstrittig. Die philosophischen Prinzipiendebatten in Jena, Erlangen oder Berlin, in denen „Nützlichkeit“ und „Brodstudien“ gegen „Bildung“ und „reine Wissenschaft“ zu unauflösbaren Widersprüchen stilisiert werden, verdecken nur, dass es in der Gründung der neuen Universitäten wesentlich darauf ankam, die widerstreitenden Erwartungen in einer Organisation zu bündeln und nach Möglichkeit zugleich und gleichzeitig zu bedienen und zu steigern.

Die Leistung der intellektuellen und administrativen Gründer der neuen Universität, im Wesentlichen von Humboldt und Schleiermacher also, bestand deshalb auch primär darin, für die widerstreitenden politischen und gesellschaftlichen Erwartungen und Interessen eine Form gefunden zu haben, die traditionelle Universitätsstrukturen bewahrte, aber in den Mustern der Rekrutierung und im Selbstverständnis der inneruniversitären Akteure Standards für die eigene, dann folgende Arbeit setzte, die einer Forschungsuniversität modernen Typs zur Geltung verhelfen. Sie hat im Laufe des 19. Jahrhunderts eine im Grunde paradoxe Praxis ausgebildet, die in traditioneller Gestalt und unter der autokratischen Herrschaft von Ordinarien, aber befördert durch eine förderliche Umwelt, dennoch die erstaunlichsten Innovationsleistungen in der Konstruktion von Wissenschaften und in der Durchsetzung und öffentlichen Anerkennung ihrer autonomen Gütekriterien vollbrachte.

Aus der Distanz gesehen, wurde damit das Problem gelöst, den Ort einer höheren Lehranstalt in der Gesellschaft zu bestimmen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Nach der Struktur der Organisation fand die neue Einrichtung sowohl horizontal wie vertikal in dem – selbst noch in Teilen zu definierenden – nationalen, d. h. also preußischen, Bildungssystem ihren Platz, und zwar in Abgrenzung und Vernetzung: Gegenüber den Schulen, zumal den Gymnasien, gelang die Abgrenzung nach unten und zugleich, als Absicherung und Lösung der Rekrutierung der Studenten, die Verzahnung nach oben. Beides wird das Abitur leisten, das, in Preußen seit 1788 diskutiert, in Reglements seit 1810/12 amtlich eingeführt wird, allerdings erst 1834 auch tatsächlich den Zugang verbindlich normiert, ausdrücklich gegen Alternativen, wie sie als universitätseigene Zugangsprüfungen, z. B. in den anglophonen Ländern bis heute bestehen, aber auch im deutschen System vor 1850 durchaus bekannt waren. Nach oben bzw. innerhalb der höheren Bildungsanstalten wird die Differenz von Aka-

demie und Universität reguliert. Sie wird in einer Mischung von Gemeinsamkeiten (u. a. in der Forschungsambition sowie in der Bewertung von Wissen und den Kriterien seiner Geltung) und Differenzen (u. a. in der Ausbildungsleistung, in den Mustern der Personenrekrutierung und den Formen der alltäglichen Arbeit) definiert, um den Preis – oder das Privileg –, dass die Universität sich zwei funktional unterscheidbaren Aufgaben gegenüber sieht, Lehre und Forschung, Ausbildung und reine Wissenschaft.

Diese im Gründungsakt definierte Abgrenzung und Zuordnung der Universität gilt im System der höheren Bildung auch horizontal, vor allem gegenüber berufs- bzw. professionsbezogener Fachausbildung jenseits der klassischen akademischen Berufe. Diese alten Professionen bleiben in den „oberen Fakultäten“ der Theologie, Jurisprudenz und Medizin universitär und werden sogar durch die Zuordnung der Philosophischen Fakultät zum Bildungssystem und seinem Lehrbedarf erweitert. Andere Ausbildungserfordernisse auf dem Niveau von (angewandten) Wissenschaften werden dagegen ausgegrenzt, technische z. B. oder militärische, so dass etwa der Ingenieur keinen Platz im Ausbildungssystem der Universität findet. Für diese gesellschaftlichen Erwartungen gab es auch in Berlin – schon vor der Universität – eigene Akademien, bevor dann im ausgehenden 19. Jahrhundert die Technischen Hochschulen auch in Preußen gegründet werden, außerhalb Berlins, in Charlottenburg vor den Toren der Stadt oder z. B. in Aachen. Das verweist schon darauf, dass mit der horizontalen Funktionsbestimmung der Universität auch eigene Muster der Hierarchisierung im Hochschulbereich selbst verbunden werden, bei der Verleihung akademischer Grade z. B., denn das Promotionsrecht bleibt den Technikwissenschaften und ihren Hochschulen zunächst vorenthalten, auch bei der Bewertung von Wissen, denn die Abschlüsse höherer Schulen, die nicht dem gymnasialen Kanon klassischer Sprachen entsprechen, sondern naturwissenschaftlich oder neusprachlich orientiert sind, bleiben bis 1900 beim Hochschulzugang Abschlüsse minderen Ranges.

Muster der Hierarchisierung bestimmen auch die innere Ordnung der höheren Lehranstalt, wie sie dann gegründet wird, organisatorisch, nach den Personen bzw. Mitgliedern der Universität, sowie in der Leistungserbringung. Im Blick auf den Lehrkörper kann man sagen, dass gegen den reformerischen Impetus mancher Gründungstexte und universitärer Vordenker ein strikt hierarchisches Ordinariensystem etabliert und bis ins 20. Jahrhundert gegen Veränderungsversuche, wie es sie 1848 oder nach 1918 gab, stabilisiert wird. In diesem System genießen die Inhaber ordentlicher Professuren alle Rechte und Privilegien in der Selbstverwaltung der Universität, in Lehre und Forschung sowie in der Bezahlung, der Rest des Lehrkörpers – außerordentliche Professoren, Privatdozenten und andere Lehrende, Lektoren oder Lehrbeauftragte – hat, neben minderen korporativen Rechten, auch noch eine schlechtere oder gar keine Bezahlung. Die Studenten als temporäre Mitglieder der Universität sind zwar eigene Akteure in Lehre und Studium, einige von ihnen auch Mitakteure in der Forschung, alle werden zu Objekten disziplinarischer Kontrolle, aber sie sind ohne Rechte in den akademischen Gremien. Eher in der Reputationshierarchie als nach den aka-

demischen Rechten unterscheiden sich die Fakultäten. Aber auch ihre Einrichtung, zumal in der Vierzahl und mit der spezifischen Forschungsorientierung und dem Fächerspektrum der Philosophischen Fakultät, die unter gleichem Forschungsanspruch Natur- und Geisteswissenschaften umfasst, war um 1800 nicht die einzige Option, so wenig wie die Machtverteilung zwischen den Fakultäten und dem Senat oder der Universität und dem Staat. Die viel gerühmte akademische Freiheit schließlich beschränkt sich von Beginn an auf „Geistesfreiheit“, und doch war sie gegen den politischen Zugriff nicht kontinuierlich immun. Universitäre Autonomie ist Selbstständigkeit in der Abhängigkeit, Selbstkontrolle unter eigener und staatlicher Gesetzlichkeit.

Dabei ist für die Universität zu Berlin die Einbindung in die preußische Wissenschaftspolitik bis 1933 eher Vorteil als Belastung, auch wenn sie unter dem System Althoff um 1900 gelegentlich über den Zugriff des Staates klagt (Bd. 1, McClelland) oder die förderliche Rolle des Staates nach 1918 nicht immer anerkennen will (Bd. 2, Grüttner, Universität). Die Universität gilt nämlich früh als preußische „Centraluniversität“ (vgl. Tenorth, Verfassung, i. d. Bd.), für die sich der Staat in besonderer Weise verantwortlich fühlt: In der Ausstattung mit Finanzen, in der Vollständigkeit der angebotenen Disziplinen, in der Berufung der Professoren und ihrer Besoldung. Das wird sogar bis zum Ende der DDR so bleiben; denn auch für sie hatte die „Hauptstadtuniversität“ einen besonderen Status, eingeschlossen – für die Universität – die gelegentlich unbequemen Folgen, die aus solcher Existenz im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit immer herrühren. Immer schon nah am Staat und seinen Erwartungen, erlebt die Universität radikale Muster der Politisierung ihrer Arbeit allerdings erst seit 1933, in scharfer Ausgrenzung und Kontrolle des Lehrkörpers nach rassistischen Vorgaben (Bd. 2, Kinas; Thiel) oder in der Durchsetzung des staatssozialistischen Herrschafts- und Kontrollanspruchs (Bd. 3, bes. Kowalczuk) sowohl gegenüber Personen als auch gegenüber Theorien und Forschungsprogrammen.

In ihrer Praxis und nach dem Selbstverständnis ihrer dominierenden Akteure ist die Universität, wie sie 1810 eingerichtet wird und fort dauert, aber zuerst und primär Forschungsuniversität gewesen und geblieben. In dieser Gestalt existiert sie als eine Einrichtung, die zwar Lehrerwartungen mit bedient, Prüfungserwartungen jedoch wesentlich auf die Staatsprüfungen abwälzt und sich selbst in der Ausbildung, dann freilich unter hohen Standards, primär mit der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, zumal in den Habilitationen, beschäftigt. Die interne Dynamik der Universität, abgestützt in einer bald kontinuierlich werdenden Expansion der Studentenzahlen, entsteht vor allem aus diesem Forschungsimperativ. Nationale und internationale Sichtbarkeit ihrer prominenten Professoren verdankt sich der Forschung, ebenso die Attraktivität Berlins bei Berufungen. Kognitiv folgenreiche Formen der Disziplin konstitution und die Ausdifferenzierung von Seminaren und Instituten sind damit ebenso verbunden wie die zunehmende Schwierigkeit, die Einheit der Institution oder „Bildung durch Wissenschaft“ anders als in Festreden zu behaupten. Auch die Tatsache, dass Strukturen der Forschung und Erwartungen an ihre ge-

sellschaftliche Rolle dazu führen, dass mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 die Universität ihr Forschungsmonopol verliert, deuten an, dass Gewichtsverschiebungen im nationalen Wissenschaftssystem die Universität zuerst betreffen, wenn es um die Forschung als den Kern ihrer Praxis geht. Hier liegen auch die wesentlichen Zäsuren ihrer eigenen Geschichte als Ort wissenschaftlicher Praxis, nicht zuerst in der politischen Umwelt.

In ihrer Geschichte weist die Universität zu Berlin als Organisation durchaus einige Besonderheiten gegenüber anderen Universitäten auf. Erst spät im 20. Jahrhundert, nach 1934, wird die Philosophische Fakultät geteilt und die Naturwissenschaften werden ausgegliedert (Bd. 2, Nagel). Jetzt, unter politischen Vorzeichen, erweitert die Universität auch ihren Fächerkanon (Bd. 5, passim), z. B. um die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, durch die Angliederung der Landwirtschaftlichen Hochschule oder im – temporären – nationalsozialistischen Experiment der Auslandswissenschaften, allerdings immer noch im Fakultätsmodell der Binnengliederung. Tiefgreifende Veränderungen der traditionellen Organisationsstruktur bringt erst die Hochschulreform der DDR von 1968: mit der Gründung der Sektionen, dem Funktionsverlust der Fakultäten, dem Machtverlust von Ordinarien, der neuen Einbindung gesellschaftlicher und politischer Akteure. Das alles ereignet sich vor dem Hintergrund eines Akademiesystems, das sich selbst über Forschung definiert, und zwar über ein – denkt man in disziplinären Strukturen – Parallelsystem von Forschungseinrichtungen, die der Universität in der Aspirantenausbildung auch die Funktion der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses streitig machen (Bd. 3, Middell).

Die Abkehr von diesem System gesellschaftlicher Organisation der Wissenschaften und der Bewertung des Wissens geschieht nach 1990. Dabei wird in Zeiten der Partizipation aller Universitätsmitglieder in der Gremienuniversität und angesichts eines Systems der Forschungsfinanzierung über knappe Grundfinanzierung und wettbewerbsbezogene Finanzierung über Drittmittel oder Exzellenzprogramme das alte Muster einer privilegierten Centraluniversität oder gar die Ordinarienherrschaft nicht wiederhergestellt. Radikal verändert hat sich die wissenschaftliche und gesellschaftliche Umwelt, in die die Universität 1990 eintritt, lokal wie international: Sie hat heute mit drei anderen Universitäten Konkurrenz in der Stadt; sie sieht sich institutionell einem ausdifferenziertem System von Universitäten und Fachhochschulen gegenüber, in der Lehre zudem der Konkurrenz privater Anbieter im Hochschulsystem und sie findet sich in einem Wettbewerb um Forscher und Studenten, der längst über einen internationalen Markt reguliert wird. In der Forschung besteht die neue Lage in der Gleichzeitigkeit von Konkurrenz und Kooperation jetzt nicht mehr zuerst mit dem Akademiesystem, sondern mit anderen Institutionen innerhalb des Hochschulsystems sowie mit zahlreichen Akteuren und Institutionen in der außeruniversitären Forschung, öffentlich oder privat finanziert. Das privilegierte und insofern auch bequeme Leben einer Universität in der Hauptstadt ist beendet. Die Universität zu Berlin tritt damit in gewisser Weise erst nach 1990 in die Muster alltäglicher Arbeit ein, die für

andere Universitäten schon früher bestanden haben – und bewahrt als Besonderheit nur die Traditionen ihrer eigenen Praxis. Neben der Platzierung in der Hauptstadt und der damit empfundenen Nähe zur Macht sowie an einem städtisch hervorgehobenen Ort sind das vor allem die Einheitsformeln, die ihr Selbstbild bestimmen und die erst in der Gegenwart auch als die Belastung erfahrbar werden, die sie in ihrer Widersprüchlichkeit schon immer waren, wie der Blick auf Lehre und Forschung bestätigen kann.

## Aufgaben und Ziele – die Universität in ihrer gesellschaftlichen Umwelt

In ihren Statuten von 1816/17 (Bd. 1, Tenorth, Verfassung) setzt sich die Universität zwei Ziele, „die allgemeine und besondere wissenschaftliche Bildung (...) fortzusetzen“ und ihre Studenten „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchengienstes tüchtig zu machen“. Das sind zwei Referenzen, die man in der Folgezeit nicht selten als miteinander widerstreitende Ziele gesehen hat: die Orientierung an Bildung und Wissenschaft einerseits, an der propädeutischen Vorbildung für die zunächst dominierenden Staatsprüfungen und Staatstätigkeiten, also für einen Beruf, andererseits. Bei diesem Blick auf die Zielvorgaben, vielleicht noch verführt durch traditionelle Stilisierungen der „Idee der Universität“, z. B. in der „Einheit von Forschung und Lehre“ (eine Formel, die sich in den Gründungstexten nicht findet), in „Bildung durch Wissenschaft“, wie die Statuten ja auch sagen, oder in „Einsamkeit und Freiheit“ (die nur Begleittexte Humboldts formulieren), gerät man in die Versuchung, zunächst nur die widersprüchlichen Erwartungen zu sehen – und die Idee der Universität in Richtung auf Bildung und Wissenschaft und eine Lebensform fern der Beruflichkeit aufzulösen.

Der Praxis und dem Selbstverständnis der Universität und ihrer Gründer, aber auch den Außenerwartungen entspricht eine solche Stilisierung nicht, auch nicht dem Programm der Statuten. Die lassen sich nämlich nicht zufällig auch als Einheitsprogramm – freilich anderer Akzentuierung – lesen, nämlich als ein Programm der Konstruktion von Kompetenz, und zwar auf der Basis von Wissenschaft, und nicht nur im „allgemeinen“, und dann vielleicht nur in philosophischer Distanz und Esoterik, sondern als „besondere wissenschaftliche Bildung“, immer schon in einzelnen Disziplinen und konzentriert auf deren je spezifische disziplinäre Anforderungen, Theorien und Methoden sowie auf Anforderungen einer außeruniversitären Praxis (Bd. 1, Tenorth, Studenten). Die Fakultäten sehen ihr Lehrangebot deshalb auch vor dem Hintergrund dieser beiden Erwartungen. Sie sind sogar zuversichtlich, dass sich beide Referenzen – Wissenschaft und Beruf, forschende Praxis in Einzeldisziplinen und Staatstätigkeit als Theologe oder Jurist, Mediziner oder Philologe – in gleicher Weise durch dieses einheitliche Lehrangebot verwirklichen lassen. Retrospektiv kann man wissen, dass diese Erwartung aus der Perspektive der Lehre vielleicht nicht sehr realistisch war; aber man kann retrospektiv auch wissen, dass die fehlende Lehrverfassung

der Universität erst zu einem strukturellen Problem wurde, als sich die Zahl der Studenten vergrößerte und die Universität sowie Bildungspolitik und -verwaltung, bereits nach 1830, mit dem Problem konfrontiert wurden, dass die schulisch bescheinigte „Reife“ die damit unterstellte Studierfähigkeit nur in großer Varianz versprechen konnte.

Die weitere Geschichte der Universität und die Expansion der Studentenzahlen belegen allerdings in überraschender Weise und kontinuierlich primär zwei Phänomene: zum einen die Attraktivität der Universität für Studenten und ihre unentbehrliche Rolle in der Konstruktion der akademisch qualifizierten Berufe für den Staat und zunehmend auch für die sich modernisierende und wachsende Gesellschaft, zum anderen die immer wieder erstaunliche Tatsache, dass die Universitäten, auch in Berlin, diese Nachfrage und den gesellschaftlichen Qualifikationsbedarf bis weit ins 20. Jahrhundert in den alten Strukturen der Lehrverfassung bearbeiten. Das geschieht, wie die Geschichte der Universität belegt, im Wesentlichen auf Kosten der Studenten und gelingt nur dank ihrer Eigenaktivitäten sowie eines Lehrpersonals neben und unterhalb der Ordinarien, das die Last der Ausbildung trägt, während sich die Privilegierten als Mitglieder einer Forschungsuniversität verstehen und entsprechend arbeiten.

Die Universität wird in diesem Expansionsprozess (vgl. Tab. 1), der sich in Wellen vollzieht und zum ersten Mal in den späten 1820er Jahren einsetzt, nach 1830 und bis etwa 1860 stagniert, dann aber bis 1933 andauert, bald nicht nur die größte preußische, sondern die größte deutsche Universität. Während noch in der Gründungsphase die Bildungspolitikler besorgt fragen, ob überhaupt genügend Nachfrage nach universitären Studien existiert und die Errichtung der Universität zu Berlin mit der Schließung zahlreicher anderer preußischer Universitäten parallel geht (so wie auch außerpreußisch um 1800 zahlreiche Universitäten geschlossen werden), ist die Frage der Frequenzen spätestens nach 1860 allenfalls im Blick auf die gesellschaftlich als bedrohlich wahrgenommene neue Überfüllung ein Thema. Ansonsten spiegelt sich im starken Zugang zu den Universitäten die wachsende Bedeutung universitärer Ausbildung, die Gewichtsverschiebung im akademischen Arbeitsmarkt, die Akademisierung neuer Berufstätigkeiten, nicht nur bei den Zahnärzten, wie die Zeitgenossen vor 1918 spotten, aber auch die Aufnahme- und Wandlungsfähigkeit traditioneller universitärer Strukturen.

Dieser Wandel der akademischen Welt zeigt in den Feinheiten des Zugangs in die Universität natürlich fachspezifische Muster und erzeugt damit die langfristigen Verschiebungen in der studentischen Nachfrage, der man die Expansion der Technischen Hochschulen und höheren Fachschulen parallel ordnen muss, um den radikalen Expansionsprozess in seiner ganzen Dimension zu verstehen: In der Universität zu Berlin entspricht dem langfristig irreversiblen – quantitativen – Bedeutungsverlust der Theologischen Fakultät die dauerhaft starke, wenn auch relativ sich verändernde Stellung der Juristischen und der Medizinischen Fakultät, die mit einem Spitzenwert von mehr als 50 % der Studierenden 1940 die Universität nahezu überwältigend beherrscht, sowie der kontinuierliche Anstieg der Phi-

Tabelle 1 Studierende an der Universität zu Berlin, 1810–2010

Studien- jahr/ Semester	Nach Fächern (in %)							
	Gesamt	Davon weiblich	Ev. Theo- logie	Jura	Medizin, Phar- mazie <sup>1</sup>	Phil. <sup>2</sup>	Natur- wiss. <sup>3</sup>	Wirt- schafts-, Agrar-, Forstwiss.
1810	262	–	11,06	20,22	44,65		21,75	–
1820	994	–	18,41	26,76	34,20		20,62	–
1830	2.069	–	31,10	32,30	24,40		12,30	–
1840	1.806	–	21,90	24,80	33,40		19,90	–
1850	1.526	–	12,60	39,40	24,80		23,10	–
1860	1.623	–	20,70	23,10	28,30		28,00	–
1870	2.220	–	12,50	25,50	25,80	25,80	10,00	0,50
1880	3.736	–	6,80	29,60	17,50	27,60	18,10	0,40
1890	4.922	–	15,00	26,00	25,10	14,60	11,60	1,20
1900	5.597	–	5,30	30,10	26,80	17,40	16,80	3,70
1910	8.289	–	3,70	23,70	22,60	31,70	13,70	4,50
1920	10.278	1.129	3,03	19,87	26,61	20,25	13,24	17,00
1930	13.120	2.555	4,95	26,84	21,11	25,04	16,11	5,95
1940 <sup>A</sup>	6.145	1.497	0,78	10,91	54,13	18,77	8,26	7,16
1950 <sup>B</sup>	5.723	k. A.	2,81	5,84	31,90	22,57	15,15	20,97
1960	11.352	4.882	1,31	1,79	30,33	28,94	12,49	19,72
1970	18.458	8.287	0,66	19,57	14,58	21,11	20,47	22,88
1980	17.681	9.494	0,36	14,76	15,90	25,11	12,45	28,74
1990 <sup>C</sup>	19.288	10.543	0,65	14,45	18,90	28,11	15,16	22,71
2000	35.990	20.814	1,32	10,49	13,84	48,85	15,86	9,64
2010	36.597	21.532	2,20	8,16	18,92	41,78	18,84	10,10

<sup>1</sup> Ab 1920 einschl. Zahnmedizin.

<sup>2</sup> Ab 1920 Geisteswissenschaften, 1940–1945 einschließlich Auslandswissenschaften.

<sup>3</sup> Ab 1970 einschließlich der Technik-Wissenschaften. Sie umfassen im Einzelnen: 1970: 1.656; 1975: 985; 1980: 938; 1985: 933; 1990: 1.068.

<sup>A</sup> Wert für das Jahr gemittelt.

<sup>B</sup> Gesamtzahlen einschließlich Fernstudenten.

<sup>C</sup> Seit 1990 werden Vollstudentenäquivalente, nicht Studienfälle/Fächer gerechnet, um Zweit- und Mehrfachstudiengänge zu berücksichtigen, die vor allem in den Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten im Lehramt und in Bachelorstudiengängen vorkommen.

#### Quellen:

1830–1910: McClelland, Studenten, i. d. Bd., Tab. 18 u. Tab. 20.

1920–1940: Tenorth, Transformation der Wissensordnung, i. Bd. 5, S. 24 sowie i. Bd. 2, Tab. 40 und Tab. 41.

1950–1990: Tenorth, Selbstbehauptung einer Disziplin, i. Bd. 6, Tab. 2 und Tab. 3.

ab 2000: Universitätsverwaltung der Humboldt-Universität zu Berlin; mit beurlaubten Studenten – für die Unterstützung danke ich Herrn M. Parnitzke.

losophischen Fakultät. Hier wirkt sich vor allem der stark erweiterte Zugang zur höheren Bildung in Preußen und Deutschland seit 1870 aus, die starke Nachfrage nach akademisch qualifizierten Lehrern, die dadurch ausgelöst wird, aber auch die Ausweitung universitärer, wissenschaftlich basierter Ausbildung auf neue Berufe und Abschlüsse, wie sie sich in den Diplomstudiengängen der Natur- oder Wirtschaftswissenschaften nach 1920 niederschlägt.

Allerdings, es gibt bis 1933, als die Nationalsozialisten den Zugang jüdischer Abiturienten radikal begrenzen und den von Frauen auf deutlich niedrigerem Niveau, als es dem historisch gegebenen Niveau der Frauenstudien entsprach, quotieren, inneruniversitär keinen Numerus Clausus. Die Universität ist offen für jeden, der ein Abiturzeugnis besitzt und seinen Studienaufenthalt in Berlin bezahlen kann. Die Nachkriegsgeschichte der Universität nach 1945 ist vor dem Hintergrund weltweit expandierender Hochschulsysteme dann eher eine lokale DDR-Besonderheit (Bd. 1, Middell, Sozialgeschichte; Jaraus, Studenten). Das Universitätssystem der SBZ/DDR macht den internationalen Expansionsprozess nämlich nicht mit, die Abiturientenzahlen wachsen sehr viel geringer als im Westen, die Fachwahl ist auch politisch und nach ökonomischen Bedarfvorgaben gesteuert, spiegelt also nicht mehr nur die Nachfrage der Studierenden. Die Immatrikulationszahlen bleiben deutlich unter dem Anteil an der Alterskohorte, den sie etwa in der Bundesrepublik schon bis 1990 erreichen. 1990 studieren an allen Universitäten der DDR nicht mehr Studenten als 1914 im Deutschen Reich, die Studierendenquote am Altersjahrgang geht kaum über 12 %. In der Struktur der Studentenschaft gibt es aber eine epochen- und systembezogen charakteristische Teilung: ca. 20 % der Studierenden sind Fernstudenten. Erst nach 1990 entwickelt sich auch in der Universität zu Berlin das internationale Muster der Bildungsbeteiligung.

In der sozialen Rekrutierung, das bleibt bis weit nach 1920 so, trotz der Versuche einer sozialen Öffnung der Universitäten in der Weimarer Republik (Bd. 2, Grüttner, Studenten), ist die Universität konstant höchst selektiv. Die Universität zu Berlin rekrutiert in klassischer Weise in bürgerlichen Milieus. Sie ist ein Ort, an dem sich Bildung und Besitz treffen und Bildung als Mechanismus von Statussicherung und -erwerb vermittelt wird. Die starke Rolle der Staatsprüfungen und die damit verbundene, in der langen Dauer der Universitätsgeschichte – und zwar bis 1990, denn ein Studium in der DDR war Karrieregarant –, meist auch realistische Erwartung von weit mehr als der Hälfte der Studenten, auch im Staatsdienst unterzukommen bzw. sichere Arbeitsplätze vorzufinden, belegen diese dominant statusreproduktive Funktion der Universität für die Studierenden. Wenn die Verwertungschancen gelegentlich schlechter werden, wie in der späten Phase der Weimarer Republik, sind die Studenten – auch an der Berliner Universität ganz eindeutig (Bd. 2, Grüttner, Studenten) – die ersten, die sich mit radikalen Parteien verbünden, die ihnen Statussicherung versprechen, v. a. durch die zugesagte Ausgrenzung jüdischer Kommilitonen und den Ausschluss jüdischer Akademiker von den entsprechenden Berufen.

Auch nach 1945 verliert die Universität diese statusreproduktive Funktion nicht. Sie wird allerdings als Medium interpretiert, das „bürgerliche Bildungsmonopol“ zu brechen, z. B.

durch neue Zugangswege, wie sie die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten eröffnen sollen, oder durch Maßnahmen positiver Diskriminierung beim Hochschulzugang (Bd. 1, Vogt). Bis nach 1960 in dieser Absicht der sozialen Öffnung auch relativ erfolgreich, dauerhaft allerdings nur in der Öffnung für weibliche Studierende, verändert sich im weiteren Verlauf der DDR-Geschichte das Muster der Rekrutierung zurück zu der weltweit bekannten Form der Privilegierung akademischer Eliten, forciert durch die unverkennbar politisch überformte Auswahl der Studierenden. Sie erzeugt systematisch Nachteile z. B. für politisch missliebige Bewerber (die meist schon beim Übergang in die Erweiterte Oberschule [EOS] innerschulisch scheitern) oder für Studierende, die wegen ihrer konfessionellen Bindung oder ihres bürgerlichen Hintergrunds deutlich geringere Zugangschancen in abiturführende Bildungsgänge oder in die Hoch- und Fachschulen erhalten (Bd. 1, Vogt; Middell, Sozialgeschichte).

Elitenkonstruktion nach gesellschaftlich definierten Formen und Kriterien bleibt also die dominierende Funktion der Universität, und zwar von ihrer Gründung bis in die Gegenwart. Mit dieser Funktion sind kontinuierlich auch Erwartungen an das Sozialverhalten der Mitglieder der Universität verbunden, und nicht nur an die Studierenden. Schon in der Auswahl der ersten Professoren findet sich ein dann stabil werdender Antijudaismus und Antisemitismus sowie eine Aversion gegen katholische Gelehrte (Bd. 1, Treß; McClelland, Professoren). Seit den Karlsbader Beschlüssen erwartet der Staat von seinen Hochschullehrern und Studenten politisches Wohlverhalten und setzt es in scharfen Formen der Kontrolle durch, die später auch gegen sozialistische Hochschullehrer praktiziert werden und manifest oder latent auch die Berufungspolitik mit bestimmen. Gegen manche Vorurteile über die Berufungspolitik nach 1920 kann man jetzt allerdings sagen (dank Bd. 2, Grüttner, Professoren), dass die Republik von Weimar in ihrer Berufungspolitik ihre eigenen politischen Verbündeten nicht bevorzugt, sondern das Berufsrecht der Universität eindeutig anerkennt. Die Professoren der Universität zu Berlin haben das nicht mit Anerkennung gegenüber der Republik beantwortet, sondern mehrheitlich mit Kritik, Distanz und auch aktiver Abwehr, später dann mit früher Zuwendung oder Toleranz gegenüber dem nationalsozialistischen Regime in Staat und Universität. Sie haben sich jedenfalls mehrheitlich nicht für ihre verfolgten jüdischen Kollegen eingesetzt, sondern Ausgrenzungsstrategien toleriert (Bd. 2, Thiel). In den Daten der Entlassungen aus politischen oder, mehrheitlich, rassistischen Gründen (Bd. 2, Kinas), von denen die Berliner Universität unter allen deutschen Universitäten besonders stark betroffen war, erkennt man zugleich, dass der Antisemitismus bis ins 20. Jahrhundert fortwirkte, vor und bis 1933 allenfalls dadurch historisch erträglicher und nicht mehr so deutlich sichtbar, dass wenigstens die minder bezahlten und weniger angesehenen Positionen der Nichtordinarien und Privatdozenten auch für jüdische Habilitierte in Kaiserreich und Republik zugänglich geworden waren. Jüdische Gelehrte konnten Mitglieder der Universität werden, aber noch immer sind sie auch an der Universität zu Berlin nicht vollständig anerkannt.

Die Universität war bis 1933 in der Rekrutierung der Gelehrten offener, aber die Berufungspraxis war nicht allein von Leistungskriterien regiert, auch nicht nach 1945. Einerseits gibt es auch in Berlin neben Maßnahmen der Entnazifizierung (Bd. 3, Hansen; Vogt) die Absicht der Wiedergutmachung, d. h. vor allem der Rekrutierung der neuen Professoren aus dem Kreis der zur Emigration gedrängten Gelehrten oder aus den vorher Ausgeschlossenen (Bd. 3, Vogt). Aber diese frühe Nachkriegsoption wird bald überformt von der Strategie der Konstruktion neuer Lehrkörper nach staatlichen Erwartungen und sozialistischen Überzeugungen, die sehr stark gegen autonome Formen der Bildung auch eine kollektive Erziehungsambition in die Universität tragen (Bd. 6, Middell; Tenorth, Selbstbehauptung), und dies nicht nur in die ideologisch besonders anfälligen oder als problematisch geltenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Die Konsequenz ist, dass sich im Alltag der Universität eine Spannung zwischen der Eigenlogik wissenschaftlicher Praxis und den politischen definierten Außenerwartungen, die auch in der Universität vom Leitungspersonal unterstützt werden, entwickelt und in dauerhaft wiederkehrenden Konflikten zwischen den kontrollierenden Instanzen innerhalb und außerhalb der Universität einerseits, opponierenden Studierenden und Professoren andererseits niederschlägt. Die Konsequenz solcher Erfahrungen ist ambivalent: Die subjektive Erfahrung disziplinspezifisch erobelter Freiräume, z. B. in der Medizin (Bd. 6, Frömmel), geht parallel mit einer Anpassung aus ideologischer Überzeugung und dem selbst gesuchten Kampf gegen Abweichler von der reinen Linie, etwa in der Theologie (Bd. 6, Krötke), oder dem mühsamen, alltäglichen, nicht immer erfolglosen Kampf um die Selbstbehauptung von Kriterien der Forschung und akademischer Kultur gegen politische Überwältigung (Bd. 6, passim).

Die Studenten, nach 1819 Auslöser der politischen Kontrollmaßnahmen, bleiben ein Objekt sozialer Kontrolle, bis hin zu den heute kurios anmutenden Formen der akademischen Gerichtsbarkeit und Bestrafung. Aber unbestreitbar, der Karzer gehörte im 19. Jahrhundert ins Hauptgebäude wie der Senatssaal. Bildung durch Wissenschaft war bis 1918 immer überformt durch Maßnahmen der staatlich und universitär veranstalteten Gesinnungskontrolle. Als der Staat beginnt, die Studierenden selbst als inneruniversitären, auch politisch mündigen Akteur anzuerkennen, etwa durch die Einrichtung Allgemeiner Studentenausschüsse nach 1920, sehen die Studenten mehrheitlich im Staat und vor allem im preußischen Kultusminister den Gegner, den sie bekämpfen, schließlich auch dadurch, dass sie die ersten Verbündeten der nationalsozialistischen Organisationen werden, die sie schon vor 1933 aktiv unterstützen (Bd. 2, Grüttner, Studenten). Nach 1945 und bis 1990 sind die Studenten hochschulöffentlich ebenfalls Teil der staatlich geforderten Organisation, v. a. der FDJ. Sie leben und agieren, allerdings nur fachspezifisch und eher vereinzelt, aber auch gegen die staatlichen Zumutungen. Das belegen die Ausgrenzung und Auswanderung 1948 sowie die Gründung der Freien Universität (Bd. 3, Hansen) ebenso wie immer neue Zugriffe der Polizei und der Staatssicherheit auf missliebige Studenten, etwa in der evangelischen „Jungen Gemeinde“ (Bd. 3, Vogt), oder generell und mit Hilfe der Staatssicher-

heit überhaupt gegen resistente Studenten (Bd. 3, Kowalczyk). Anders als vor 1933 ist die universitär sichtbare und tolerierte Kultur der Studentenschaft jetzt eine in Einheitsformen organisierte Kultur, die keine anderen Organisationen, weder der autonomen studentischen Lebensform noch konfessionell oder kulturell bestimmte Gemeinschaften, neben sich duldet.

Im Rückblick auf die Zeit vor 1945, zumal vor 1933, ist das eine in der Geschichte sehr scharfe Zäsur, die dadurch markiert wird. Die Universität bot vorher die Erfahrung einer eigenen, freien, nicht vom Elternhaus bestimmten Lebensform schon deswegen, weil die Studenten sich außerhalb der Studien, aber doch universitär geprägt und universitär anerkannt, wie jedes Fest belegt, selbst organisierten (Bd. 1, Lüdtke; Bd. 2, Grüttner, Studenten). Die zahlreichen studentischen Verbindungen haben auch eminent politischen Sinn, nicht nur antidemokratischen, wie das gängige Urteil sagt. Bereits die Verfolgung und Kontrolle der Burschen- und Landsmannschaften nach 1815 zeigen das Gegenteil, aber auch die politischen Bestrebungen einiger Berliner Studenten im Vormärz oder in der Revolution von 1848/49 (Bd. 1, Tenorth, Revolution). Die in der öffentlichen Wahrnehmung dominierenden Bilder der korporierten Studenten gibt es natürlich auch in Berlin bis ins 20. Jahrhundert, aber die Universität zu Berlin unterschied sich in ihrer studentischen Kultur deutlich von kleineren Hochschulorten, in denen die Korporationen stärker und alltäglicher in der öffentlichen Wahrnehmung präsent waren.

Aber ohne Zweifel gibt es auch hier die bekannt eigenartige studentische Kultur, männlich geprägt, früh auch ausgeweitet auf freie und konfessionelle sowie nicht-schlagende Verbindungen, denen gegenüber sich weibliche studentische Lebensformen nur mühsam entwickeln und behaupten können. Alle diese Vereinigungen prägen die Lebensform der Studierenden und konstituieren das Bewusstsein und den Habitus, Teil einer spezifischen, bildungsbürgerlichen und durch Examina als Elite legitimierten Klasse zu sein, die sich durch Gleichheitserwartungen demokratischer Lebensformen mehrheitlich eher bedroht fühlte. Berlin und seine Universität bilden darin bis 1945 keine Ausnahme, sondern bestätigen an einem herausgehobenen Ort nur, dass neben der staatsfunktionalen Beamtenrekrutierung die Rekrutierung von Funktionseliten eine grundlegende Aufgabe der Universität darstellte, ganz unabhängig von den wechselnden politischen Systemen, von denen die Umwelt der Universität geprägt war. Die Universität als Korporation, aber auch ihre Mitglieder, Professoren und Studenten, gehen ganz alltäglich von der Erwartung aus, dass hier Eliten gebildet werden. Das gilt als selbstverständlich, muss allenfalls bei einer drohenden Inflationierung von Qualifikationen und Zulassungen verteidigt werden, ist aber nicht grundsätzlich legitimationsbedürftig. Leistungsbewusstsein und Elitenkonstruktion bilden das Zentrum der eigenen Selbstbeschreibung, vom Ethos der Wissenschaft gerechtfertigt, letztlich also über Forschung.

## Praxis ihrer Forschung

Es ist nicht nur eine „Wissenschaftsideologie“, wie manche Beobachter behaupten, von der das Selbstbewusstsein der Universität zu Berlin und ihrer Hauptakteure, der Professoren, gespeist wird, sondern die Wissenschaftspraxis selbst. Das mag selbstbezüglich und insofern problematisch klingen, auch weil die Wissenschaft in ihrer eigenen Praxis die Kriterien selbst definiert, mit denen in der Anerkennung und Ablehnung von Forschungsparadigmata, Theorien und Methoden entschieden wird, was als Wissenschaft anerkannt werden soll. Aber dabei steht sie von Beginn ihrer Existenz an im Wettbewerb und unter der Beobachtung der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler, so dass zumindest die Kriterien solcher Entscheidungen relativ transparent und kontrollierbar sind.

Diese Praxis vollzieht sich, auch das kann man nicht leugnen, dennoch nicht immer allein nach wissenschaftsimmanenten Kriterien. Es gibt bei Professoren und Fakultäten, auch in Berlin, gelegentlich den Versuch, persönlich oder theoretisch missliebige Kontrahenten mit Hilfe gremienbezogener Entscheidungen aus dem Kontext der Universität auszugrenzen, wie frühe Beispiele von Hegel bis Savigny, also selbst bei ehrwürdigen Gestalten, belegen (Bd. 1, Treß). Auch später sind Begutachtungen nicht frei von persönlichen oder disziplinären Voreingenommenheiten. Gravierender waren in der Geschichte der Berliner Universität allerdings die Eingriffe des Staates, z. B. bei Berufungen, auch wenn sie von 1810 bis 1933 deutlicher weniger praktiziert worden sind, als Vorurteile behaupten. Gleichzeitig muss man sogar sehen, dass z. B. durch Berufungen, die aus der Bildungsverwaltung heraus, von Johannes Schulze vor 1840 oder durch Friedrich Althoff um 1900, realisiert wurden, nicht selten gegen widerstreitende Fakultäts- bzw. Universitätsvoten überhaupt erst später hochberühmten Forschern – nicht nur Robert Koch – zur Wirksamkeit an der Berliner Universität verholfen wurde. Wirklich gravierend waren die Eingriffe des Staates seit 1933 (Bd. 2, Kinas; Thiel) und nach 1945 (Bd. 3, Hansen; Vogt; Middell), und zwar sowohl mit Entlassungen als auch mit politisch durchgesetzten und dann nicht selten, besonders nach 1950, inneruniversitär auch unterstützten Berufungen nach allein politischen Kriterien.

Trotz solcher Prominenz der Politik innerhalb der Wissenschaft, solche Praktiken und Erfahrungen definieren nicht die wissenschaftliche Praxis der Universität. Sie zeigen aber an der Wirklichkeit ihrer Entscheidungen die immer prekäre Grenze zwischen der Logik der Forschung und den Rankünen der Wissenschaftspolitik. Innerhalb der Universität treten solche Entscheidungsprozesse immer neu in Berufungsverfahren auf, wenn die Universität und die einzelnen Disziplinen ihr Personal erneuern. Mit gleichem Gewicht und je problematischen – oder produktiven – Folgen für Personen und ihre Biographien definieren Graduierungsverfahren und die ihnen zugrunde liegenden Ordnungen mit der Anerkennung oder Ablehnung von Promotionen oder Habilitationen das, was je lokal als Wissenschaft gilt. Die Geschichte der Universität zu Berlin zeigt seit ihrer ersten Einrichtungskommission

von 1810, dass sie beide Verfahren der inneruniversitären Qualitätssicherung mit großem Ernst und unter scharfen Kriterien betreibt, durchgehend orientiert an der Erwartung, die besten Wissenschaftler der Zeit zu gewinnen. In den Kriterien und Verfahren der Promotion und der Habilitation sowie bei Berufungen (Bd. 1, Tenorth, Verfassung) setzt die Berliner Universität deshalb früh Standards, die keineswegs in allen deutschen Universitäten dieser Zeit und bis weit ins 19. Jahrhundert in gleicher Schärfe und Eindeutigkeit beachtet werden und gelten.

Die Geschichte von Personalgraduierung und -rekrutierung belegt damit zugleich, dass der Status einer modernen Forschungsuniversität genau dadurch erreicht und stabilisiert wird, dass für die Universität die besten Wissenschaftler gewonnen werden und sie Arbeitsmöglichkeiten vorfinden, in denen sie zu ihrem Ruhm, zur Beförderung der Erkenntnis in ihren Disziplinen und zum Ansehen ihrer Universität beitragen. Die von Humboldt ins Amt berufene Einrichtungskommission hat seit dem Sommer 1810 nach diesen Kriterien gearbeitet (Bd. 1, Tenorth, Einrichtung). Die Berufungspolitik, die vom Minister Altenstein zusammen mit seinem leitenden Beamten Johannes Schulze und der Universität praktiziert wurde, setzt diese Rekrutierung nach harten wissenschaftlichen Kriterien, auch gegen konkurrierende politische Erwartungen, bis 1840 fort (Bd. 1, Treß), um 1900 arbeitet Althoff genauso (Bd. 1, McClelland). In der deutschen Universitätslandschaft gilt Berlin auch nach 1918 als Universität, die ein jeder Gelehrter sich als krönende „Endstation“ seiner Karriere wünscht, als Zeichen der Anerkennung seiner wissenschaftlichen Arbeit und als Eröffnung großer neuer Chancen (Bd. 2, Grüttner, Professoren).

Man kann vor diesem Hintergrund die Geschichte der Universität zu Berlin seit ihrem Beginn als eine wissenschaftliche Erfolgsgeschichte schreiben, orientiert an großen Namen aus allen Disziplinen und Fakultäten. Die Zeitgenossen schon um 1810 nehmen wahr, dass es gelungen ist, hervorragende Wissenschaftler zu gewinnen: Immer wird dann Schleiermacher für die Theologie genannt, Savigny für die Jurisprudenz, in der Medizin die Ordinarien seit Hufeland und Reil, für die Philosophie Fichte und Hegel, für die Philologie Boeckh oder Lachmann (und die lesenden Akademiemitglieder Jacob und Wilhelm Grimm), für die Geschichte Niebuhr, Ranke oder Droysen, für die Kunstwissenschaften Hirt, für die Landwirtschaftswissenschaften Thaer, in den Naturwissenschaften Magnus oder Hoffmann und Helmholtz (vgl. Bd. 4) – e tutti quanti. Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts oder für das 20., und zwar in seiner ganzen Dauer, kann man diese Liste international geachteter und in ihren Disziplinen hoch angesehener Gelehrter nahezu beliebig verlängern (Bd. 5; Bd. 6). Freilich sieht man zugleich, dass es daneben auch den grauen Alltag gab, eine Menge wenig inspirierender Kärnerarbeit, zu Recht vergessene Professoren, das Elend disziplinärer Abschottung, freiwillige politische Unterwerfung oder aktive Ausgrenzung der Besseren. Die große Diskrepanz, die zwischen der institutionellen Karriere in Berlin und der wissenschaftlichen Reputation besteht, wie sie z. B. die Lebensläufe des Soziologen Georg Simmel (Bd. 5, Wollmann) oder des Völkerpsychologen Moritz Lazarus (Bd. 5, Ash/Ebisch) signa-

lisieren, genügt schon, um zu sehen, wie weltberühmte Gelehrte in Berlin ohne Chance blieben, nur weil sie Juden waren – oder Frauen, oder Sozialisten, oder, später, bürgerliche oder konfessionell gebundene oder antikommunistisch agierende Gelehrte.

Interessanter als der Heldenkatalog oder die nachgehende Ehrenrettung ist dennoch die Frage, welchen Bedingungen sich die langfristige Geltung Berlins verdankt, und das systematische Problem, was man für die Geschichte der modernen Wissenschaften seit 1800 jenseits des Lokalstolzes lernt, wenn man ihre Lichtgestalten in nahezu allen Disziplinen seit dem frühen 19. Jahrhundert an einem Ort versammelt sieht. In ihrem Zusammenspiel von Politik- und Sozialgeschichte mit der Disziplingeschichte gibt die hier vorliegende Geschichte der Universität dafür einige höchst aufschlussreiche Antworten. Sie machen bewusst, dass die Universität im lokalen Milieu der Stadt, die vor der Gründung vor allem für die Lebensform und Moral der Studenten als so universitätsfeindlich gezeichnet wurde, höchst förderlich arbeiten konnte und damit attraktiv wurde für die Rekrutierung neuer Mitglieder, und dass sie zugleich durch den Staat nicht nur gestützt, sondern durch seine Vorgaben und seine Praxis auch produktiv herausgefordert wurde.

Zuerst und generell gilt dann: Der Kontext der Stadt und des Staates sowie die ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen der preußischen Wissenschaftspolitik bis 1933 waren für einen dauerhaften Erfolg der wissenschaftlichen Arbeit nicht nur marginal bedeutsam. Die Rolle der Stadt wird durch die Vielzahl der wissenschaftlichen Einrichtungen, Sammlungen, Vereine und bürgerlichen Bildungsbestrebungen belegt, die für den Anfangserfolg unentbehrlich waren. Im Umfeld der Bauakademie oder der Akademie der Wissenschaften und der Institute, die sie sich mit der Universität teilen konnte, angesichts der Charité und anderer medizinischer Ausbildungsstätten, der Bibliothek und des Botanischen Gartens, der königlichen Kunstsammlungen und der privaten naturwissenschaftlichen oder künstlerischen Sammlungen, unterstützt durch exzellente höhere Schulen und eine gesellige Kultur in der Stadt, die den Themen der Nation reflexiv und kritisch verpflichtet war (Bd. 1, Lund), konnte die Universität leicht beginnen, sie war sogar durch dieses lokale Milieu herausgefordert, ihren eigenen Beitrag zur Konstruktion der Bildung der Nation durch Wissenschaft eindeutig zu belegen. Berlin bot eine gesellschaftliche, kulturelle, materielle und wissenschaftliche Infrastruktur wie wenige andere Orte, so dass man die Universität mit den größten Erfolgsaussichten und auch finanziell gut abgestützt als Teil der „höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“, wie Humboldt die Kompositionsaufgabe sah, im Grunde relativ einfach einrichten konnte. Die preußische Bildungsverwaltung hat schon bald nach 1820 die führende Rolle Berlins auch bestätigt, indem sie die Universität als preußische „Centraluniversität“ platzierte und ihre besondere finanzielle und personelle Ausstattung zur Staatsaufgabe machte (Bd. 1, Tenorth, Verfassung).

Dafür wurde nicht nur Lehre erwartet oder gar Staatsfrömmigkeit (von Altenstein am wenigsten), sondern Forschung, Arbeit an der Begründung der eigenen Disziplin. Die Universität zu Berlin belegt in ihrer Geschichte, dass solche Prozesse der DisziplinKonstitution

nicht erst mit dem Aufbau von Instituten und Seminaren gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzen, hier vielmehr nur breite Absicherung und neue Dynamik gewinnen (vgl. Bd. 5). Die Wissenschaften finden schon sehr viel früher zu ihrer Gestalt, eher personenbezogen als institutionell, v. a. in je individueller Anstrengung, die durch das Arbeitsumfeld und auch durch die Lehrerwartungen der eigenen Professur provoziert und durch das theoretische Selbstverständnis der Akteure generiert wird. Forschung gehört zum Standard und zur Normalerwartung an die Professoren der Universität, von Beginn an. Zum Selbstverständnis gehört im Übrigen früh auch schon die Überzeugung, dass diese Forschung gesellschaftliche Referenz hat, für die Bildung der Nation ideell, aber auch für ihren ökonomischen Aufschwung materiell von Bedeutung ist (Bd. 1, Treß). Die Kooperation mit der lokalen Industrie von Borsig bis Siemens, ist z. B. für die frühen Professoren der Naturwissenschaften ganz alltäglich, die Verwertbarkeit des Wissens ist nicht diskriminiert, lokale Wirtschaftsförderung durch Wissenschaft und Kooperation vielmehr breit akzeptiert. Werner von Siemens wird 1860 nicht ohne Grund wegen seiner Erfindungen (nicht etwa als Sponsor) zum Ehrendoktor ernannt.

Der Forschungsimperativ gilt auch inneruniversitär, zwischen den Kollegen. Die berühmte Feindschaft von Schleiermacher und Hegel manifestiert sich im Dissens über das, was „Forschung“ bedeutet, jetzt in den Geisteswissenschaften. Schleiermacher sieht die Forschungspraxis nach ihrer Methode strikt historisch und philologisch basiert, die Spekulation des Philosophen gehört für ihn jedenfalls nicht dazu und deshalb sperrt er sich auch erfolgreich gegen die Aufnahme Hegels in die Akademie der Wissenschaften; denn hier sollten nur Forscher Zugang haben. Auch sonst sorgen Kontroversen zwischen den Kollegen dafür, dass sich die Methodenreflexion in den Wissenschaften ausbreitet. Die Frage an die Geisteswissenschaften beispielsweise, ob sie an Worten oder an Sachen arbeitet, philologisch oder material an den Quellen orientiert, schärft die Kriterien im innergeisteswissenschaftlichen Methodenstreit (Bd. 4, Dainat; Nippel) und führt letztlich zu einer Ausdifferenzierung philologischer und historischer Disziplinen. Nützlich sind gelegentlich auch Plagiatsprozesse, wie im Habilitationsverfahren von Fichtes Sohn. Als es nach langer Zeit, aber dann philologisch sauber gelingt, den Verdacht abzuwehren, der Sohn habe Texte des Vaters eingereicht, hat nicht nur der Sohn, sondern auch die Methode gesiegt.

Sicherlich, institutionell basierte Formen der Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Praxis, wie die Seminare, spielen auf lange Sicht eine große Rolle für den Prozess der wissenschaftlichen Verselbständigung von Disziplinen, bereits mit der Gründung der Universität Berlin. Die Seminare hier, das Theologische Seminar (Bd. 4, Gräß) und das Philologische (Bd. 4, Dainat), unverkennbar an Göttinger oder Hallenser Vorbildern orientiert, verstehen sich schon seit 1812 als Orte der Forschung und nicht etwa primär der beruflichen Qualifizierung der Pfarrer oder Lehrer. In den Naturwissenschaften stellen die Sammlungen die Herausforderung zur Disziplinentwicklung dar, forciert durch den internationalen Blick; denn die Leistungen in Berlin und die Personen, die berufen werden, messen

sich und werden gemessen an den Standards, die man – Alexander von Humboldt transportiert solche Kriterien – aus Paris oder Stockholm kennt. Die Befreiung der Naturwissenschaften zur Forschung wird auch durch ihre Platzierung in der Philosophischen Fakultät gestärkt, die ja mit der Verselbstständigung gegenüber der berufsbezogenen Qualifizierung in der Medizin verbunden war. Die medizinischen Disziplinen wiederum erfinden sich selbst als labororientierte Wissenschaften neu, auch weil ihre Professoren sich nicht mehr nur der kurativen Funktion der Klinik verpflichtet fühlen (Bd. 4, Hess).

Sammlungen und Materialien spielen auch in den historischen und ästhetischen Disziplinen für die erste Phase der Disziplinconstitution eine große Rolle: Ordnungsleistungen im Sammeln fordern Theoriekriterien der Orientierung, wie sich in der Genese von Archäologie (Bd. 4, Wrede) oder Kunstgeschichte zeigt (Bd. 4, Bredekamp/Labuda). Der Umgang mit neuen Quellen und Textsorten schärft und differenziert Methoden der Analyse und Interpretation, aus den Altertumswissenschaften entstehen Philologien und historische Disziplinen (Bd. 4, Nippel). Die Lehrerwartung in den oberen Fakultäten muss ebenfalls weiter erfüllt werden, so dass z. B. die Theologie nicht nur Pfarrer ausbilden kann, sondern sich gleichzeitig in ihrem Status als Wissenschaft behaupten muss – und Schleiermachers „Kurze Darstellung“ löst das Problem in einer Neuerfindung der Theologie (Bd. 4, Gräß). Auch die Jurisprudenz will sich nicht von jedem Federstrich des Gesetzgebers abhängig machen, sondern eine eigene Methode des Umgangs mit dem Recht ausbilden – und Savigny zeigt, wie sich vom „Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ theoretisch und methodisch reflektiert sprechen lässt (Bd. 1, Steinke; Schröder). Die „Enzyklopädie und Methodologie“ des jeweiligen Faches, d. h. ihre Grundlegung in theoretischer, methodischer und praxisbezogener Absicht, die als Pflichtveranstaltung von allen Fächern gefordert war, führt zu langfristig wirksamen und disziplinär folgenreichen Begründungsreflexionen in allen Disziplinen, auch in den Geisteswissenschaften, von Hegel zu Boeckh bis Droysen, und sogar in der Medizin.

Die Disziplinen haben insofern theoretisch und methodisch, verstärkt durch die Selbst- und Fremdbeobachtung ihrer Wissenschaftlichkeit durch die Philosophen (Bd. 4, Schnädelbach; Bd. 5, Geßner/Schwemmer) sowie in ihrer Lehr- und Publikationspraxis, aber auch schon in der fachlich gebundenen Kommunikation, z. B. durch Zeitschriften, die in Berlin – wie in der Mathematik z. B. *Crelles Journal* (Bd. 4, Kramer/Koch) – gegründet werden, schon zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigene kommunikative Gestalt gewonnen, die auch ihre eigene Stetigkeit in Berufungen behaupten kann. Dabei haben sich auch folgenreiche Gewichtungen im Gesamtgefüge der universitär repräsentierten Disziplinen eingespielt: Suprematansprüche der Philosophie, wie sie vielleicht aus manchen philosophischen Texten aus der Gründungszeit hätten abgeleitet werden können, werden nicht nur in der historischen und philologischen Forschungspraxis abgewehrt. Die Versammlung der Naturforscher und Ärzte 1828 und der Eröffnungsvortrag Alexander von Humboldts setzen

auch die Naturwissenschaften und ihre Methode ins Recht, die neuen Leitdisziplinen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Physik und Biologie – werden erkennbar.

Strukturell und organisatorisch wird diese neue Gestalt der Universität aber erst nach 1870 stabilisiert (Bd. 1, McClelland). Das geschieht vor dem Hintergrund eines inzwischen auch zahlenmäßig stark präsenten Lehrkörpers (vgl. Tab. 2). Er repräsentiert eine Vielfalt bereits verselbstständigter theoretischer und methodischer Erfahrungen und Kompetenzen, wie sie sich seit 1810 ausgebildet hatten. Dabei prägt sich ein eigenes Muster der disziplinären Differenzierung aus: Eine relativ kleine und nur langsam wachsende Zahl der Ordinariate bei den Theologen oder Juristen, wo sie im ganzen 19. Jahrhundert sehr stabil bleibt, zeigt die Besonderheit dieser systembezogenen Reflexionsdisziplinen, während die Philosophische und die Medizinische Fakultät sich als Motoren des Erkenntnisfortschritts durch spezialistische Forschung im Labor oder an den Quellen erweisen. Parallel geht hier die Expansion neuer Fächer auf der Ebene der Nichtordinarien und der Privatdozenten. Vor allem die Vorgabe der Habilitationsordnung, dass sich die Privatdozenten in spezifisch ausgewiesenen Feldern qualifizieren müssen, führt zu einer intensiven Ausdifferenzierung der Disziplinen und erzeugt zugleich die soziale Problematik, die mit der Hierarchie des Lehrkörpers nach Bezahlung und Status bis 1945 verbunden bleibt.

Die Universität zu Berlin ist also bereits disziplinär differenziert, auch in ihren Theorien und Methoden breit spezialisiert, bevor sie sich in die neue Struktur einer seminar- und institutsgebundenen Forschungsorganisation transferiert und Wissenschaft sich insgesamt zum „Großbetrieb“ entwickelt. So bezeichnet der Berliner Rektor von 1900, der Theologe Adolf von Harnack, der geisteswissenschaftliche Großforschungsprojekte selbst aus der Arbeit in der Akademie kannte, das neue Wissenschaftssystem. Das Bild der Wissenschaft um 1900 bildet insofern schon die zweite Etappe und, nach dem (in den Ordinarien fort-dauernden) Lehrstuhlprinzip, die zweite organisatorische Form der modernen Wissenschaft in Berlin. Disziplinäre Differenzierung setzt hier nicht erst mit der institutionellen Verselbstständigung ein, sondern schon vorher, zuerst theorie- und methodenbezogen, schließlich auch thematisch, wie in der Geschichtswissenschaft, die jetzt neben der preußischen und – schon länger – mittelalterlichen Geschichte auch die osteuropäische und die historischen Hilfswissenschaften einrichtet (Bd. 5, Helmrath; Hardtwig), oder so, wie es mit der Einrichtung der neusprachlichen Philologien dokumentiert wird (Bde. 4, 5, 6, Bott).

Die Ordnungsform des wissenschaftlichen Großbetriebs spiegelt sich in den Seminar- und Institutsgründungen. Bis 1860 eher in bescheidenem Umfang vorhanden, entwickeln sie danach eine eigene Dynamik (Bd. 5, Tenorth, Einleitung, Tab. 4, 5, 12, 13). Zwischen 1860 und 1918 werden allein in den Geisteswissenschaften insgesamt 23 Institute und Seminare neu eingerichtet, danach bis 1933 weitere neun und während der NS-Zeit erneut 17. In den Naturwissenschaften kamen bis 1918 zu den schon 1860 bestehenden sechs Sammlungen bzw. Instituten 28 neue hinzu und nach 1933 noch weitere acht. Zu diesen neu eingerichteten Instituten gehören auch die großen Bauten für die Chemie (Bd. 5, Reinhardt) und

Tabelle 2 Das akademische Personal der Universität zu Berlin, 1810–2010

Jahr	Lehrkörper Insgesamt	Alle Ordinarien (Lehrstuhl- inhaber)	Nicht- ordinarien, Extra- ordinarien	Privat- dozenten <sup>1</sup>	Wiss. Mit- arbeiter
1810	53	25		14	–
1820/21	76	30			–
1830/31	112	49	38	25	–
1840/41	138				–
1850/51	159	64			–
1860	159	52	47	60	–
1871/72	157	46			–
1881/82	213	59			–
1891/92	311	76			–
1901/02	397	75			–
1910	491	94	104	293	–
1921	548	123	115	268	
1932	809	153	109	477	70
1940	885	213	128	405	139
1950/51	953	391		307	255
1967	1.376	404		172	800
1989	4.202	493		1.176	2.533
1990	2.186	355		414	1.417
2000	1.361		374		987
2010	1.009		324		685

<sup>1</sup> Einschließlich nichtbeamteter, a. o. Honorarprofessoren. Die Trennung von Nichtordinarien und Privatdozenten erscheint für die Zeit der DDR nicht sinnvoll, hier ist besser zu unterscheiden zwischen Professoren, Dozenten und wiss. Mitarbeitern.

Quellen:

- 1830, 1860, 1910: McClelland Professoren, i. d. Bd., Tab. 16.  
 1871–1901/2: McClelland, Professoren, i. d. Bd., Tab. 17.  
 1921–1932: Tenorth, Transformation der Wissenschaft, i. Bd. 5, Tab. 10; unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern wurden „beauftragte Dozenten“, „Lektoren“ und „andere Lehrkräfte“ zusammengefasst.  
 1950/51: Vogt i. Bd. 3, S. 235.  
 1967, 1989: Tenorth, Selbstbehauptung einer Vision, i. Bd. 6, Tab. 1; mit Emeriti und Akademiemitgliedern.  
 1990: Jaraus, Das Ringen um Erneuerung 1985–2000, i. Bd. 3, Tab. 16.  
 2000, 2010: Personalstatistik der Humboldt-Universität zu Berlin.

Physik (Bd. 5, Hoffmann), der Um- und Neubau der Charité (Bd. 5, Hess) sowie der Neubau der Staatsbibliothek. Bei aller organisatorischen Expansion bis 1900 gilt dennoch auch, dass die Universität in ihrer Forschungsfähigkeit die ersten ernsthaften Konkurrenten erlebt. Die Technische Hochschule in Charlottenburg war 1870 gegründet worden, die Kaiser-Wilhelm-Institute nehmen in Dahlem seit 1911 in den Naturwissenschaften ihre Arbeit auf. Zwischen den Forschungsmöglichkeiten, die in diesen Institutionen gegeben sind, und der universitären Alltagspraxis brechen Differenzen auf, die in der Universität schon in der Ausstattung nicht mehr kompensiert werden können.

Eher zögerlich nimmt die Berliner Universität vollständig neue Fächer in ihren disziplinären Kanon auf. In der Medizin etwa spiegelt die zögerliche Einrichtung von Hygiene und Sozialhygiene, dass und wie sich die etablierte Medizin gegen neue Fächer an der Grenze zu den Sozialwissenschaften wehrt (Bd. 5, Hulverscheidt/Hess; Baader) und wie sie mit neuen theoretischen Perspektiven, wie in den Neurowissenschaften, umgeht (Bd. 5, Engstrom). Die Rassenhygiene dagegen findet ohne wesentliche Sperren Eingang in die Medizin (Bd. 5, Baader), und Mediziner und Vertreter der Agrarwissenschaften scheuen sich auch nicht, scheinbar theoretisch begründet, an den Verbrechen der Nationalsozialisten in führender Funktion mitzuwirken (Bd. 2, Thiel; Bd. 5, Aldenhoff-Hübinger).

Im Blick auf die Phasen der Etablierung zeigt sich für die Sozialwissenschaften wiederum, dass sie, obwohl im Kontext der Berliner Nationalökonomie schon auf der Ebene der Graduierungen – von Max Weber und Leopold von Wiese über Franz Oppenheimer zu Alfred Vierkandt – in Berlin theoretisch grundgelegt, ihre professorale Basis eher in anderen Universitäten finden, in Köln oder Frankfurt, Heidelberg, Hamburg oder München z. B. (Bd. 5, Wollmann). Die Wirtschaftswissenschaften, theoretisch wie politisch präsent, behalten in Berlin eine eigene Theoriegestalt (Bd. 5, Czech), wie die Völkerkunde, die im Schnittfeld von Philologie und Sozialwissenschaften ihren Ort findet, gelegentlich stark ideologisch belastet (Bd. 5, Imeri/Kaschuba/Knecht/Schneider/Scholze-Irrlitz). Auch die empirisch forschende Psychologie wird spät verselbstständigt und dann in besonderen Theoriegestalten vom phänomenologisch inspirierten Carl Stumpf (um 1900) bis zum Gestalttheoretiker Wolfgang Köhler (in der Weimarer Republik), die nicht dem dominierenden Methodenrepertoire folgen (Bd. 5, Ash/Ebisch). Die späte Etablierung in der Universität gilt auch für die Pädagogik, die in Berlin – anders als in München oder Hamburg, aber signifikant für Preußen – mit Eduard Spranger als philosophische Pädagogik etabliert wird (Bd. 5, Tenorth). Andere neue Fächer finden gar keinen Platz im Berliner Universitätssystem, wie die Politikwissenschaft, die nach 1920 nur an der eigens eingerichteten deutschen Hochschule für Politik in Berlin außeruniversitär etabliert wird, aber Lehrende auch aus der Universität hat, wie den Juristen Hugo Preuß, den ‚Vater‘ der Weimarer Verfassung. Erheblich einflussreicher und durchsetzungstärker ist die Wissenschaftspolitik in der NS-Zeit, wie sich schon an den Institutsgründungen zeigt oder an der Ausweitung der Fakultäten auf neue Fächer, wie z. B. die Auslandswissenschaften (Bd. 2, Nagel; Thiel).

Die Struktur der universitären Disziplinen nach 1945/50 ist relativ konventionell, sie wächst allein um Arbeitsgebiete, die ideologisch gefordert werden: Marxismus-Leninismus etwa findet sich als obligatorisches Lehrgebiet, auch im Kontext der Philosophie, Politischen Ökonomie in den Wirtschaftswissenschaften oder WTO, also Wissenschaftstheorie und Organisation, als neue Planungswissenschaft. Die deutliche personelle, politische und wissenschaftstheoretische Zäsur, die nach 1945 eingeleitet wird, spiegelt sich ansonsten innerhalb des bekannten Fächerkanons, aber in der Erwartung der Anpassung der Theorien und Methoden an die neue Zeit. Während der politische Zugriff und die Praxis der Kontrolle ohne Zweifel wirksam waren, ist die Praxis der Forschung in ihren Leistungen vielgestaltiger, in ihren Anpassungsleistungen ambivalenter, in einzelnen Disziplinen resister, in anderen sogar innovativ im internationalen Maßstab (insgesamt: Bd. 6).

In der Autonomie der Forschung unterliegen die Disziplinen nach 1945/50 unterschiedlichen Zwängen. Die Naturwissenschaften können sich in ihrer Eigenlogik eher behaupten als die Sozialwissenschaften, selbst die von der Sowjetunion ausgehenden Lyssenko-Zumutungen an Biologie und Genetik werden relativ listig-souverän abgewehrt (Bd. 6, Schulz). Andere Naturwissenschaften, wie die Chemie (Bd. 6, Laitko) oder die Physik (Bd. 6, Hoffmann), gewinnen theoretische Handlungsfreiheit in der Forschung durch Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften und über ökonomisch definierte Hoffnungen. Manche Disziplinen unterwerfen sich selbst den politisch-ideologischen Erwartungen, wie die schon immer national und politisch engagierte Geographie (Bd. 5, 6, Schultz). Dann gibt es politisch gefährdete Disziplinen, die sich den Erwartungen anpassen müssen, wie bei den Juristen, die ihr Handwerk im Umgang mit dem Gesetzen zwar bewahren, aber die Grundlegungsfragen der Gerechtigkeit ignorieren müssen (Bd. 6, Markovits). In der Pädagogik (Bd. 6, Tenorth), die sich zwischen Bildung und sozialer Kontrolle als universale Instanz der Konstruktion des neuen Menschen geriert, aber als Wissenschaft universitär keine Anerkennung findet, ist der Zugriff ebenfalls stark, auch in den Rehabilitationswissenschaften. In den Sportwissenschaften – in Berlin endlich zu universitärem Rang gekommen – werden empirische Forschung und sozialistisches Wettbewerbs- und Leistungsethos im olympischen Geist und für die Schule zugleich produziert (Bd. 6, Franke). Die Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaften wiederum hat kaum theoretisch eigenes, international anschlussfähiges Profil (Bd. 6, Hesse/Rischbieter). Andere, durch das Selbstverständnis des sozialistischen Systems ebenfalls gefährdete Disziplinen, wie die Soziologie, die es mit einer offiziellen wissenschaftlichen Weltanschauung als konkurrierender Instanz zu tun bekommt (Bd. 6, Wollmann), oder die Theologie, die sich im atheistischen Staat und gegen die Kirche und ihre Traditionen selbst neu definieren will (Bd. 6, Krötke), versuchen den Anspruch einer „sozialistischen“ oder „marxistischen“ Wissenschaft wirklich einzulösen, anstatt diesen Anspruch als *contradictio in adicto* zu belassen.

Das ideologische Selbstverständnis der DDR trägt neben großen Begriffen und politischen Zumutungen aber gelegentlich auch neue Themen für die Wissenschaft ein, die dann

produktiv bearbeitet werden, wie der Feudalismus in der Mediävistik (Bd. 6, Borgolte) oder die „Lebensweise“ und der „Alltag“ der Menschen in der Ethnographie (Bd. 6, Kaschuba/Scholze-Irrlitz). Politisch neu erzeugte Umstände verweisen auch auf Regionen, die bisher z. B. archäologisch nicht erforscht waren, aber jetzt, wie der Sudan, zugänglich wurden (Bd. 6, Wrede), oder politischen Informationsbedarf erzeugten, der bedient werden musste, wie in der Afrikanistik und Orientalistik (Bd. 6, Eckert; Heine). Der politisch-ideologische Kontext erzeugt auch neue Aufmerksamkeit z. B. für Literaturen, wie die nordamerikanisch-proletarische, die erst bei politischem Blick beachtet werden, wie in den neueren Philologien (Bd. 6, Bott), oder für Themen der Kunst und ihrer Geschichte, die in der dann favorisierten soziologischen Perspektive früher nicht bearbeitet wurden (Bd. 6, Reinisch). Gelegentlich gibt es sogar neue Disziplin-konzepte, wie in den Kulturwissenschaften (Bd. 6, Brohm), oder erstmalige universitäre Institutionalisierung, wie bei den Bibliothekswissenschaften (Bd. 6, Rückl/Zahn).

Innerwissenschaftliche Konflikte über Theorien, Methoden und politisch zugemutete Arbeitsformen finden statt, dominieren aber nicht. In der Psychologie kann man sie bis 1960 mit dem dann nach Göttingen berufenen Kurt Gottschaldt erleben (Bd. 6, Ebisch/Ash). Gleichzeitig präsentiert die Psychologie den auch nicht seltenen Fall der Harmonie von Sozialismusideologie und strenger Wissenschaft, wie in den Arbeiten des weltweit anerkannten Kognitionspsychologen Klix. Das methodische Handwerk, wie es in der Psychologie z. B. in Statistik oder Testtheorie unbefragt regiert, fördert auch sonst gelegentlich unterhalb der ideologischen Konflikte den Alltag der Forschung. In der Geschichtswissenschaft etwa kann man die Differenz von Handwerk und Methode in den wissenschaftlichen Praxen studieren und das Handwerk, hier: die Arbeit an den Quellen, erweist sich gelegentlich als Rettung vor der Ideologisierung (Bd. 6, Hardtwig/Thomas). Andernorts brechen Konflikte auch in der wissenschaftlichen Praxis der Historiker manifest aus, z. B. in der Alten Geschichte und über die Qualität von Habilitationsschriften (Bd. 6, Nippel), kontrovers bis heute (Bd. 2, Vogt). Die Disziplinen arbeiten in der Frühphase anscheinend auch noch offener und konflikthafter an den Standards der eigenen Arbeit, gelegentlich mit kuriosen, nicht zufällig scheiternden Ambitionen, wenn in der Philosophie mit den Gesetzen und Vorgaben der Marx- und Stalin-Lektüre zugleich die Gesetze der Logik außer Kraft gesetzt werden sollen (Bd. 6, Herzberg).

Die Eigenlogik der Forschung lässt sich jedoch nicht beliebig dispensieren. Gerade weil Geistesfreiheit, der harte Kern der wissenschaftlichen Autonomie, konstant als bedroht wahrgenommen wurde, war nach 1945 die Erfahrung der Differenz zwischen dem Alltag der eigenen wissenschaftlichen Arbeit und dem Störpotential, das politisch und ideologisch, organisatorisch und institutionell präsent war und von dem Lehrende wie Studierende durch politische Pflichtveranstaltungen immer neu betroffen waren, so deutlich zu spüren und auch sichtbar. Verstärkt durch die fehlenden materiellen Ressourcen, abgesperrt vom internationalen Diskurs der Wissenschaften, belastet auch durch die wiederkehrenden Konflikte

über die Kriterien wissenschaftlicher Arbeit zwischen Politik und Erkenntnispraxis wurde das Ideal der autonomen, allein nach der Logik der Forschung gesteuerten Universität latent immer neu bekräftigt, war jedenfalls als Differenz zum mühsamen Alltag reflexiv immer präsent. Die Kontinuität der Überwachung und Kontrolle, zusammen mit der nicht abbrechenden ideologischen Überformung und Überhöhung eines Alltags wissenschaftlicher Arbeit, den niemand ohne Vorbehalt als gelungen darstellen konnte, erzeugten dabei das gesplante Bewusstsein, von dem die Akteure schon prozessbegleitend erzählten, das den Nährboden für Konflikte bildete und das sie retrospektiv ohne Zögern einräumen. Es gab Forschung in der Universität zu Berlin seit 1945/50, ohne Zweifel. Aber es war nicht die Logik der Institution, die sich dabei erfüllte, sondern die je individuelle Anstrengung und ihr auch über „Humboldt“ definiertes Ideal, die in unterschiedlichen Arbeitskontexten in zahlreichen Disziplinen dazu motivierten, sich in der Einsamkeit der eigenen Arbeit die Freiheit zu erkämpfen, die für wissenschaftliche Praxis notwendig ist.

## Universität der Humboldts

Könnte Humboldt zufrieden sein mit der Geschichte der Universität zu Berlin, ist es seine, die „Humboldtsche“ Universität geworden? 1910, im Kontext des hundertjährigen Jubiläums, entwirft die Universität zu Berlin in ihren Festreden und den begleitenden philosophischen und historischen Analysen selbst die Tradition, in der sie ihr erstes Jahrhundert beschreibt und ihr Selbstverständnis artikuliert. Diese Tradition der Selbstbeschreibung wird im 20. Jahrhundert über alle politischen Systeme hinweg bekräftigt und gelegentlich bis zur universalen „Idee der Universität“ stilisiert – Humboldt, erst nur Wilhelm, dann auch Alexander, das wird die Referenz, in der sich die Universität bis heute thematisiert (Bd. 6, Tenorth, Einleitung). Rechtfertigt die Geschichte diese Referenz?

Gegen manche Skepsis, die in den Debatten über den „Mythos Humboldt“ artikuliert wurde, spricht die hier vorgelegte Geschichte der Universität durchaus, wenn auch nicht immer im Sinne der tradierten Bilder, für eine zentrale Rolle der Brüder Humboldt, und zwar als Akteure im Ursprung wie als kontinuierliche Ideengeber. Wilhelm von Humboldt kann ohne Zweifel als der „Gründer“ der Universität bezeichnet werden, allerdings nicht so sehr mit den philosophischen Texten, die bis heute immer neu für die Gründungsintention und ihre leitenden Prinzipien herangezogen werden. Humboldt ist vielmehr der politisch wie administrativ unersetzliche und für die Gründung zentrale Akteur, er setzt sie gegen alle Widerstände durch, er reduziert die großen Ideen auf den harten Kern, mit dem sich eine Universität konstituiert: Gebäude, Finanzen und, vor allem, Personen, Lehrende und Studierende, Wissenschaftler, die überhaupt erst eine Versammlung von Gelehrten zu einer Forschungsuniversität im modernen Verstande machen. Mit seiner Einrichtungskommission bringt er die Kriterien erstmals eindeutig zur Geltung, die dann fortdauernd,

durch glückliche Umstände und gleichsinnig handelnde Akteure u. a. in der preußischen Bildungsverwaltung gestützt, die Stabilität des Forschungsimperativs garantieren und der Universität zu Berlin die Gestalt derart geben, dass man an ihr das Modell moderner Universitäten diskutieren kann. Alexander von Humboldt, spätestens seit seiner Rückkehr nach Berlin, 1827, und bis zu seinem Tode 1859 wissenschaftspolitisch aktiv, integriert und stabilisiert nicht nur die Naturwissenschaften und ihre Methode in den Kreis der forschenden Disziplinen. Alexander gibt der Idee der Einheit der Wissenschaften und damit auch der ersten Giebelinschrift der Universität, *universitati litterariae*, den bis heute gültigen, umfassenden, alle Primatansprüche, etwa der Philosophie, abwehrenden, auch theoretisch und über Einheit und Variation der Methode diskutierbaren Sinn. Alexander ist auch unermüdlich politisch sowie in der Finanzbeschaffung und Personenrekrutierung für die Universität konkret aktiv, und zwar für alle Disziplinen, nicht nur für die Naturwissenschaften.

Bestätigt sich insofern die zentrale Rolle der Humboldts für die Universität, so ist damit nicht gleichzeitig der vollständige Kranz oder gar das System der Prinzipien historisch kontinuierlich ins Recht gesetzt und bestätigt, das sich den berühmten philosophischen Denkschriften der Gründungszeit entnehmen lässt. Organisatorisch gesehen, kann man allenfalls in Schleiermachers Überlegungen eine Verbindung der konkreten Universität zu den Konzepten sehen, z. B. in der Fakultätsstruktur oder in der Rolle von Dekanen, Rektor und Senat deutlich ausgeprägt, kaum in der Lehrverfassung. Aber dann erkennt man auch den organisatorischen Traditionalismus und die lokale, preußische Besonderheit der Berliner Gründung. Fichte dagegen und seine spekulativen Konzepte spielen keine Rolle, ganz zu schweigen von den vielen anderen Texten, von Engel bis Schmalz, von Wolf bis Steffen. Von Humboldts eigenen Zielen und Plänen bei der Gestaltung der „höheren Anstalten in Berlin“ bleibt auch am ehesten die Zuordnung der Universität zu den anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere ihre starke Stellung gegenüber der Akademie. Wenig dagegen ist von seinen Finanzierungsplänen und den damit verbundenen Autonomisierungshoffnungen geblieben (aber hier sorgt der preußische Staat für seine Centraluniversität), wenig auch von extensiven Autonomieansprüchen, die gelegentlich Humboldt zugeschrieben werden. Man muss aber erinnern, dass er sie im Berufsrecht den Universitäten schon nicht zugestehen wollte, man sollte auch „Einsamkeit und Freiheit“ nicht so sehr politisch, sondern von der wissenschaftlichen Praxis aus lesen – und dann findet man sie auch, als „Geistesfreiheit“, nicht als Freiheit von politischer Kontrolle der Personen.

Die emphatische Rede von der „Idee der Universität“, die in der Einheit nicht nur der Wissenschaften, sondern von Lehre und Forschung, Bildung und Wissenschaft, Lehrenden und Lernenden bestehen soll, kann man deshalb Humboldt so wenig und umstandslos zuschreiben wie der Universität zu Berlin in ihrer Geschichte. Sie gewinnt ihre Stabilität und Kontinuität als Universität unter dem Forschungsprimat, den sie auch in Zeiten der deutschen Diktaturen zu behaupten suchte. Ansonsten definiert sie ihre Identität in Formeln, die zwar von Humboldt entlehnt sind und als internes Regulativ kommuniziert werden, aber allen-

falls gebrochen ihren Alltag charakterisieren. Die Konstruktion des Humboldt-Bildes und seine Rezeption, seine Tradierung und Deformation haben ihre eigene Geschichte. Nicht immun gegen Funktionalisierung, fördern sie aber auch die Selbstbehauptung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Umwelt und können als Bild einer zu wünschenden Universität dienen. Aber diese Humboldt-Konstruktion und -rezeption konkretisiert sich als eine eigene Geschichte, sie ist nicht schon als Geschichte der Universität interpretierbar.

Die Frage nach der Wahrheit des Mythos Humboldt ist deshalb auch ein selbstständiges, anderes Thema, schon historiographisch, jedenfalls nicht allein im Blick auf die Universität zu Berlin diskutierbar. Ihre Geschichte von 1810 bis 2010 belegt zuerst, wie eine moderne Universität sich in ihrer Biografie als Institution eigenen Rechts und in eigener Gestalt entwickelt und in der Praxis ihrer Disziplinen als historisch lernfähiges System der Forschung behauptet. Das geschieht und gelingt nur jenseits des Mythos, von den Humboldts und den Ansprüchen zwar inspiriert, die mit ihrem Namen und ihren Texten verbunden werden, aber weder aus diesen Reflexionen deduzierbar noch auf eine vermeintlich überzeitliche „Idee der Universität“ zu reduzieren. Die Wahrheit der Geschichte der Universität zu Berlin liegt in der spannungsreichen Praxis, die sie selbst erzeugt hat, nicht immer unter freien Stücken, aber doch immer der Differenz bewusst, die zwischen ihrer so faszinierenden wie nicht selten problematischen Realität und ihrer Selbstbeschreibung unter dem Namen von Wilhelm und Alexander von Humboldt tradiert wurde. Es ist zwar nicht die eine und wahre Idee der Universität in ihrer Geschichte, die man hier studieren kann, aber doch erstaunlich genug, was sich in 200 Jahren der Universität zu Berlin Unter den Linden ereignete, in Wissenschaft und Bildung, Forschung und Lehre.



---

HEINZ-ELMAR TENORTH

in Zusammenarbeit mit TORSTEN LÜDTKE, HANNAH LOTTE LUND und WERNER TRESS

*Die Universität zu Berlin.  
Einrichtung, Gründung, Ausbau –  
1810 bis 1860*



# *Eine Universität zu Berlin – Vorgeschichte und Einrichtung*

## Die Eröffnung der Universität – der Beginn ihrer Gründung

Am 15. Oktober 1810 wird im Palais des Prinzen Heinrich, Unter den Linden 6, der Lehrbetrieb der Universität zu Berlin aufgenommen.<sup>1</sup> So will es die Überlieferung, so ist es als Gedenktag in den Festkalender der Universität eingegangen, die bis in das 20. Jahrhundert hinein am 15. Oktober in der Rektoratsübergabe ihre Tradition bekräftigte und die je neue Zukunft zelebrierte. Aber wie das mit Gedenktagen so ist, zumal in der Berliner Universität: Nur wenige der etwas mehr als 50 Mitglieder des Lehrkörpers, der Mediziner Hufeland z. B., beginnen an diesem, in der Erinnerung zu einer Zäsur markierten Tag auch mit den Vorlesungen. Fichte beginnt am 21., der größere Rest, Schleiermacher z. B. oder Savigny und der Jurist und erste Rektor Schmalz, am 29. Oktober, manche folgen erst im November, wie der Theologe de Wette am 29. 11., andere fangen gar nicht im Wintersemester an.<sup>2</sup>

Dennoch ereignet sich universitäre Arbeit. Bereits am 15. September war die akademische Jurisdiktion eingerichtet worden. Die für die Universität verantwortliche Sektion für Unterricht im preußischen Innenministerium hatte sich bis Ende September um die notwendigen Formulare für die Matrikel und die Zeugnisse gekümmert, am 6. Oktober hatten sich die ersten sechs Studenten (drei Juristen, ein Mediziner, ein Theologe und ein Pharmazeut – dieser als Student der Philosophischen Fakultät<sup>3</sup>) in der Universität immatrikuliert, am 10. Oktober war dem Eröffnungstag die konstituierende Sitzung des Senats vorausgegangen. Allerdings, die Schenkungsurkunde für das Prinz-Heinrich-Palais, das Hauptgebäude der Universität bis heute, ist erst auf den 24. November datiert.

---

<sup>1</sup> Für die Geschichte der Universität immer noch unentbehrlich ist das monumentale Werk von Max Lenz; vgl. für die Anfangsjahre Lenz, Max, Geschichte der Königlich Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Bd. 1: Gründung und Ausbau, Halle a. d. S. 1910. Für die Gründungsgeschichte, schon wegen der Dokumente, immer noch notwendig: Köpke, Rudolf, Die Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Berlin 1860.

<sup>2</sup> Eine Übersicht zu den Vorlesungen der Gründungsphase gibt: Die Vorlesungen der Berliner Universität 1810–1834 nach dem deutschen und lateinischen Lektionskatalog sowie den Ministerialakten, hrsg. v. Virmond, Wolfgang, Berlin 2011.

<sup>3</sup> Köpke, Gründung, 1860, S. 89f.; vgl. für die Matrikel jetzt: Die Matrikel der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1810–1850, 3 Bde., bearb. u. hrsg. v. Bahl, Peter/Ribbe, Wolfgang, Berlin 2010.

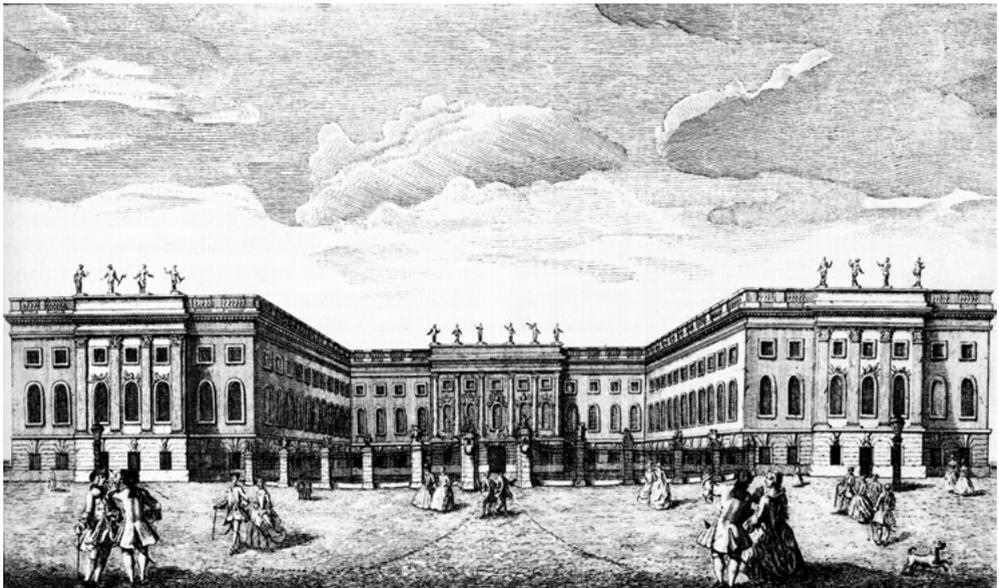


Abb. 1 Das Prinz-Heinrich-Palais um 1750

Der Tag der Eröffnung selbst, anders als die grundsätzliche Absicht der Gründung einer Universität in Berlin, blieb von der akademischen und der weiteren Öffentlichkeit Berlins weitgehend unbeachtet<sup>4</sup>, die Eröffnung fand aber auch inneruniversitär keine eigene festliche Form: „(...) keine feierlichen Aufzüge und Versammlungen, keine Feste und Weihereden, keine Insignien und Investitur, keine Proklamationen und Toaste“, notiert der erste Historiker der Gründungsgeschichte der Berliner Universität Rudolf Köpke noch 1860, erstaunt und auch etwas indigniert schon wegen der großen Differenz zu den Festlichkeiten zur Eröffnung der Universität in Halle 1693/94.<sup>5</sup> Zwar hat Clemens von Brentano in einer eigens komponierten Kantate die Eröffnung, freilich in einem eher privaten Kreis, gefeiert

<sup>4</sup> Wenigstens im *Preussischen Hausfreund* vom 30. 10. 1810, Nr. 87, S. 384 kann man durchaus terminsensibel lesen: „Berlin, den 29. Oktober. Erst von heute an darf der Geschichtsschreiber von einer Universität in Berlin sprechen. Was vorher geschehen und gethan ist, gehört zu den Vorbereitungen und Anordnungen, die ein so umfassendes Institut in hohem Maaße erforderte. Auch das Gebäude, wenn es gleich in seiner Inschrift Universitati litterariae die Jahrzahl 1809 trägt, will damit nicht den Zeitpunkt der Eröffnung, sondern nur des bestimmt ausgesprochenen königlichen Willens, durch den das Heinrichsche Palais zum Universitäts-Gebäude bestimmt wurde, angeben. Mit heute aber beginnen, der Vorschrift gemäß, die Vorlesungen der akademischen Lehrer, welche, als das Wesen einer Universität, auch den schicklichsten Anfangspunkt in der Zeitrechnung derselben angeben. Eine eigentliche Einweihung findet jetzt noch nicht statt, und dürfte vielleicht noch lange aufgeschoben werden. (...) Die Zahl der bis jetzt immatrikulierten Studenten soll sich gegen 200 belaufen. – Segen und Gedeihn diesem hohen Musensitz!“ (Ich danke Hannah Lotte Lund für diese Quelle.)

<sup>5</sup> Köpke, *Gründung*, 1860, S. 91.

und die Inschrift am Hauptgebäude – *Universitati Litterariae* – romantisch in emphatischen Einheitsformeln gedeutet und der Öffentlichkeit auf einem Flugblatt zugänglich gemacht<sup>6</sup>, und Achim von Arnim hat auch ein Gedicht geschrieben und in Kleists Abendblättern publiziert. Aber die 53 Professoren, von denen 25 den Status ordentlicher Professoren hatten, und die 262 Studenten beginnen ganz alltäglich, nicht einmal alle am gleichen Tag, unter dem vom Staat ernannten ersten Rektor, dem Juristen Theodor Schmalz, mit ihrer Arbeit.

Bemerkenswert sind die eigentümlich zahlreichen Daten, in denen sich der Beginn der universitären Arbeit dokumentiert, aber ebenfalls aus systematischen Gründen. Das neue Mitglied der akademischen Welt tritt nicht nur ohne große öffentliche Aufmerksamkeit ins Leben, man darf durchaus auch fragen, ob dieser Akt der Eröffnung eigentlich als Gründungsereignis in einem mehr als kalendarischen Sinne bezeichnet werden kann. Der Universität zu Berlin fehlen in ihrem ersten Semester nicht nur ordentliche Statuten, so dass ein provisorisches Reglement das mühsam kaschieren muss<sup>7</sup>, auch das Gebäude, das vom König geschenkte Prinz-Heinrich-Palais Unter den Linden, steht im Grunde noch gar nicht angemessen zur Verfügung. Es ist nämlich von Mietern bewohnt, die nicht sehr auszugswillig sind und noch für Jahre ein Problem für die Universität bedeuten; selbst Lehrräume sind nicht richtig ausgewiesen. Hinzu kommt, dass die Finanzierung gleichfalls nicht die in Humboldts Plänen gewünschte Form der Absicherung in eigenen Domänen gefunden hat. Strukturell bedeutsamer ist: Weil die Statuten fehlten, sind die Beziehungen und Ordnungen der Universität nach innen wie nach außen kaum hinreichend eindeutig definiert, die Rechte des Staates und der Universität sind nicht klar abgegrenzt, für die Art der Mitwirkung der Fakultäten oder des Senats bei Berufungen gibt es keine eindeutigen Bestimmungen, Klarheit besteht auch nicht in der Aufsicht über die Universität und ihre Mitglieder. Rang und Verhältnis der Fakultäten zueinander – ob eine hierarchische oder symmetrische Ordnung gelten soll –, sind noch nicht bezeichnet, die Rechte der Professoren als Gruppe sind weitgehend undefiniert, auch die Qualifizierungserwartungen an den Lehrkörper und die Kriterien ihrer Rekrutierung haben noch keine feste, statutenmäßige Form gefunden. Offen ist z. B. auch, wer – und von wem – zum Dekan oder Rektor gewählt werden kann oder als Mitglied des Senats in Frage kommt. Die Rechts- und vor allem die Disziplinarver-

---

<sup>6</sup> Seine Deutung heißt: „Der Ganzheit, Allheit, Einheit,/Der Allgemeinheit/Gelehrter Weisheit,/Des Wissens Freiheit/Gehört dieses königliche Haus!/So leg ich euch die goldnen Worte aus: *Universitati Litterariae*.“ (Köpke, Gründung, 1860, S. 91).

<sup>7</sup> Das Reglement sagt einleitend, dass „die definitiven Statuten der Universität Berlin erst bei ihrer feierlichen Einweihung können publicirt werden“, vgl. für das Vorläufige Reglement vom 24. November 1810 den Abdruck in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 140–144 sowie die begleitenden knappen Hinweise zur Entstehungsgeschichte bei Takamori, Akira, Die erste Berliner Universitätsverfassung und ihr Einfluß auf das japanische Hochschulwesen. Quellenedition des „Vorläufigen Reglements für die Universität Berlin“ von 1810, in: ebd., S. 137–150.

hältnisse der Studenten haben jenseits der grundlegenden Vorgaben des Allgemeinen Landrechts ebenfalls noch keine vollständige universitätseigene Satzung gefunden. In der Lehre schließlich lassen sich Strukturen der Gestaltung des Lehrangebots, die Formen der Prüfung und die Verzahnung mit außeruniversitären Erwartungen nicht eindeutig identifizieren.

Endlich, der in der Historiographie der Universität<sup>8</sup> und bis heute in seiner Leistung als der prägende „Gründer“ gerühmte Philosoph und, seit dem Februar 1809, Chef der Sektion für Unterricht und Kultus, Wilhelm von Humboldt, ist schon seit seinem Entlassungsgesuch vom 24. April 1810, dem der König am 19. Juni entspricht, gar nicht mehr richtig im Amt, sondern nur noch mit der Abwicklung seiner eigenen Tätigkeit für die Universität beauftragt. Sein Amtsnachfolger, der konservative Jurist Friedrich von Schuckmann, steht schon bereit, der am 2. November 1810 die weitere Geschichte der Bildungspolitik wie der Universität in einem ganz anderen Geiste als Humboldt bestimmen wird. Zum „Mythos“ Humboldt<sup>9</sup>, den die Wissenschaftsgeschichte seit einigen Jahren kritisch-skeptisch zeichnet, gehört deshalb wohl auch die noch 2010 anlässlich des 200-jährigen Jubiläums als Datum der Gründungsfeier genutzte und damit klassisch gewordene Fixierung auf das Wintersemester 1810/11 und auf den 15. Oktober für den als Zäsur gefeierten Gründungstag. Die Universität wird zweifelsohne eröffnet, aber als Universität in definierter Form hat sich noch nicht konstituiert, und ob sie das in einer Gestalt 1810 getan hat, die man mit Recht als „Modell Humboldt“ bezeichnen darf, das kann man schon im Blick auf ihr erstes Semester durchaus als Problem entdecken.

Und dennoch, für ein seit langem diskutiertes, mit der Vorgeschichte der Universität eng verbundenes Problem bedeuten der 15. Oktober und das Wintersemester 1810 durchaus eine bezeichnende, nicht zu leugnende und folgenreiche Zäsur: Die schon vor 1800, dann erneut nach 1802 und 1806 intensiv diskutierte Frage, „ob in Berlin eine Universität sein soll“ ist definitiv und positiv beantwortet. Berlin hat seine Universität bekommen, die Skepsis vieler älterer Autoren – vor 1800 z. B. vom Berliner Schulmann Friedrich Gedike bis zum

---

<sup>8</sup> Natürlich ist auch dafür zuerst das Werk von Lenz zu nennen. Für die Gründungsgeschichte und die dabei als zentral stilisierte Rolle Humboldts vgl. Lenz, *Geschichte*, 1910, Bd. 1, und von der späteren „Gründer“-Literatur nenne ich nur die aus der DDR stammenden Übersichtsdarstellungen, die eine Kontinuitätslinie von Humboldt und 1810 bis zur Humboldt-Universität nach 1945 stiften, z. B. Deiters, Heinrich, Wilhelm von Humboldt als Gründer der Universität Berlin, in: *Forschen und Wirken*, Bd. 1, Berlin 1960, S. 15–39, der Humboldt „den eigentlichen Begründer der Universität Berlin“ nennt (zit. S. 35); explizit in Deiters' *Bahnen und Begriffen* auch Scurla, Herbert, Wilhelm von Humboldt. Werden und Wirken, Berlin (DDR) 1970, S. 315ff. sowie Humboldt-Universität zu Berlin. *Überblick 1810–1985*, hrsg. v. Klein, Helmut, Berlin 1985, zu Humboldt als Gründer S. 12f.; zur kritischen Diskussion dieser Beurteilung in der Forschung jetzt die Hinweise bei Tenorth, Heinz-Elmar, Wilhelm von Humboldts (1776–1835) Universitätskonzept und die Reform in Berlin – eine Tradition jenseits des Mythos, in: *Zeitschrift für Germanistik* N. F. 20 (2010), H. 1, S. 15–28.

<sup>9</sup> Inzwischen wird schon die „Wahrheit des Mythos“ diskutiert, vgl. Eichler, Martin, Die Wahrheit des Mythos Humboldt, in: *Historische Zeitschrift* 294 (2012), H. 1, S. 59–78 – mit dem Nachweis der einschlägigen Literatur.

Minister Massow geäußert – ist letztlich dementiert worden. Wie provisorisch auch immer im Herbst 1810 realisiert, in nuce ist die Universität vorhanden, und 1810 kann man auch sehen, welche prägenden Elemente nur vorhanden sein müssen, damit sich aus ihrer Einrichtung eine dynamische Gründungsphase und die weitere Erfolgsgeschichte entwickeln können. Es ist nicht mehr das Patent des Papstes oder Kaisers, das diese Zäsur markiert, auch nicht ein definitiver Gründungsakt. Es sind neben dem festen Willen des Landesherrn, der sich die Universitätsplatzierung in seiner Hauptstadt zu eigen macht, im Wesentlichen die mit der Einrichtung präsenten Personen, die Professoren und weiteren Wissenschaftler sowie die Studenten, die dem Plan der Universität in der Praxis von Forschung und Lehre, in Selbstverwaltung und Rekrutierung von Wissenschaftlern sowie vor allem in der Auseinandersetzung mit der Umwelt eine Wirklichkeit geben, die Stabilität und Dauer gewinnen kann, wie es Humboldt selbst ganz pragmatisch prognostiziert hatte: „Man beruft eben tüchtige Männer und läßt die Universität sich allmählich encadrieren.“<sup>10</sup>

Es ist im Wesentlichen aber erst die Zeit der bildungspolitischen Regentschaft von Friedrich von Schuckmann bis zum Kultusminister Eichhorn, vor allem aber die von 1817 bis 1840 andauernde Amtszeit des Kultusministers Altenstein, in der überhaupt erst die wirkliche Gestalt der Universität erzeugt und konkretisiert wird. Das vollzieht sich in konflikthaften Auseinandersetzungen zwischen Staat und Universität, in den Diskursen der professionellen Öffentlichkeit sowie in der Arbeit und in den innerwissenschaftlichen Konflikten zwischen den einzelnen Disziplinen und in den Milieus der Fakultäten, aber auch zwischen der Universität als Korporation und ihren Mitgliedern, den Fakultäten, den Professoren und Studenten. Dabei erweist sich zugleich, in welchen Modi und in welcher Gestalt die Emphase der viel zitierten Gründungstexte organisatorisch, normativ und ideologisch Realität werden kann. Im Ergebnis sind es dann nicht zuerst philosophische Programmtexte, sondern strukturelle Prämissen und persönliche Akteure – Bündnisse und Feindschaften –, politische Kontexte und theoretische Referenzen der universitären Arbeit, in denen die Gestalt der Berliner Universität in ihrer Struktur und in ihrer disziplinär verfassten Praxis geprägt wird.

Das ist nicht nur eine politisch bestimmte Praxis, so dass man etwa schon aus dem Verhältnis von Universität und Staat die Gestalt der Universität erklären könnte; das gelingt nicht einmal in der rechtlichen Dimension, z. B. für die Statuten. Der folgenreiche Ursprung der Universität und ihre konstituierende Kreation liegen gleichzeitig – und für ihre Wirkungsgeschichte wohl primär – in der wissenschaftlichen Praxis ihrer Mitglieder. Davon ist an anderer Stelle schon ausführlich gehandelt worden (vgl. die Bände 4–6 dieser Universitätsgeschichte). Aber diese wissenschaftliche, disziplinär organisierte Praxis kann

---

<sup>10</sup> Wilhelm von Humboldt, Brief an seine Frau Caroline vom 22. Mai 1810, zit. n. Lenz, Geschichte, 1910, Bd. 1, S. 219.

zu fester und dauerhafter Form erst innerhalb ihrer eigenen Muster der Institutionalisierung gerinnen. Die Politik der Wissenschaften, die Biografie der Institution und die Praxis der Disziplinen spielen also zusammen. Bis etwa 1840, nicht schon 1816 mit der Vorlage der Statuten<sup>11</sup>, sondern indiziert an der Verabschiedung von Statuten der Fakultäten, die seit 1811 beraten wurden, aber erst bis 1838 geschlossen vorliegen, hat die Universität die Form als „privilegierte Körperschaft“ gefunden, in der sie bis ins 20. Jahrhundert hinein weitgehend unverändert ihre Arbeit organisiert.

Die dabei entwickelte Verfassung der Universität ist nicht identisch mit der Form, die in den klassischen Selbstbeschreibungen und den ihr folgenden Interpretationen<sup>12</sup> der Bedeutung der Berliner Universität als „Modell Humboldt“ gefeiert und in der distanzierteren Beobachtung solcher Selbstbeschreibungen als „Mythos Humboldt“ kritisiert wird.<sup>13</sup> Auch folgt der Prozess der Konstruktion nicht dem Gedanken der Autonomie und der idealisierten Selbstkonstruktion, in dem die deutsche Universität nicht selten ihre Idee und Gestalt stilisiert und zugleich gegen Zugriffe von außen abgewehrt hat. Schon gar nicht wird man in der konkreten historischen Form der Errichtung der Universität zu Berlin den tiefgreifenden Akt der „Gründung einer neuen Art von Institution erkennen“, die – als „Gründung“ – neben Revolution und Reform ein drittes, d. h. ein „fundamentales soziales Handlungsprinzip“ realisiert, wie Helmut Schelsky die Geschichte um 1810 in Berlin interpretiert. Er sieht die Bedeutung dieser „Gründung“ darin, dass sich damit hier in Berlin „eine neue Geistigkeit“ durchsetze, bei der es sich „keineswegs aber um die Reform bestehender Einrichtungen“ und deshalb auch nicht um eine Universität im alten Verstande oder um Universitätsreform handelte.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Das ist bei Köpke, *Gründung*, 1860, die Datierung für den Abschluss der Gründung; er bemerkt zwar für 1815 noch explizit: „Noch war die Gründung nicht abgeschlossen, die Formen im Werden.“ (S. 121), sieht aber, dass „im siebenten Rektoratsjahr (...) die Dinge zum Abschlusß [kamen]“ (S. 128), also mit den Statuten.

<sup>12</sup> Auf dieser Quellenbasis, dann erweitert auch auf Humboldts Korrespondenz, für diese Perspektive aber immer noch lesenswert Menze, Clemens, *Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts*, Hannover u. a. 1975, S. 280ff., und dann, für den idealisierenden philosophischen Zugriff erwartbar, mit einer Verfallsgeschichte für die Realität der Universität nach 1810: „Die Verwandlung der Universitätsidee und die Preisgabe der Bildung“ (S. 405–431). Bei vergleichbarer Quellenbasis erheblich nüchterner ist die Gründungsgeschichte erzählt bei Muhlack, Ulrich, *Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus: Berlin*, in: *Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen in der frühen Neuzeit*, hrsg. v. Baumgart, Peter/Hammerstein, Notker, Nendeln 1978, S. 299–340. Im Wesentlichen vor diesem Hintergrund und ohne neue Quellen auch noch vom Bruch, Rüdiger, *Die Gründung der Berliner Universität*, in: *Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätssystems im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Schwinges, Rainer C., Basel 2001, S. 53–73.

<sup>13</sup> Zur Funktion von Selbstbeschreibungen im Allgemeinen und der Humboldtschen Universitätsidee im Besonderen vgl. Tenorth, Heinz-Elmar, „Mythos Humboldt“ – eine Notiz zu Funktion und Geltung der großen Erzählung über die Tradition der deutschen Universität, in: *Intuition und Institution: Kursbuch Horst Bredekamp*, hrsg. v. Behrmann, Carolin/Bruhn, Matthias/Trinks, Stefan, Berlin 2012, S. 81–92.

<sup>14</sup> Schelsky, Helmut, *Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen* (1963), 2., um einen „Nachtrag 1970“ erweiterte Aufl., Düsseldorf 1971, zit. S. 48.

Es ist, anders als in dieser Überhöhung, in ihrer Form eine nahezu traditionale Universität, die eingerichtet wird. Aber aller politischen Eingriffe zum Trotz und unbeschadet der Differenzen von Idee und Realität – das ist die leitende These der folgenden Darstellung – realisiert sich in dieser traditionellen Form in der weiteren Biografie der Universität zu Berlin seit 1810 eine historisch eigenständige und wirkungsreiche Gestalt einer neuen „höheren Lehranstalt“, ohne dabei die „höhere Lehranstalt“ zu werden, die z. B. Fichtes Plan von 1807 intendierte<sup>15</sup> (was Schelsky bedauert). Diese Universität zu Berlin lässt sich zwar nicht in allen Details als Umsetzung von Humboldts Vision identifizieren oder anderen Denkschriften der Zeit eindeutig zurechnen; wesentliche Strukturprinzipien der Universitätsidee Humboldts nimmt sie aber ohne Zweifel auf und setzt sie in die Realität um – weitgehend ohne die zentralen Denkschriften, zumal die Denkschrift „Über die innere und äußere Einrichtung (...)“<sup>16</sup>, im Detail überhaupt zu kennen oder als Leitidee der eigenen Arbeit in den wesentlichen Texten zur Einrichtung auch nur zu nennen. Die Universität wird nicht in solchen Denkschriften, sondern in der Praxis ihrer Akteure gestaltet und im Konflikt mit dem Staat gemacht, und sie findet und konkretisiert erst aus und in dieser Praxis auch die bestimmenden Prinzipien, die wir heute mit der für die Moderne typischen, jetzt selbst schon wieder klassisch gewordenen Universität verbinden<sup>17</sup> und, nicht nur in Deutschland, als „humboldtsche Universität“ stilisieren. Das wiederum ist möglich, weil deren historisch erst im 19. Jahrhundert ausgeprägte Strukturprinzipien sich, post festum, in Humboldtschen Texten, Postulaten und Argumenten beschreiben, kodifizieren und feiern lassen.

Es ist vor allem der als Kern der modernen Universität und als Logik universitärer Entwicklung seit dem frühen 19. Jahrhundert in der Historiographie identifizierte und den Prozess aufschließende Forschungsimperativ<sup>18</sup>, den man in seiner Konkretisierung und

---

<sup>15</sup> Auch in Humboldts Antrag an den König vom 24. Juli 1810 wird zunächst dieser Begriff gewählt, bevor ausdrücklich die Zuschreibung als „Universität“ gewünscht und begründet wird (vgl. unten).

<sup>16</sup> Diese Schrift – Humboldt, Wilhelm von, Ueber die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: ders., Werke, hrsg. v. Flitner, Andreas/Giel, Klaus, Bd. IV, Stuttgart 1981, S. 255–266 – wurde bekanntlich erst im ausgehenden 19. Jahrhundert von Bruno Gebhardt entdeckt und ediert; zur Rolle dieser Schrift im konkreten Planungsprozess vgl. unten.

<sup>17</sup> In den Details ihrer historischen Praxis insgesamt bestärkt deshalb die Geschichte der Universität zu Berlin die systematischen Annahmen und auch einige der Indikatoren, die sich für die Genese der Forschungsuniversität weltweit beobachten lassen, vgl. die exemplarische, nicht ohne Grund in Belegen auch auf Berlin bezogene Studie von Clark, William, *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago 2006.

<sup>18</sup> Schon früh Turner, Roy Steven, *The Prussian Universities and the Research Imperative, 1806 to 1848*, Diss. (Ms.) Princeton University 1973 sowie die Teilpräsentation zentraler Thesen aus der Dissertation, u. a. in ders.; *University Reformers and Professorial Scholarship in Germany 1760–1806*, in: *The University in Society*, ed. by Lawrence Stone, Vol. II: Europe, Scotland, and the United States from the 16th to the 20th Century, Princeton 1974, p. 495–553; ders., *The Prussian Universities and the Concept of Research*, in: *Internationales Archiv für die Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 5 (1980), S. 68–93.

Wirkung für Berlin zugleich als Motor der Entwicklung und bestimmende Kraft der Institutionalisierung aufweisen kann – und der zugleich als Leitidee Humboldts charakterisierbar ist. Es sind andererseits der historisch-politische Ort der Universität selbst, die Herausforderungen der Gründung in Zeiten politisch-gesellschaftlicher Krise und die Kontexte und Modi ihrer Umsetzung, die dazu beitragen, dass die Universität nicht nur über die Praxis ihrer Forschung, sondern auch in den universitätspolitischen Kontroversen nach innen wie nach außen in ihren Handlungsformen die Gestalt gewinnt, die man dann bis 1918 kennt und als Autonomie der Universität auch normativ überhöht. Beide Tendenzen in ihrem Zusammenwirken, die Durchsetzung des Forschungsimperativs und die Auseinandersetzungen über die universitäre Form der Autonomie einer Institution, machen es in ihren Folgewirkungen auch möglich, dass in den Selbstbeschreibungen, wie sie seit dem Jubiläum von 1910 an öffentliche Geltung und rhetorische Kraft gewinnen, die Universität zu Berlin durchaus mit Recht als Humboldts Universität verstanden werden kann. Der Mythos Humboldt lebt, weil die Realität der Universität ihm immer wieder durch ihre Praxis neue Nahrung gibt – und diese Geschichte beginnt vor 1810, mit zunächst ganz lokal bestimmten Fragen.

## Geschichte und Vorgeschichte – Krisenlagen, Wissensbedarf, Reformdiskurse

Pläne und Debatten über die Universität entstehen nicht erst in der unmittelbaren Vorgeschichte der Einrichtung der Berliner Universität seit 1808 oder gar erst mit Humboldts Amtsantritt, oder allein und primär mit den berühmten, bis heute zitierten und zu zeitüberdauernden „Grundschriften“ der „Idee der deutschen Universität“ überhöhten Denkschriften von Schelling, Steffens oder Fichte, Schleiermacher oder Humboldt.<sup>19</sup> Sieht man von den Papier gebliebenen Plänen des Großen Kurfürsten von 1667 für eine comenia-

---

<sup>19</sup> Zur Stabilisierung des „Mythos Humboldt“ trägt allerdings wesentlich bei, dass diese Texte (Schellings „Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums“, 1802/03, Fichtes „Deducierter Plan einer in Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt“, 1807, Schleiermachers „Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn“, 1808, Steffens Vorlesungen „Über die Idee der Universitäten“, 1808/09, Humboldts unvollendete Abhandlung „Ueber die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“) zu „Grundschriften“ stilisiert und ediert wurden, vor allem in: Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, hrsg. v. Anrich, Ernst, Darmstadt 1956. Eine Edition vergleichbarer Denkschriften auch bei: Gelegentliche Gedanken über Universitäten. Von J. J. Engel, J. B. Erhard, F. A. Wolf, J. G. Fichte, F. D. E. Schleiermacher, K. F. Savigny, W. v. Humboldt, G. F. W. Hegel, hrsg. v. Müller, Ernst, Leipzig 1990, sowie – jetzt in der Reduktion auf nur noch drei Texte – die „Festgabe zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin“: Gründungstexte. Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Wilhelm von Humboldt. Mit einer editorischen Notiz von Rüdiger vom Bruch, Berlin (Humboldt-Universität zu Berlin) 2010.

nisch angehauchte „Brandenburgische Universal-Universität der Völker, Wissenschaften und Künste“ ab<sup>20</sup> (deren Standort auch Tangermünde, nicht Berlin sein sollte), dann gibt es nach den frühen preußischen Universitätsgründungen des 17. Jahrhunderts<sup>21</sup> einerseits innerpreußisch und im Blick auf Berlin einen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts andauernden Lokal- bzw. preußischen Diskurs über die Frage, ob hier eine Universität gegründet werden soll und wenn, in welcher Form. Im Blick auf das zu wählende Modell der Universität wird andererseits in ganz Europa und verstärkt seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert diskutiert, welche Gestalt die neuen Hohen Schulen oder die zu reformierenden alten Universitäten annehmen können und sollen. Die preußische und Berliner Debatte gehören in diesen Kontext, sie nehmen die Themen aus diesen Debatten ebenfalls aktiv auf, ordnen sich ihnen ein, gehören in diesen breiten Reformdiskurs, repräsentieren auch nicht allein den Anspruch der Reform der Universitäten und sind auch nicht in den thematischen Elementen wirklich originell, sondern eher in der Komposition der Fragen sowie in der begrifflichen Konstruktion und in der Gewichtung der Themen – davon wird noch zu reden sein.

Der gemeinsame Ausgangspunkt all dieser Überlegungen ist eine zumindest zweifache Krisendiagnose. Die scharfe Kritik gilt zum einen dem gesamten Bildungssystem<sup>22</sup>, vor allem aber dem Zustand der alteuropäischen Universität<sup>23</sup> und der Kritik der – vermeintlich<sup>24</sup> oder tatsächlich – im Verfall befindlichen Familien-Universität: In ihrer Wissensproduktion traditional und ohne jede Forschung, in den Mechanismen der Rekrutierung ihrer Professoren primär klientelär vernetzt und ohne Qualitätskriterien, in den Prüfungen lax

---

<sup>20</sup> Köpke, Gründung, 1860, S. 32 erinnert an diese Pläne, im Detail immer noch umfassend zu Person und Plan Arnheim, Fritz, Freiherr Benedikt Skytte (1614–1683), der Urheber des Planes einer brandenburgischen „Universal-Universität der Völker, Wissenschaften und Künste“, in: Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag. Beiträge zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Leipzig 1908, S. 65–99. Auf Arnheim berufen sich material auch noch jüngere Darstellungen, vgl. u. a. Lenk, Werner, Das Projekt einer brandenburgischen Stadt der Wissenschaften und der Künste aller Völker der Erde, in: „swer sinen vriunt behaltet, daz ist lobelich“. Festschrift für András Vizkelety zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Nagy, Márta/Jónácsik, László, Budapest 2001, S. 333–342.

<sup>21</sup> Als Übersicht zur preußischen Bildungsgeschichte vgl. Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. v. Büsch, Otto, Bd. II: Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin/New York 1992, S. 605–798, zu den frühen Universitäten in Königsberg und Frankfurt an der Oder sowie den späteren Gründungen in Duisburg und Halle, ebd., S. 617–622.

<sup>22</sup> Für die zeitgenössische Wahrnehmung der bildungshistorischen Situation materialreich und erhellend bereits Rößler, Wilhelm, Die Entstehung des modernen Erziehungswesens in Deutschland, Stuttgart 1961, bes. S. 95ff. für „die gelehrte Welt“.

<sup>23</sup> Dazu in der Übersicht unentbehrlich: Geschichte der Universität in Europa, 4 Bde., hrsg. v. Rüegg, Walter u. a., München 1993. Für die deutsche Situation seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert als bis heute diskussionswerter Überblick schon McClelland, Charles E., State, Society, and University in Germany 1700–1914, Cambridge u. a. 1980.

<sup>24</sup> Turner, Research Imperative, 1973 verweist aber darauf, dass die Verfallsthese zeitgenössisch nicht unbestritten war.

und in der Vergabe der Zertifikate nahezu beliebig, wenn nur die Einnahmen stimmen, im Alltag des Studiums und der Studenten von höchst problematischer Lebensform, zudem mit Studenten beschäftigt, die für die Aufnahme von Studien kaum hinreichend qualifiziert sind und auch eigene Interessen jenseits des Kompetenzerwerbs haben. Der „Zunftgeist“ der hergebrachten Universitäten stärkt und stabilisiert diese problematische Lage und in der Kritik dieses Zunftgeistes sind sich die frühen, von der Aufklärung beeinflussten Kritiker der Universität durchaus einig mit den späteren Programmen einer Neuordnung der Universität und der Wissenschaften, wie sie im Umkreis idealistischer Philosophie von Göttingen über Jena bis Erlangen und dann in den Berliner Planungen entstehen.

Die zweite Krisendiagnose gilt nicht nur den Wissenschaften, sondern Staat und Gesellschaft, Ökonomie, Kultur und Politik im Ganzen. „Kritik und Krise“<sup>25</sup>, das Begriffspaar zur Charakterisierung der historischen Funktion der Aufklärung, ihrer Stärken und ihrer Schwächen, der politischen und ökonomischen, rechtlichen und wissenschaftlichen, kommunikativen und sozialen Anlässe und Ambitionen, die sich damit verbinden, bezeichnen diesen Referenzraum.<sup>26</sup> Die Universitäten und das gesamte Bildungswesen werden dabei nicht nur als Feld der Krisen, sondern auch als institutioneller Referenzraum der Krisenbearbeitung gesehen. Wobei in der bildungs- und universitätshistorischen Konzentration auf Fragen der Bildungsreform leicht übersehen wird, dass im Reformdiskurs der Öffentlichkeit nach 1806 die Fragen von Schulen und Universitäten allenfalls bei den betroffenen Spezialisten, aber nicht in gleicher Breite und Intensität in der Öffentlichkeit Beachtung finden.<sup>27</sup> Wissen und Wissenschaften, neues Wissen und neue Wissenschaften gelten als die kognitive Referenz, besser qualifizierte Absolventen der Universitäten und besser qualifizierte Hochschullehrer als das wesentliche Medium der Transformation von Wissen in den Alltag der Gesellschaft. Nicht allein der Wissensbedarf ist also neu, es besteht auch Bedarf an der Qualifizierung und Prüfung des Wissens, und zwar sowohl im Blick auf seine theoretische Geltung und damit auf den Anspruch des Wissens als Wissenschaft, als auch im Blick auf seine Nutzung im gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Kontext. Die Formen der Institutionalisierung, mit denen dieser Bedarf an Wissen und an neuer Kompetenz befriedigt werden könnte, sind im ausgehenden 18. Jahrhundert aber nicht einfach und konfliktfrei gegeben, sie müssen ge-

---

<sup>25</sup> Die Anspielung gilt natürlich Koselleck, Reinhart, *Kritik und Krise. Zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (1959), Frankfurt a. M. 1973 und dem Kontext der Debatten, die er ausgelöst hat.

<sup>26</sup> Statt uferloser Literatur: Einen knappen, aber schon bildungshistorisch kontextualisierten Überblick über die Epoche bietet Stollberg-Rillinger, Barbara, *Einleitung. Politische und soziale Physiognomie des aufgeklärten Zeitalters*, in: *18. Jahrhundert. Vom späten 17. Jahrhundert bis zur Neuordnung Deutschlands um 1800*, hrsg. v. Hammerstein, Notker/Herrmann, Ulrich, München 2005, S. 1–32 (*Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. II) sowie dort für die Universitäten Hammerstein, Notker, *Universitäten*, S. 369–400.

<sup>27</sup> Herrmann, Ludger, *Die Herausforderung Preußens. Reformpublizistik und politische Öffentlichkeit in Napoleonischer Zeit (1789–1815)*, Frankfurt a. M. u. a. 1998.

sucht werden, so dass auch „Pädagogik“ ein zentrales Thema auf allen Ebenen der Institutionalisierung von Wissens- und Kompetenzkonstruktion wird.

Dabei zeigt das „Pädagogische Jahrhundert“<sup>28</sup> von Beginn an auch, dass diese Suche nach Wissen und Kompetenz als Indikatoren für „Aufklärung und Bildung“ des Menschen und Bürgers nur im Konflikt der Interpretationen und Konzepte präsent ist. Die Philanthropen, engagierte Aufklärer, sehen in ihrer Pädagogik und in ihren Konstruktionen des Bildungssystems nämlich durchaus die Möglichkeit, Nützlichkeit und Verwertbarkeit von Qualifikation mit der Eigenlogik von Lernprozessen verbinden zu können. Die Kritiker solcher Ideen, die sich schon im ausgehenden 18. Jahrhundert in der Philosophie von Tübingen bis Jena finden, aber auch in der Literatur, etwa in Schillers Briefen über die „ästhetische Erziehung“, oder in erziehungskritischen, wenngleich selbst eminent pädagogischen Programmschriften, etwa in Rousseaus „Emile“, stilisieren dabei zum unauflösbaren Konflikt, was die Aufklärer für vereinbar halten: „Bildung und Brauchbarkeit“, „Gesellschaftlichkeit und Individualität, Beruf und Menschlichkeit.“

Die Bildungsreformen, die europaweit seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert ins Werk gesetzt oder auch nur propagiert werden, beziehen sich ebenfalls auf diese Themen, sie beziehen sich auch auf die damit bezeichneten Spannungen und Konflikte in den normativen und ideologischen, institutionellen, politischen und gesellschaftlichen Referenzen. Wie immer die Lösungen aussehen, auch für die Universität, ihre Funktion und Gestalt, das Bild von Wissen, das sie vermitteln, die Form der Qualifizierung, die sie dem Wissen angedeihen lassen, damit es als Wissenschaft soll auftreten können, auch die Ausbildungsfunktion, die man ihr zuschreibt, kann man deshalb in aller Varianz als differente Lösungsvorschläge zur Bearbeitung der Themen sehen, die im ausgehenden 18. Jahrhundert für alle gemeinsam auf der bildungspolitischen und reflexiven Agenda stehen. Und zu den gemeinsamen, um 1800 schon präsenten Themen der deutschen Debatte zählt auch bereits Forschung, und nicht allein in den Naturwissenschaften. Der Geist der Beobachtung war nämlich nicht nur in Frankreich gerühmt worden<sup>29</sup>, die epistemische Zäsur hatte selbst in Deutschland und in den Humanwissenschaften ihre Apologeten und überzeugenden Vertreter, dann auch in

---

<sup>28</sup> Eine schönen Einblick in die verzweigte Forschung über „Aufklärung“ im bildungshistorischen Kontext insgesamt, nicht primär universitätszentriert, geben jetzt die Analysen von Schmitt, Hanno, Vernunft und Menschlichkeit. Studien zur philanthropischen Erziehungsbewegung, Bad Heilbrunn 2007. Für die Universitäten vergleichbar nützlich sind die Veröffentlichungen von Notker Hammerstein: Universitäten und Aufklärung, hrsg. v. Hammerstein, Notker, Göttingen 1996; ders., Res publica litteraria. Ausgewählte Aufsätze zur frühneuzeitlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Berlin 2000 sowie ders., Aufbruch in Reformen: Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft, in: Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910, hrsg. v. Bruch, Rüdiger vom, unter Mitarbeit von Müller-Luckner, Elisabeth, München 2010, S. 3–19.

<sup>29</sup> Moravia, Sergio, Beobachtende Vernunft. Philosophie und Anthropologie in der Aufklärung, (1970) Frankfurt a. M. 1989.

Preußen und z. B. beim Mitglied der Berliner Akademie der schönen Künste Karl Philipp Moritz und seiner „Erfahrungsseelenkunde“.<sup>30</sup>

Universitätsreformen sind deshalb kein exklusives Berliner Thema, sie sind nicht einmal zuerst, trotz Halle im späten 17. Jahrhundert und ungeachtet der Kantischen Streitschrift über die Rangordnung und die Differenz der Fakultäten, zuerst und allein ein preußisches oder gar nur deutsches Thema.<sup>31</sup> Zentrale Fragen der Universitätsreform, z. B. die Abgrenzung zu den Gymnasien, die Qualitätskriterien für die Lehre, die Besoldung der Professoren, die Abhängigkeit vom Staat, werden außerhalb Preußens, vor allem auch unter der französischen Besatzung in modernisierender Absicht bereits behandelt<sup>32</sup>, bevor die Berliner konkret mit ihrer eigenen Gründung beschäftigt sind. In Göttingen oder Jena finden sich auch Vorläufer neuer Universitäten, die zugleich institutionell und reflexiv sowie, durch die Einbettung in einen kulturellen und politischen Kontext, sehr viel früher auch realisiert sind als die Berliner Pläne, und die nicht zuletzt z. B. für Humboldt persönlich inspirierende Vorbilder darstellen.

Die großen Ideen, denen sich die Berliner „Grundschriften“ zuordnen und thematisch einordnen lassen, sind auch schon öffentlich geworden, bevor man in Berlin seit 1809 zur Tat schreitet. Selbst die lokale Zuordnung der „Grundschriften“ und ihre Verbindung mit dem Berliner Reformprozess ist nicht immer zwingend. Die „Wissenschaftslehre“ z. B. oder seine Analysen über die Rolle des Gelehrten, selbst Überlegungen zur institutionellen Neuordnung der Universität hatte Fichte u. a. in Jena oder Erlangen bereits vorgetragen, bevor er in Berlin erneut tätig wird (und seine alten Papiere für von Beyme reaktiviert).<sup>33</sup> Die retrospektiv zu „Grundschriften“ stilisierten Texte erfinden also weder die Themen neu noch sind ihre Antworten exklusiv. Sie stehen vielmehr in dieser Traditionslinie, sie beziehen sich

---

<sup>30</sup> Das entscheidende Dokument ist das Magazin zur Erfahrungsseelenkunde, hrsg. v. Moritz, Karl Philipp, Berlin 1783–1793. Für den Kontext der Humanwissenschaften und für die weitere wissenschaftsgeschichtliche Zäsur schon Lepenies, Wolf, Das Ende der Naturgeschichte. Wandel kultureller Selbstverständlichkeiten in den Wissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1976. Für die Rolle Göttingens in den Humanwissenschaften Marino, Luigi, Praeceptores Germaniae. Göttingen 1770–1820, Göttingen 1995, wissenschaftstheoretisch und methodologisch – jetzt für die Naturwissenschaften – Daston, Lorraine/Galison, Peter, Objektivität. Frankfurt a. M. 2007.

<sup>31</sup> Diesen außerpreußischen Kontext der Veränderungen im Selbstverständnis der Universität und ihrer Landesherrn, in der Organisation der Hochschulen und in der Rekrutierung der Studenten, auch die Konkurrenz zu den Gymnasien, zeigt für Marburg, Heidelberg und Tübingen z. B. Cobb, James Denis, The Forgotten Reforms. Non-Prussian Universities, 1797–1817, Madison 1980. Für den weiteren europäischen Kontext aufschlussreich auch Kraus, Hans-Christof, Die Gründung der Universität Berlin im Kontext der allgemeinen Bildungsentwicklung um 1800, in: Krise, Reformen – und Kultur. Preußen vor und nach der Katastrophe von 1806, hrsg. v. Holtz, Bärbel, Berlin 2010, S. 171–190.

<sup>32</sup> Eine Übersicht dazu, die auch die je lokale Varianz zwischen seinen bevorzugt analysierten Hochschulorten sichtbar macht, v. a. bei Cobb, The Forgotten Reforms, 1980.

<sup>33</sup> Sein Plan für Erlangen, die „Ideen für die innere Organisation der Universität Erlangen“, datiert von 1805/06, wurde damals, als Erlangen ja zu Preußen gehörte, für Hardenberg geschrieben (Abdruck in: Johann Gottlieb Fichte's nachgelassene Werke, hrsg. v. Fichte, Immanuel Hermann, Band 3, Bonn 1835, S. 275–294).

explizit darauf, z. B. in Fragen der Universitätsverfassung oder der Einteilung in Fakultäten, wie es auch die Berliner Beobachter einräumen<sup>34</sup>, und sie werden ihrerseits als Teil dieser kritischen Auseinandersetzung mit der Tradition der Universität selbst schon kritisch erörtert. Savignys Rezension von Schleiermachers „Gelegentliche Gedanken (...)“ von 1808 dokumentiert das nachdrücklich.<sup>35</sup>

Die Programmtexte, wie sie für diese Themen und im Umkreis der Universitäten entstehen, verlangen deshalb auch zuerst eine Interpretation im Prozess und vor dem Hintergrund dieses Kontextes, nicht nur im Blick auf Berlin und 1810. Das gilt auch für die Universitätspläne. Es führt nur zu einer Schein-Bestätigung der „Grundschriften“, wenn man sie als die vermeintlich sachlich, wegen der Wissenschaften, oder philosophisch, wegen der Bildung des Menschen, oder strukturell, wegen der Verfassung der Universität, bis heute auch allein dem Thema der Universitäten angemessene Texte versteht. Es verstellt auch den Blick auf die historische Situation, wenn man die Vorgeschichte der Berliner Universität als eine Geschichte liest, die sich allein vom Ergebnis her retrospektiv und d. h. als Weg hin zu der in Berlin oder zu der von Humboldt oder zu der in den „Grundschriften“ dargestellten Lösungen lesen, begründen und rechtfertigen lässt. Erst dann wird man diesen Prozess – fälschlich – auch als „Scheitern“ qualifizieren, weil die unterstellte Idee und die Realität der Universität nicht zur Deckung kommen; aber man hat damit doch nur in einer Vorwegnahme die Geschichte der Universität zu Berlin mit den sie scheinbar begründenden Programmschriften gleichgesetzt und normativ beobachtet, was historisch sich anders darstellt.<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Köpke, Gründung, 1860, S. 139f., Anm. 29 gibt eine ausführliche bibliographische Übersicht über die deutschsprachige Universitätsdebatte.

<sup>35</sup> Savigny, Karl Friedrich, Rezension von: F. Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Berlin 1808, in: Müller, Gelegentliche Gedanken, 1990, S. 259–266. Die kritisch-eigenständige Haltung gegenüber Schleiermachers Thesen dokumentieren vielleicht noch deutlicher Savignys Briefe, wenn er z. B. in einem Brief an Jacob Grimm vom 14. Juli 1808 über Schleiermachers Buch sagt: „Ich hätte noch vieles darüber sagen mögen, wenn ich Zeit gehabt hätte, mit meinen Zweifeln und Gedanken ins Reine zu kommen. So kam es mir hauptsächlich darauf an, die wirklich sehr brave und wahrhaft deutsche Würdigung des Charakteristischen unserer Universitäten herauszuheben und hier und da zu vervollständigen ... Was mir an dieser Schrift am meisten zuwider, obgleich nicht ganz klar ist, geht mehr das wissenschaftliche überhaupt als die Universitäten an: es ist eine philosophische Einseitigkeit, die immer auf ein engherziges Verkennen vieles Vortrefflichen führt. In seiner Ansicht haben die unendlich mannigfaltigen Formen, in welche sich der wahrhaft erfindende, ja selbst der philosophische Geist gestaltet, nicht Raum, er ehrt nicht genug die Individualität, was mit seiner ganzen Ansicht der Wissenschaft als eines gleichsam Gefundenen oder doch leicht zu findenden und allgemein (wenigstens von derselben Nation) zu besitzenden zusammen hängt.“ in: Stoll, Adolf, Der junge Savigny. Kinderjahre, Marburger und Landshuter Zeit Friedrich Karl von Savignys, Berlin 1927, S. 332–334, zit. S. 333f., sowie erneut – 26. 12. 1809 – an Jacob Grimm, „Wohl haben Sie Recht, daß der historische Teil bey Schleiermacher gar schwach ist.“; zit. S. 399.

<sup>36</sup> In der bildungsphilosophisch grundierten Geschichtsschreibung wird eine solche Lesart kultiviert, z. B. in der umfassenden Studie von Menze, Clemens, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover (usw.) 1975, und zum „Scheitern“, S. 337, oder bei Borsche, Tilmann, Wilhelm von Humboldt, München

Die nach 1810 in der Universität zu Berlin gefundene Lösung für die Ordnung des Wissens und der Wissenschaft, ihre Konstruktion, Nutzung und Verbreitung, so dagegen die hier vertretene These, ist historisch kontingent, allein vor dem Hintergrund spezifischer – politischer, administrativer, gesellschaftlicher – Mechanismen der Selektion zu verstehen, im Prozess keineswegs alternativenlos und deshalb bis heute vermeintlich sachlich nicht überboten oder gar philosophisch nicht überbietbar. Die Form, in der nach 1810 mit der Neuordnung der Universitäten, in der Bildungsreform und dann auch mit der Einrichtung der Universität zu Berlin der Bedarf an Wissen und Wissenschaft, an professioneller Kompetenz und institutionellen Formen ihrer Konstruktion gefunden und auf Dauer gesetzt wird, stellt vielmehr eine preußische Besonderheit dar<sup>37</sup> – der es allerdings danach gelingt, sich zum universal brauchbaren Modell zu stilisieren (das ist ein eigenes Thema). Zunächst aber ist die allmähliche Konstruktion dieser preußischen Lösung zu zeigen, die Optionen, die es im historischen Prozess reflexiv und institutionell gab, und die Formen der Selektion, die dazu führen, dass sich eine Lösung – exemplarisch jetzt in Berlin und für die Universitäten – durchsetzt, die weder von Anfang an selbstverständlich war noch in ihren eigenen Handlungsmustern unproblematisch. Vor allem, sie entgeht schon gar nicht dem Konflikt von „Bildung und Brauchbarkeit“, Wissenschaft und Berufsqualifizierung, Staat und Zivilgesellschaft, den die kontroversen Debatten des ausgehenden 18. Jahrhunderts schon für die Organisation von Bildung und Wissenschaft in der Gesellschaft diskutiert und als Problem gesehen haben. Man kann die Lösung vielmehr als Versuch verstehen, mit den Konflikten und Spannungen organisatorisch und im Prozess umzugehen, die zeitgenössisch schon gesehen wurden, als Form der Entparadoxierung also, wie das bereits für die Aufklärung typisch ist und für die Moderne bei vergleichbar komplexen Aufgaben charakteristisch wird.

### „Aufklärung und Bildung“ – Wissensbedarf und die Funktion einer Universität zu Berlin

Der Beginn der Arbeit an den Problemen ist, in Berlin, eher universitätskritisch, und zwar in der öffentlichen Debatte genauso wie in der Bildungsadministration. Der Berliner Schulmann Friedrich Gedike (1754–1803) z. B., einer der besten Kenner des preußischen Bil-

---

1990, bes. S. 57–64, der allein auf Humboldt-Texte gestützt erst die Realität einer diesen Texten vermeintliche entsprechenden Bildungsreform unterstellt und dann ihr rasches Scheitern nach 1810 konstatiert.

<sup>37</sup> Ohne dass ich es deswegen den „preußischen Sonderweg“ und die Lösung in Berlin eine „Kuriiosität“ nennen würde, wie in seinem sonst sehr lesenswerten Beitrag Schubring, Gert, *Spezialschulmodell versus Universitätsmodell: Die Institutionalisierung von Forschung*, in: *„Einsamkeit und Freiheit“ neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts*, hrsg. von Schubring, Gert, Stuttgart 1991, S. 276–326, zit. S. 279.

dungswesens und ein engagierter Reformers der höheren Schulen und des Lehrerstandes<sup>38</sup>, sieht die Möglichkeiten der Universität, generell und dann auch für Berlin, zunächst sehr kritisch, dann aber mit Optionen, die so ungewöhnlich wie überraschend sind. Im Zentralorgan der Berliner Aufklärer, der „Berlinischen Monatsschrift“, formuliert er in Beiträgen „Ueber Berlin. Von einem Fremden“ das „Lob der praxisorientierten Gelehrsamkeit“ und preist die „Vorteile des Fehlens einer Universität“ – wie der Herausgeber in der späteren Edition die These resümiert.<sup>39</sup> Gedike rühmt zunächst das intellektuelle Profil Berlins – „zugleich Athen an Geist (...), dabei voll Mut, wie Sparta war“ –, nennt unter deutlicher Anspielung auf Karl Philipp Moritz für diese herausragende intellektuelle Kultur die „Schulmänner von Gelehrsamkeit und richtigen Einsichten in Psychologie und Pädagogik“, und sieht weiter in Berlin ein akademisch und intellektuell breit bestelltes Revier: „Dramatiker, Chemiker, Astronomen, Naturhistoriker, Geschichtsforscher. Ärzte, Rechtsgelehrte, Politiker, Staatsmänner, Mineralogen, Botaniker, Dichter, Anatomen, Mathematiker, Wundärzte, Philologen; die ganz Deutschland verehrt, von denen Europa lernt und die in ihren Fächern sonst kaum ihresgleichen haben.“ Aber die stolze Sicht auf die Stadt mündet in den Satz und Ausruf: „Und dieser Ort – Heil ihm! – hat keine eigentliche Universität, so wenig wie Athen in seinen blühenden Zeiten.“

Lobenswert erscheint ihm das Fehlen der „eigentlichen Universität“, also der Universität als Institution, weil damit kein Defizit für die *universitas* des Wissens verbunden ist, im Gegenteil. „Die Wissenschaften“, so Gedike, sind „hier nicht das Gewerbe eines Standes, sie beschäftigen mehrere Menschen und jeder einzelne Mensch beschäftigt sich mit mehreren.“ Glücklicherweise sei Berlin aber vor allem deswegen, weil es damit die „Übel“ der Universitäten – die Gedike, zumal in ihrer protestantischen Form durchaus schätze, ja von denen er z. T. „entzückt“ (S. 464) sei – alle nicht habe, „die den ruhigen, unparteiischen Zuschauer anderwärts beleidigen“: „der kleine Neid der Gelehrten unter sich, die niedrigen Kunstgriffe einander zu verdrängen oder gar zu stürzen; die heimlichen schändlichen Kabbalen, all dergleichen hat hier keine Veranlassung.“ (S. 465) Denn für den Aufklärer steht fest. „Wahre, dem Menschengeschlecht nützliche Kenntnisse können nie ihren Nutzen erreichen, wenn sie nur das Eigentum weniger Gelehrten sind.“ In Berlin sei nicht nur die Beteiligung an Wissenschaft offen, hier lebten auch „fast gar keine Gelehrten ... als bloße Gelehrte“, schon weil sie allein vom Gelehrtendasein nicht leben können und sich deshalb

---

<sup>38</sup> Zu seiner Rolle in der Bildungsgeschichte des ausgehenden 18., frühen 19. Jahrhunderts, allerdings ohne seine Universitätsthesen zu würdigen, jetzt Friedrich Gedike (1754–1803) und das moderne Gymnasium. Historische Zugänge und aktuelle Perspektiven, hrsg. v. Tosch, Frank, Berlin 2007.

<sup>39</sup> Vgl. 15. Brief, in: Berlinische Monatsschrift III (1784) 1, S. 463–475, Mai 1784; S. 463, auch abgedruckt in: Friedrich Gedike über Berlin. Briefe „Von einem Fremden“ in der Berlinischen Monatsschrift 1783–1785. Kulturpädagogische Reflexionen aus der Sicht der ‚Berliner Aufklärung‘, hrsg. v. Scholtz, Harald, Berlin 1987, S. 78–82, dort vom Herausgeber die zitierten Titel kursiv eingefügt. Die Quellennachweise hier im Text beziehen sich auf die Originalpaginierung der ‚Berlinischen Monatsschrift‘, die auch im Netz zugänglich ist.

über den engen Kreis eines akademischen Berufs hinaus bilden und betätigen müssen und über Erfahrungen anders reden können, damit „endlich die Wahrheit, der freie Untersuchungsgeist und die allgemeine Aufklärung dadurch gewinnen.“ (S. 468)

Der folgende 16. Brief<sup>40</sup> bekräftigt diese Position der „allgemeinen“, also nicht professionell oder institutionell exklusiv zurechenbaren Wissenschaft: „Ein Gelehrter ist hier nicht ein so seltenes Wundertier, daß die neue Erscheinung eines solchen alles in Aufruhr brächte“ (S. 469). Hier fände „der wahre Gelehrte (...) wahre, ungeheuchelte Achtung bei allen Männern von Verstand und Aufklärung“ (S. 470) – und zum Vorteil der Gelehrten selbst, die z. B. „an Lebensart und Anstand“ lernen, u. a. dadurch, dass sie auch „von den Maschinen [sic, H.-E. T.] kennen, durch die das große Ganze unsrer politischen Welt regiert wird“. Es ist der Begriff einer „gemeinnützigen Wissenschaft“ (S. 473) und der „wahren Aufklärung“, der hier gelobt wird, und aus der sich Gedike auch die öffentlichen Vorlesungen wünscht, und zwar für „Zuhörer aller Stände und jeden Alters“ (S. 473). Wissenschaft als gesellschaftlich allgemein verfügbare Kompetenz, nicht institutionell oder zünftlerisch abgesondert, das ist sein Bild, also eine Universität in einem anderen Sinne, nämlich als universale und allen zugängliche Präsenz von Wissen.

Später im Jahrgang 1784, im 25. Brief<sup>41</sup>, kann sich Gedike dann doch „eine eigentliche Universität“ in Berlin vorstellen, auch als Organisation. Er sieht zwar keinen großen Bedarf für eine weitere Universität in Preußen nach Königsberg, Halle und Frankfurt. Aber er empfiehlt die beiden letzteren zusammenzulegen und dann an eine Gründung in Berlin zu denken. Gedike nimmt insofern Bedarfsargumente ebenso auf wie die Verbindung von Frankfurt mit einer anderen Universität (wie das später im Blick auf Breslau geschieht). Sorgen machen auch ihm – wie der gesamten Diskussion, auch nach 1808 – die „Sitten auf den Universitäten“ und dann in Berlin, vor allem für „alle Jünglinge vom Lande und aus kleinen Städten“ (S. 462); denn man könne ja nicht sagen, dass sie in der großen Stadt nur „an Feinheit der Sitten, an Weltkenntnis, an Einsicht in die Verhältnisse des Staates, dem sie einst dienen sollen ... gewinnen“ (S. 462).

Aber Gedike dementiert sein Eingangsplädoyer nicht, plädiert allerdings für „verschiedene Universitäten“, für den Gelehrten andere als für den gebildeten Bürger: „der praktische Weltmann ist von dem theoretischen Gelehrten ganz verschieden“ (S. 463). Und dann zieht er aus dieser Unterscheidung und dem gesellschaftlich unterstellten Bedarf die doch überraschende Konsequenz: „die Universität in der Provinz sei die gelehrtere, die in der Hauptstadt die praktischere. Jene (...) für den künftigen eigentlichen wahren Gelehrten (...) in der Hauptstadt aber muß man auch schon zu allen praktischen Geschäften gebracht

---

<sup>40</sup> Berlinische Monatsschrift III, 1784, S. 469–475, in: Ed. Scholtz, S. 82–86. Die Zitate sind am Original überprüft, schon weil Scholtz gelegentlich Worte des Originals bei einem aktuell scheinbar fremden Wortgebrauch austauscht.

<sup>41</sup> Berlinische Monatsschrift IV, 1784, S. 461–471, in: Ed. Scholtz, S. 134–140.

werden können.“ Für die Emeriti der gelehrten Provinzuniversitäten soll die Hauptstadt schließlich noch den „nicht ganz untätigen Hafen (...) die Akademie der Wissenschaften“ anbieten (S. 465). Ein „Teil einer wahren Universität“ sei im Übrigen schon da, in der Lehre der „medizinischen Fakultät“ und mit den „Medizinalanstalten“ (S. 466), und zum Glück gebe es keine Ritterakademie oder Schulen für den Adel („solche nicht bloß unnützen, sondern auch schädlichen Institute“).

Der Bedarf an Wissenschaft und ihrer Institutionalisierung in Berlin wird von Gedike also primär gesellschaftlich und politisch definiert, hier sieht er die Defizite der überlieferten Universität und des überlieferten Selbstbildes des Gelehrten. Mit solchen Defizitzuschreibungen und Erwartungen steht Gedike auch in Berlin nicht allein. Im Hintergrund von Gedikes Anspielung auf die Medizinalanstalten werden Referenzen auf die Universität sichtbar, die sich z. B. mit der Amtszeit des Ministers Julius Eberhard von Massow (1750–1816) verbinden, der von 1798–1806 als Nachfolger Wöllners Justizminister war und insofern auch die Bildungsangelegenheiten verwaltete.<sup>42</sup> Auch er ist gegenüber den Universitäten höchst skeptisch, nennt sie z. B. verächtlich „die anomalen Universitäten“. Sie gelten ihm als „anomal“, weil sie nicht wirkliche „Professionsschulen“ sind<sup>43</sup>, wie sie sein Plan der „Nationalerziehung“ vorsah, also eindeutig als Fachschulen für die künftigen Staatsdiener ausgewiesene Einrichtungen, aus denen die Forschung ausgelagert ist. Das gilt bis heute als Ausdruck eines rein utilitaristischen und auf den Beruf reduzierten Denkens, Massow selbst wird von der Berliner Universitätsgeschichtsschreibung entsprechend auch wenig geachtet. Köpke nennt seine Pläne „dürftig“<sup>44</sup>, vor allem seine enge Bindung der Universitätsreform an die Erwartungen des Staates und der Kirchen stellten pures Nützlichkeitsdenken dar, die Präferenz für eine fachschulische Ordnung der Universitäten stoßen auf Ablehnung. Auch Massows Annahme, dass die medizinischen Einrichtungen in Berlin schon eine Universität darstellen, und zwar in Forschung und Lehre<sup>45</sup>, und deshalb als Nucleus einer Erweiterung zu einer Universität genutzt werden könnten, schon weil sie auch allgemeinbildende, d. h. geistes- und naturwissenschaftliche Lehre anbieten, werden wenig diskutiert.

Massows Fachschulpläne – und damit die Zuordnung von Universitäten zu akademischen Berufen – kehren aber 1802 wieder, in einem Plan, den Karl Friedrich von Beyme

---

<sup>42</sup> Massow wird in der bildungshistorischen Literatur und in der Universitätsgeschichtsschreibung allenfalls am Rande gewürdigt und meist rasch abgewertet. Für seine Überlegungen – auch im Verweis auf die ältere Literatur – jetzt um eine gerechte Würdigung bemüht ist Jeismann, Karl Ernst, *Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft*, Bd. 1, 2. Aufl., Stuttgart 1996, bes. S. 183–197, sowie umfassend Schneider, Manfred, *Julius Eberhard Wilhelm Ernst von Massows Beitrag zur Bildungsreform in Preußen (1770–1806)*, Frankfurt a. M. u. a. 1996, zu den Universitätsüberlegungen seit 1787 bes. S. 352–368.

<sup>43</sup> Lenz, *Geschichte*, 1910, Bd. 1, S. 37.

<sup>44</sup> Köpke, *Gründung*, 1860, S. 16, das Zitat Massows S. 12.

<sup>45</sup> In Gutachten der daran beteiligten Mediziner Hufeland und Reil werden aber schon die kontroversen Optionen zwischen Forschung und praxisbezogener Medizinerausbildung sichtbar (vgl. Lenz, *Geschichte*, 1910, Bd. 1, S. 51ff. sowie für die Fortdauer der Kontroverse Tenorth, *Studenten*, i. d. Bd.).



Karl Friedrich von Beyme  
(1765–1838)



Abb. 2  
Johann Gottlieb Fichte  
(1762–1814)



Johann Jakob Engel  
(1741–1802)

(1765–1838) vorlegt. Beyme wird schon bei Lenz und zu Recht als einer der zentralen Vor-  
denker und Planer einer Universität zu Berlin dargestellt.<sup>46</sup> Er war seit 1798 Kabinettsrat  
bei Friedrich Wilhelm III., 1808–1810 Justizminister, wird aber 1819 mit Humboldt und  
Boyen wegen Opposition gegen Hardenberg und dessen verfassungspolitische Pläne ent-  
lassen. Beyme erhält zweimal den Auftrag, eine Universität zu gründen, 1802 und nach  
1806. Einen ersten Plan hatte er 1802 bei Johann Jakob Engel (1741–1802) bestellt, der ihn  
1802 auch vorlegte.<sup>47</sup> Engel, u. a. Professor am königlichen Joachimsthalschen Gymnasium,  
argumentiert ebenfalls zum einen im Blick auf Berlin und dann sehr lokal, zum andern  
generell universitätsbezogen und dann sehr kritisch: Der Kern seiner lokalstolzen These  
besagt, Berlin habe schon alle Einrichtungen, die man braucht, um kostengünstig eine Uni-  
versität einzurichten (S. 12f.<sup>48</sup>) und damit auch den Gewinn zu erzielen, den eine Stadt von  
einer „großen Lehranstalt“, wie er explizit und abgrenzend gegen die Universitäten sagt,  
haben kann. Studenten, die den Umsatz in der Stadt steigern, weil sie dort Berufsausbildung  
suchen (wie schon jetzt in der Medizin und im collegium medico-chirurgicum), würden  
hier „mehr als an jedem andern Ort des Landes“ lernen, zugleich auch „besser lernen“ kön-  
nen (S. 6) und zudem bessere Chancen zum Nebenerwerb haben als in kleineren Städten  
(S. 12). Daneben könne man Gewinn für den Staat erwarten, und zwar unmittelbar durch

<sup>46</sup> Ebd., S. 24–147, zeichnet ihn als den nach Planungsideen und administrativ-politischem Einsatz kongenia-  
len Vorgänger Humboldts.

<sup>47</sup> Denkschrift über die Begründung einer großen Lehranstalt in Berlin (13. März 1802), in: Müller, Gelegent-  
liche ..., S. 6–17 (unter dem Titel: „Von den Vorzügen einer großen Lehranstalt in Berlin“ auch in Köpke,  
Gründung, 1860, S. 147–153), zum Datierungsproblem und zur Korrektur an Köpke vgl. Lenz, Geschichte,  
1910, Bd. 1, S. 35f. und Anm. 1.

<sup>48</sup> Seitenachweise nach dem Abdruck bei Müller, Gelegentliche Gedanken, 1990, in Klammern im Text.

die Erweiterung des Humankapitals, wie man sein Argument durchaus übersetzen darf (S. 10), und mittelbar „nebenher“, durch die Anwerbung ausländischer Studenten aus ganz Europa, die dann nach der Rückkehr durch ihre Erfahrungen in Berlin in einem positiven Sinne an Preußen denken (S. 10f). Bis in Humboldts Anträge an den König wird man dieses Argument wiederfinden, dass die ausländischen, also außerpreußischen Studenten, europäisch oder deutsch, ein eigenes Potential der Rekrutierung wie der Mehrung des preußischen Ruhms darstellen werden.

Engel argumentiert andererseits höchst universitätskritisch, denn von allen hergebrachten Rechten und Privilegien, Ritualen und Lebensformen oder Mustern von Prüfung und Zertifizierung hält er wenig (S. 14ff.). Zur Qualitätssicherung sei es besser, wenn der Staat die Prüfungen abnimmt, die Gerichtsbarkeit solle man dem Kammergericht überlassen und nähme damit Streit aus der Universität heraus, akademische Würden mag sich ein jeder, „der Lust dazu hätte, auf den sogenannten Universitäten suchen“ (S. 15), „Juristen (...) Landpfarrer (...) Prediger“ würden dadurch in der Wahrnehmung ihres Amtes nicht besser. „Das Disputieren“ schließlich sei „in tiefen Verfall geraten“, „eigene Hörsäle“ dafür „zu bauen, wäre immer der Mühe nicht wert“; „einen Rektor mit seiner eingebildeten hohen Würde“ brauche man auch nicht (S. 15). Man dürfe jedoch die universitären Gremien auch nicht durch die Mitwirkung von „Rektoren niederer Schulen“ (S. 16) abwerten, weil sonst die „Gelehrsamkeit“ als Prinzip beschädigt wird. Allerdings brauche man einen „Aufseher“ (S. 16), wofür er die Einrichtung des Amtes eines „Kurators“ empfiehlt – und der Göttinger Universitätsgründer Münchhausen schwebt ihm als Vorbild vor. Berlin braucht auch für Engel eine „höhere Lehranstalt“, indes professionsbezogen und staatlich kontrolliert, aber keine Universität im alten Sinne.

Kritiker der alten Universitäten finden sich auch nach Engel, bedenkt man, dass selbst der Freiherr vom Stein höchst abwertend über die Präsenz einer Universität zu Berlin gedacht hat, vor allem wegen der drohenden Sittenlosigkeit, wie man einem Brief an Wolf entnehmen kann: „Bedenken Sie doch nur, wie viele Bastarde das hier jährlich geben würde“, sagt er ganz deutlich.<sup>49</sup> Weder Stein noch Gedike oder Massow und Engel erzeugen aber große Folgen mit ihren Schriften, weil der Staat, so rekapituliert Lenz mit Schleiermacher retrospektiv, „kein Bedürfnis hatte zu einer großen, universitätsartigen Lehranstalt“<sup>50</sup> und offenbar auch nicht an einer ‚Universität‘ als Gesamtheit des Wissens für „Aufklärung und Bildung“, die Gedike im Sinn hatte. Die Universitätsdebatte für Berlin bleibt aber akut und sie findet seit 1806 andere Abstoßpunkte, dann ausgelöst durch Preußens Niederlage und den Verlust Halles.

---

<sup>49</sup> Stein an F. A. Wolf, hier zit. nach Köpke, Gründung, 1860, S. 49.

<sup>50</sup> Lenz, Geschichte, 1910, Bd. 1, S. 35, Anm. 1.

## Wissen, Wissenschaftslehre und die Funktion des Gelehrten

Beyme ist auch dann dank eines königlichen Auftrags zur Universitätseinrichtung mit im Spiel, und durch ihn und die Denkschriften, die er fordert, sowie durch die Gelehrten, die er beteiligt<sup>51</sup>, bleibt auch das Konzept offen, denn nach wie vor wird auch über „höhere Lehranstalten“ gesprochen, freilich nicht mehr in Engels Sinn. Es ist zunächst Fichte, der auf Anfrage von Beyme ins Spiel kommt, der auch den Begriff der „höheren Lehranstalt“ weiter nutzt und in einem neuen Sinne auflädt. Fichtes „Deducierter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höhern Lehranstalt, die in gehöriger Verbindung mit einer Akademie der Wissenschaften stehe“<sup>52</sup> geht von einer scharfen Kritik der alten Universitäten aus, die dem Stand des Wissens und der Wissenschaft im Modus ihrer Arbeit nicht mehr entsprächen. Er konzipiert seine höhere Lehranstalt vollständig neu, und zwar als „eine Schule des wissenschaftlichen Verstandesgebrauchs“, d. h. als nichts weniger denn die genuine Praxis der Vernunft selbst, natürlich als Philosophie (S. 63). Fichte behandelt von seiner hohen Warte aus dabei alle Themen, die der Universitätsdiskurs kennt, die Ordnung des Wissens, samt der Unterscheidung der apriorischen und der empirischen Teile der Wissenschaft, sowie die Ordnung der Fakultäten, die unterschiedliche Referenz auf Gelehrsamkeit und Wissenschaft oder auf Ausbildung und Beruf, die Rolle der Lehrenden wie der Studenten. Fichte gibt den Themen aber eine Lösung nach Art seiner Philosophie, deduziert, vom Geltungsproblem des Wissens aus und zugespitzt auf die Rolle der Philosophie und des Gelehrten als Ordnungsprinzipien.

In der Konzentration auf die Qualifizierung von Wissen sind diesem Zugang Fichtes die später ebenfalls als „Grundschrift“ titulierten sieben Vorlesungen des dänischen Philosophen Henrik Steffens (1773–1845) „Über die Idee der Universitäten“ (1809) vergleichbar.<sup>53</sup> Steffens hierarchisiert ebenfalls die Bildungseinrichtungen über das Dual von Wissenschaft und Philosophie – als „das Höchste aller Spekulation“ (S. 320) – versus Beruf, auch er sieht in der wahren Universität die „Schule der Weisheit“ (S. 318), ausgezeichnet nicht durch das „was hier gelehrt wird, sondern [durch] die Art und Weise, wie es gelehrt wird“ (S. 320). Steffens löst denkbare Konflikte zwischen Staat und Philosophie durch ein harmonistisches

---

<sup>51</sup> Beyme liegen 1806/07 am Ende Gutachten aus ganz unterschiedlichen Disziplinen vor (Lenz, Geschichte, 1910, Bd. 1, S. 102ff.), neben Fichte von Nolte, Wolf, Schmalz, Reil, Schütz, Hufeland, Loder, dann auch aus Frankfurt, z. B. von Madihn (vgl. unten), weil die dortigen Professoren aus guten Gründen um Status und Handlungsfähigkeit ihre Universität besorgt sind (vgl. unten). Auch Schleiermachers „Gelegentliche Gedanken ...“ entstehen in diesem Zusammenhang 1808.

<sup>52</sup> Abdruck in: Anrich, Die Idee, 1956, S. 125–217 sowie in Müller, Gelegentliche Gedanken, 1990, S. 59 – auf diese Fassung beziehen sich die Nachweise in Klammern im Text.

<sup>53</sup> Steffens, Henrik, Über die Idee der Universitäten, (Berlin 1809), in: Anrich, Die Idee, 1956, S. 309–374, von dort die Seitennachweise in Klammern im Text. Steffens wird 1811 Professor für Philosophie in Breslau, 1832 in Berlin.

Bild vom „Wesen des Staates“ auf, der als „Freiheit selber“ (S. 346) agiere und damit wie die Philosophie und die Universität die „Einheit des Allgemeinen und Besonderen in der Sittlichkeit und Schönheit“ (S. 361) und in Natur und Geschichte befördere. Steffens sind nicht nur alle organisatorischen Ambitionen oder Kontrollphantasien fremd, die andere Zeitgenossen umtreiben. Er wird auch zeitgenössisch, im Gegensatz zu Fichte, allein als Philosoph, nicht als Planer der Universität oder der Wissenschaftslandschaft wahrgenommen.

In drei Abschnitten diskutiert er, Fichte, zunächst den „Begriff“ der höheren Lehranstalt und klärt ihn als „Schule des Verstandesgebrauchs“, dann fragt er nach den Realisierungsmöglichkeiten „unter den gegebenen Bedingungen der Zeit und des Orts“ und entwirft als Motor und „Ferment“ der Erneuerung innerhalb der zunächst noch fortdauernden alten Universität eine „Kunstschule“, in der die neue Generation der „Meister“ sich bildet, „Lehrlinge“ heranzüchtet, das neue Wissen erzeugt und in einem „Kunstbuch“ kodifiziert. Fichte fragt schließlich nach den „Mitteln, durch welche unsere wissenschaftliche Anstalt auf ein wissenschaftliches Universum Einfluß gewinnen sollte“. Die Universität in dem traditionell bekannten Sinne ist also nicht das Thema seiner Überlegungen, sie gilt als zu überwindende Realität. Aufgaben, die sie wahrgenommen hat, werden zu einem Teil dessen, was Fichte in der Relation von „höherer Lehranstalt“ und dem „wissenschaftlichen Universum“ diskutiert; im Grunde legt er einen großen Plan zur Transformation des Wissenschafts-systems vor, das sich endlich auf Wissen stützen soll, das den Titel der Wissenschaft wirklich verdient.

Der Ausgangspunkt für die Transformation des alten Systems in ein neues ist die „Kunstschule“, in der ein striktes Meister-Lehrling-Verhältnis institutionalisiert wird, um die notwendigen neuen „Künstler“ in Formen der „freien Künstlerbildung“ (S. 75) zu erzeugen. Vorbereitet in ebenfalls neu gestalteten niederen Schulen (das sind für ihn alle Schulen unterhalb der Hochschulen) treten die Lehrlinge in die Kunstschule ein, finden sich dort in einer studentischen Lebensform, deren Prinzip im „Aufgeben seines gesamten Lebens in seinem Zwecke, darum Absonderung desselben von aller anderen Lebensweise und vollkommene Isolierung“ (S. 71) besteht. Diese Anstalt wird mithin auch die „sittliche Bildung unserer Zöglinge“ übernehmen (§ 34, S. 103), äußerlich durch Absonderung, innerlich durch die intellektuelle Praxis, denn, wie Fichte unterstellt, „gründliches und geistreiches Treiben der Wissenschaft veredelt ohne dies ganz von sich selbst“ (S. 103). Aber die Zuordnung zur neuen Welt wird auch äußerlich symbolisiert, der Lehrling ist durch „seinen Rock“ (S. 104) uniformiert und erkennbar. Diese Kunstschule wird als vollständig autonome, obwohl staatsfinanzierte Anstalt konzipiert, aber sie „muss sich erzeugen und sich fortbilden innerhalb einer gewöhnlichen Universität“ (S. 79), so lange es die noch gibt.

Das Medium der Erziehung der Jünglinge und die Kompetenz der Meister kann allein in der Philosophie bestehen, der allgemeinen, „apriorischen Wissenschaft“, schon weil „die freie Kunst der *besondern* Wissenschaft“, der „empirischen“ noch gefunden werden muss, so dass man auch hier endlich weiß, „*was* man und *wie* man es macht“ (S. 80, Hervorh. i. O.).

Man muss also vom „Geist der Philosophie“ (S. 81) lernen „als der reinen Form des Wissens“ (S. 84). Nur Wissenschaften, die seinen Erwartungen an Wissen entsprechen, also durch die Erwartungen von Beruf und Amt nicht korrumpiert sind, wie die gegebenen alten oberen Fakultäten, können in die künftige Universität Eingang finden. Dieses kritische Verdikt gilt für alle oberen Fakultäten, für eine Theologie, die sich der Kirche unterwirft, oder eine Jurisprudenz, die den Zufälligkeiten der staatlichen Gesetzgebung folgt, oder die Medizin, die an die Ausbildung der Ärzte denkt. Immer muss zuerst die „Trennung ihres praktischen Teils von ihrem wissenschaftlichen“ geschehen, wie er für die Theologie sagt (S. 94), dann dürfen die praxisbezogenen, auf Ämter gerichteten Disziplinen in die wissenschaftlich erneuerte Universität aufgenommen werden.

Solche Reinigungsprozesse der gegebenen Universität und ihrer Disziplinen diskutiert Fichte nicht nur, er will auch zeigen, wie die oberen Fakultäten zu wissenschaftlichen Fundamenten kommen. So propagiert er z. B., dass die Jurisprudenz nur in und mit der historischen Methode wirklich Wissenschaft werden kann, aber nicht praktisch korrumpiert sein darf. Die Methode empirischer Wissenschaften zeigt er zuerst an der wissenschaftlichen Praxis der Philologie, die schon jetzt den „Anspruch auf Universalität“ (S. 90) erheben könne, dann für die Mathematik und für Geschichte und Naturgeschichte (S. 91) sowie für die Naturforschung – also an den methodischen Praxen derjenigen Disziplinen, die später die erneuerte Philosophische Fakultät konstituieren werden. Die Philosophie wird dabei zum Richter aller anderen, sie bestimmt die Methode, die den Charakter der Wissenschaftlichkeit des Wissens sichert, die Kunstschule setzt dieses Wissen durch.

Seine den Transformationsprozess befördernde „höhere Lehranstalt“ konstruiert zuerst „das lehrende Subjekt“ (§ 28, S. 99), dann die „Zöglinge“, d. h. das „lernende Subjekt“ (S. 110). Fichte diskutiert auch Details dieser Anstalten und der Universitäten, das Recht z. B. der Professoren und den Status der Lehre (S. 111), er listet auf, wie die „Ökonomieverwaltung unsers Instituts“ (S. 123) geordnet sein soll und formuliert für die Absolventen den „Anspruch auf die ersten Stellen des Staates“ (S. 126). Neben Universität und höherer Lehranstalt gibt es noch die Akademie, aber sie ist im Wesentlichen nur noch als „Rat der Alten“ toleriert und nur insofern Teil des „Universums“ des Wissens, das Fichte konstruiert: „Diese also zu einem organischen Ganzen verwachsene Akademie der Wissenschaften, wissenschaftliche Kunstschule und Universität“ (S. 137) kennt natürlich auch ihre eigenen Rituale, ein „Jahresfest“ z. B. oder Aufnahme- und Auslesepraktiken, und ihre eigene Gesamtaufgabe der gleichzeitig ansetzenden Erneuerung des Wissens und des Staates.

Insgesamt sieht Fichte in seinen Wissenschaftseinrichtungen „das Bild eines vollkommenen Staats“ vor sich; „redliches Ineinandergreifen der verschiedensten Kräfte, die zu organischer Einheit und Vollständigkeit verschmolzen sind, zur Beförderung eines gemeinsamen Zweckes.“ (S. 156f.) Dieser Zweck ist „die Beförderung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Kunst“ im Modus der Gelehrtenrepublik „als einzelne Republik“ (S. 157) und als gemeinsame viele, die „fortfließen zur Organisation einer Erziehung der Nation (...)

und so die Erneuerung aller menschlichen Verhältnisse vorbereiten und möglich machen.“ (S. 158) So erkennt man am Ende die Funktion des „Gelehrten“ wieder, die Fichte schon früher propagiert hatte, dass er nämlich „die oberste Aufsicht über den wirklichen Fortgang des Menschengeschlechts im allgemeinen und die stete Beförderung dieses Fortganges“ zu sichern habe.<sup>54</sup>

Von einem damals wie heute bekannten Bild der Universität ist das denkbar weit entfernt. Seine Rezeption fällt sowohl zeitgenössisch als auch später entsprechend ambivalent aus. Lenz findet „ein Gemisch von Wunderlichkeiten, Paradoxien und Naivetäten“<sup>55</sup> und ist zugleich doch fasziniert, wenn er sagt, dass „auch heute noch Forderungen zu Recht [bestehen]“, freilich ohne dafür Exempel zu nennen. Beyme, der von Fichte viel gehalten hat, hing der Idee einer „höheren Lehranstalt“ aus ganz anderen Gründen und mit viel höheren Erwartungen an. Er suchte, wie Fichte, eine Einrichtung, die oberhalb der Universitäten und damit auch oberhalb der reinen Berufsbildung die Ordnung des Wissens kontrollieren und eine Neuordnung des institutionellen Systems vorbereiten sollte.<sup>56</sup> Damit mag man sogar, in einem ganz anderen Sinne als die Zeitgenossen, die „Universität im deutschen Sinn“ vom französischen Fachschulsystem abgrenzen, sogar auch eine französische Lösung der Strukturfrage der Wissenschaften und der Universitäten in der Gesellschaft nennen. In Fichtes hierarchisch geordnetem und vom Wissen aus strukturiertem System könnte man ja auch die Struktur des nationalen Wissenschafts- und Hochschulsystems erkennen, wie es – anders begründet – sich z. B. in Condorcets „Esquisse d'un Tableau des progrès de l'esprit humain“ von 1793/94 findet. Auch das ist mehr als ein Fachschulsystem, wie Frankreich dann 1808 z. B. bei Schleiermacher kritisch abgewehrt wird, sondern – wie bei Fichte – ein System der gesellschaftlichen Organisation und Qualifizierung der Wissensproduktion einer Nation und eine Beschreibung seiner Veränderungs- und Erziehungsfunktion, in der die regulative Funktion gegenüber dem Wissen allerdings der Philosophie (nicht der Akademie) zukommt, die für die Geltung des wahren Wissens sorgen sollte.<sup>57</sup>

Es verwundert angesichts solcher Erwartungen von Beyme nicht, dass er explizit bei Fichte nach einem Universitätsplan anfragt, dessen Texte über den „Gelehrten“ und seine Funktion für die Öffentlichkeit er schon länger kannte. In Fichtes „Gelehrten“ kann man

---

<sup>54</sup> Fichte, Johann Gottlieb, Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten (1794), in: ders., Werke, Bd. 6, Berlin 1845/46, S. 321; die Funktion des Gelehrten wird in Fichtes Berliner Antrittsrede noch stärker im Blick auf den Seher und Propheten überhöht (vgl. ders., Fünf Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten, gehalten zu Berlin im Jahre 1811, in: ders., Werke, Ed. Medicus, Bd. 5, Leipzig 1910, S. 629–692).

<sup>55</sup> Lenz, Geschichte, 1910, Bd. 1, S. 121, S. 122 für das folgende Zitat.

<sup>56</sup> Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, (1963), 1971, S. 43f. (u. ö.) stellt Beyme in diesen Kontext einer radikal neuen Institution oberhalb der Universität.

<sup>57</sup> Vgl. die Ausgabe von Condorcets Tableau bei Alff, Wilhelm (Hrsg.), Frankfurt a. M. 1963 und dazu die Interpretation und den Kontext der französischen Universitätsgeschichte, die im Überblick knapp, aber pointiert gegeben ist bei Schriewer, Jürgen, Die französischen Universitäten 1945–1968. Probleme, Diskussionen, Reformen, Bad Heilbrunn 1972, bes. S. 21ff. sowie Schubring 1991, bes. S. 284ff.

ohne große Anstrengungen ein funktionales Äquivalent in der Regulation des Wissens und in der öffentlichen Nutzung von Wissenschaft sehen, wie Beyme es gesucht hat. Auch die Befreiung von allem Zunftzwang und von den zünftlerischen Elementen in der Universität entsprach der Position von Beyme.<sup>58</sup> Nicht Universität ist deshalb das Thema, der Name „Lehranstalt“ wird nicht zufällig gewählt, auch der „organische Zusammenhang“ aller „wissenschaftlichen Anstalten“ ist als Thema und Herausforderung bereits präsent, bevor die Sektion ihre Arbeit aufnimmt und Humboldt an diese Überlegungen zumindest semantisch anschließt. Das alles wird bei Fichte freilich in einem Begründungskontext diskutiert, der schon zeitgenössisch kritisch gesehen wurde, vor allem bei den Traditionalisten der Universität, die weiterhin in der hergebrachten Form eine Lösung der Probleme von Wissen und Wissenschaft, Gestaltung und Erneuerung der Gesellschaft und der akademischen Berufen suchten, wie z. B. Schleiermacher.

## Universität als Ordnungsform – die Wiederbelebung der Tradition

Die traditionelle Gestalt der Universität wird in den „Gelegentlichen Gedanken“<sup>59</sup> von 1808 einerseits wieder belebt, und zwar in allen Dimensionen, die man der Verfassung der Universität zuschreiben kann: für die Fakultäten, für die Disziplinen, für die Studenten (etc.). Sie wird andererseits in der intensiven Diskussion des Verhältnisses von Staat und Universität, die vom Begriff des „Vereins“ aus bei Schleiermacher eröffnet wird, in einem liberalen Sinne der akademischen Freiheit neu interpretiert. Schleiermacher entwirft seinen Plan – unaufgefordert – ebenfalls im Kontext der innerpreußischen Debatte im Umkreis von Beyme, in der ja ein Auffangkonzept für Halle gesucht wurde. Er bietet aber ein eigenständiges Modell der Ordnung von Wissen und Wissenschaft in der Gesellschaft an. Nicht von „Aufklärung und Bildung“ bestimmt und auf die Konstruktion reflektierter Eliten in der Hauptstadt bezogen oder an der allgemeinen Verfügbarkeit von Wissenschaft interessiert, wie bei Gedike, kein rein professionsbezogenes oder allein am Staatsdiener interessiertes Fachschulkonzept, wie bei Massow oder Engel, die auch Ausbildung und Forschung trennen, aber auch kein Modell der Ordnung des wissenschaftlichen „Universums“, wie bei Fichte (dessen Plan Schleiermacher wahrscheinlich gar nicht kannte). Schleiermacher geht von den Formen der Produktion von Wissen und Wissenschaft aus. Er ist institutionell zwar Traditionalist, aber er sucht die protestantische Lösung der Universität, die zugleich

---

<sup>58</sup> So Lenz, *Geschichte*, 1910, Bd. 1, S. 31.

<sup>59</sup> Abdruck in: Müller, *Gelegentliche Gedanken*, 1990, S. 159–236, mit dem „Anhang über eine neu zu errichtende Universität“, S. 237–253; auch in: Schleiermacher, *Friedrich Daniel Ernst, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn (1808)*, in: *Pädagogische Schriften*, hrsg. v. Weniger, Erich/Schultze, Theodor, Düsseldorf/München 1957, Bd. 2, S. 81–139.

Preußens führende Rolle begründen soll, von den sozialen Produktionsformen von Wissenschaft aus zu modernisieren<sup>60</sup>, und zwar so, dass das neue Bild der Wissenschaft sowie die Rolle der Philosophie und der wissenschaftlichen Methode in der Universität, in ihren einzelnen Disziplinen und in ihrer Lehr- und Arbeitsform zur Geltung kommen – ohne an rigide Sozialformen oder eine Hierarchisierung der Institutionen zu denken, wie sie Fichte vorträgt.

### *Verein, Fakultät, Universität*

Dabei bleiben, das ist organisatorisch der wesentliche Schritt, nicht nur die Form der Universität, sondern auch die Fakultäten erhalten, freilich in spezifischer und neuer Intention und Ordnung bei traditioneller Form, d. h. ohne die Verfallsindikatoren der alten Universität zu ignorieren, etwa bei den akademischen Würden, die „tief unter den Punkt der Satire herabgesunken“ seien (S. 229). Schleiermachers Analyse betrifft zunächst die generelle Form der Arbeit von Wissenschaftlern, den „Verein“, von dem Schleiermacher ausgeht, dann die interne Differenzierung der Universität, die Fakultäten, schließlich die externe Seite der Universität und hier vor allem die Ausbildung der Studenten.

Der allgemein anerkannte Bedarf an Wissenschaft, also „nicht nur Kenntnisse aller Art“, sondern Wissen spezifischer Qualität bildet den Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Die These, „daß aber diese [Wissenschaft] durchaus nicht Sache des einzelnen sein, nicht von *einem* allein zur Vollendung gebracht und vollständig besessen werden kann, sondern ein gemeinschaftliches Werk sein muß (...) auch das muß gewiß allgemein einleuchten.“ (S. 161, Hervorh. i. O.)<sup>61</sup> Für die erwünschte „notwendige innere Einheit aller Wissenschaft“ (S. 161) muss es deshalb eine angemessene Form, eine eigene Praxis, geben, die der Staat als Form garantiert (S. 163), d. h. als den Zusammenschluss derjenigen, „die sich zum Behuf der Wissenschaften miteinander verbunden haben“ und die deshalb „als eine moralische Person anzuerkennen“ seine Aufgabe sei, als ein Exempel „freier Vereinigungen“ mit „Vorrechte[n] mancher Art“, die Schleiermacher als typisch für die deutsche Geschichte deklariert und als Indiz dafür sieht, dass sich Wissenschaften „in dem Gebiet einer Sprache“

---

<sup>60</sup> In seinem „Anhang“ lobt er seinen Plan als Instrument, dass diese Universität „durch ihre innere Kraft sich ein weiters Gebiet unterwerfen wird, als die jetzigen Grenzen des preußischen Staates bezeichnen, so daß Berlin der Mittelpunkt werden muß für alle wissenschaftlichen Tätigkeiten des nördlichen Deutschlands, so weit es protestantisch ist, und die Bestimmung des preußischen Staates für die Zukunft von dieser Seite einen sichern und festen Grund gewinnt.“ (zit. n. Müller, Gelegentliche Gedanken, 1990, S. 253)

<sup>61</sup> Verweise hier nach dem Abdruck in: Müller, Gelegentliche Gedanken, 1990.

in dieser Form organisieren. Das sei „das wahre und Natürliche von der Sache“ (S. 163), und geschehe nicht etwa abgeschlossen, sondern durchaus offen nach außen (S. 166).

Das Problem beginnt damit, dass zwischen den wissenschaftlichen Interessen, verkörpert im „Verein“, und den staatlichen Erwartungen, verkörpert in der Ausbildung der Staatsdiener, Interessenkonflikte bestehen, denn das „Wissenschaftliche“ und „das Politische“ stehen in Spannung zueinander (S. 170f.). Während diese „Unabhängigkeit vom Staat“ (S. 170) suchen, versuchen die anderen, die Wissenschaften für ihre Zwecke einzubinden. Schleiermacher löst den Konflikt, indem er das Bildungswesen so komponiert, dass beide Erwartungen befriedigt werden sollen, die des Staates und die der Wissenschaft. Die Wissenschaft lebt dann einerseits von der internen Stufung des Bildungswesens, in dem die Schule propädeutisch, die Universität zugleich wissenschaftlich und berufsbezogen, die Akademie nur gelehrt arbeitet, anders ausgedrückt in der Sequenzierung von Rollen: „Lehrling – Geselle – Meister“. Die zentrale Gelenkstelle ist die Universität, einerseits „Hauptform des Vereins“ (S. 172) und insofern unter dem Gesetz der Wissenschaft, andererseits Ort der Berufsfakultäten, „Erzeugung und Erziehung“ (S. 177) sind ihre beiden Aufgaben, d. h. Konstruktion der Wissenschaft und Ausbildung für den Staat.

Der damit in die Universität hinein verlagerte Konflikt der Erwartungen wird durch deren Praxis in der Zeit bearbeitet: Zuerst durch die Lehrverfassung, die beiden Erwartungen und d. h. auch den unterschiedlichen Studenten – denen mit Interesse für den Beruf und den anderen, die für die Wissenschaft studieren – gerecht werden muss (S. 186ff.) und die Studenten durch ihren Alltag sozialisiert; denn auch Schleiermacher glaubt, dass die Teilhabe an Wissenschaft und Wahrheitssuche durch sich selbst auch versittlicht (S. 224). Ferner wird eine Lösung der Konflikte durch die Rekrutierung der Professoren gesucht, die nicht ohne Nachweis einer wissenschaftlichen Kompetenz berufen werden dürfen und auch ihre Kompetenz in der Dimension der reinen Wissenschaft in der Lehre immer neu nachweisen sollen (S. 232ff.). Schließlich gehört die Aufgabenzuschreibung an die Fakultäten in diesen Kontext; denn die Philosophische Fakultät, allein die Vertreterin der reinen Wissenschaft und insofern „die eigentliche Universität“ (S. 198), ist in der Lehrverfassung als der Anfangspunkt aller Studien konzipiert, und sie soll in der als zentral eingeschätzten Rekrutierung (S. 209) und bei der Graduierung der Wissenschaftler in allen Fakultäten beteiligt werden (S. 233). Insofern gilt sie als „die Herrin aller übrigen“ (S. 201) – während die Fakultäten in sich „durchaus demokratisch“ (S. 215), nämlich egalitär geordnet sein sollen, ohne andere Differenzen zu tolerieren, als sie mit den auf Zeit gewählten Funktionen, etwa des Dekans, verbunden sind.

Schleiermachers Themen stehen natürlich selbst in einem Kontext. Man erkennt, ohne jeden Zweifel, die Ordnung der Fakultäten zwischen Wissenschaft und Beruf, die Kant im „Streit der Fakultäten“ (1798) behandelt hatte. Das wahre Wissen, jenseits der nützlichen und von den „Regierungen“ erwarteten Qualifizierung in den drei oberen Fakultäten, also von Theologie, Jura und Medizin, erwartete Kant nur von der Philosophischen Fakultät,